Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

15. Mai 1974 Jg. 2 Nr. 10 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) — Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier — Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621/37 92 21 — Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a — Die KVZ erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs, Auflage: 59 000 — Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 15.5.1974 — Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621/37 91 21 — Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM, Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellungen durch Einzahlung auf Konto Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 112 985-758 — Die Zeitung wurde am 12.5.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Bundespräsidentenwahl

Am 15. Mai werden die Vertreter der bürgerlichen Parteien in der Bundesversammlung einen neuen Bundespräsidenten wählen. Überraschendes ist dabei allerdings nicht zu erwarten. Die SPD/FDP-Koalition besitzt in der Bundesversammlung die Mehrheit, womit die Wahl Scheels zum Bundespräsidenten gesichert ist.

Auchdie CDU/CSU, die einen eigenen Kandidaten aufgestellt hat, weiß dies: Deshalb war kein prominenter CDU/CSU-Politiker bereit, zu kandidieren.

Mit Richard von Weizsäcker als ihrem Mann hat sie einen Kandidaten aus ihrer zweiten Reihe hervorgezogen, der durch diese Wahl bloß an Profil gewinnen kann. "Das hilft ihm ungeheuer – selbst wenn er verliert", war daher auch die Meinung eines CDU-Funktionärs (Spiegel 19/74).

Das Volk freilich wird von der Wahl des Bundespräsidenten ausgeschaltet. Ihm wird dies als feierlicher Akt im Fernsehen dargeboten werden, und man wird ihm einzureden versuchen, daß hier der höchste, über allen bürgerlichen Parteien stehende Mann im Staate gewählt würde.

Auch hier ist das Grundgesetz noch weit reaktionärer als die Weimarer Reichsverfassung, die noch bestimmte, daß der Reichspräsident unmittelbar durch das Volk gewählt wird. Den Verfassern des Grundgesetzes war dies zu viel an unmittelbarer Einflußnahme des Volkes und darum wird seitdem der Bundespräsident nicht mehr vom Volk gewählt.

Wozu eigentlich ein Bundespräsident? Seine unmittelbare Beteiligung an den politischen Geschäften des Staatsapparates ist gering. Nur in Ausnahmesituationen hat sein Amt selbst politische Bedeutung und ansonsten beschränkt er sich darauf, den bürgerlichen Staat zu repräsentieren. Kurz gesagt: Der Bundespräsident stellt eine politisch nicht allzu bedeutende aber eben repräsentative Figur im westdeutschen Staatsapparat dar.

Er bietet sich an als Ruheamt für alternde Politiker, die bekannt sind, sich aber aus der Regierung zurückziehen wollen oder deren Partei von ihnen nur noch gedämpfte Aktivitäten erwartet. Gleichzeitig bietet es sich an als Amt für alle jene Politiker, die scheinbar Solidheit und Würde um sich herum verbreiten, politisch aber auch für die bürgerlichen Regierungsgeschäfte nicht allzu geeignet sind, wie dies für Lübke galt.

Daher erklärt sich auch, daß bei fast jeder Präsidentenneuwahl die Kandidaten hin- und hergeschoben werden, bis die bürgerliche Presse einmütig heult, man solle die Würde des höchsten Staatsamtes nicht beflecken.

Die FDP hofft, daß Scheel als Bundespräsident diesen repräsentativen Posten in Wählerstimmen umzumünzen versteht und ihr zu einer vergrößerten Anhängerschaft verhilft.

Der Bundespräsident soll über den Parteien stehen als neutrale Macht und verstärkt damit den Eindruck, als ob der bürgerliche Staat selbst neutral wäre. Das kann er umso besser tun, je weniger wirkliche politische Macht er ausübt und je mehr er sich aufs Repräsentieren beschränkt. Aber da die Interessen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse unvereinbar sind, kann es auch keinen neutralen Bundespräsidenten geben.

Indem er die Aufgabe hat, den Staat beim Volk beliebt zu machen, dient er bloß jenen, die mit diesem Staat ihre Herrschaft sichern: der Kapitalistenklasse.

–e.r.–

25 Jahre Grundgesetz - Verfassung gegen das Volk / Seite 3



In vielen Städten gingen Mitglieder des KBW auf die Straße, um über die Auswirkungen des Rücktritts zu diskutieren. Unser Bild: Freiburg.

Brandt weicht einer Regierung, die offener gegen die Arbeiter vorgeht

Wie wird es weitergehen nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Brandt? Diese Frage bewegt das gesamte Volk in Westdeutschland in diesen Tagen. Wir sind der Meinung, daß es sich beim Rücktritt von Brandt um mehr handelt, als nur darum, eine Person im obersten Amt des bürgerlichen Staates auszuwechseln. Um die Frage: Wie geht es weiter? zu beantworten, müssen wir die politischen Gründe des Rücktritts untersuchen und können dann auch erkennen, was von der künftigen Regierung Schmidt zu erwarten ist.

Die widerliche Agentenaffäre, die die Regierung der DDR verursacht hat, und die unwürdigen Enthüllungen, die die bürgerliche Presse genüßlich breitwalzt, sind nur Anlaß und Umstand des Rücktritts von Brandt. Diese Umstände zeigen nur die ganze Verkommenheit des bürgerlichen Staates, des Regierungsapparates und der bürgerlichen Parteien. Die CDU-Politiker stellen sich nun im Fernsehen als die besonnenen Staatsmänner dar, während sie hinten herum die Presse mit schmutziger Wäsche versorgen, die sie von ihren Leuten im Spitzelapparat von Verfassungsschutz und Nachrichtendienst haben. Nicht auszuschließen ist weiterhin, daß Teile der SPD- und FDP-Führung selbst das faule Ei mit auszubrüten geholfen haben. Die DKP schließlich ist bemüht, den entscheidenden Beitrag der DDR zu dieser Affäre runterzuspielen, indem sie den Agenten gar nicht erwähnt – befragt jedoch, erklären DKP-Mitglieder, daß Spionage selbstverständlich und natürlich auch die Unterstützung der reaktionärsten SPD-Richtung zu diesem Zweck berechtigt seien. Sie zeigt damit nur, daß sie für die gleiche verkommene und bürgerliche Staatsmacht eintreten, denn die Politik eines Arbeiterstaates kann nicht die Einmischung in die Souveränität eines anderen Staates und dabei noch die Unterstützung der politischen Reaktion in diesem Land sein.

All diese Umstände können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Rücktritt von Brandt notwendig wurde, weil die Politik, die er vertrat, gescheitert ist.

Die Umstände des Rücktritts zeigen zwar die Verkommenheit der politischen Mittel, derer sich die Bourgeoisie bedient, um ihre Politik auch gegenüber ihresgleichen durchzusetzen, aber nicht den ausschlaggebenden politischen Grund für den Rücktritt des Kanzlers Brandt.

Brandt ist durch die Linksentwicklung der Arbeiterklasse und der Volksmassen in das Regierungsamt gelangt. Große Teile des Volkes setzten ihre Hoffnung auf Veränderung in die "Friedens- und Reformpolitik" Brandts, mit der er angetreten war. Das Ziel dieser Politik war es jedoch, die Arbeiterklasse und die Volksmassen an den bürgerlichen Staat zu binden, auf die bürgerliche Politik festzunageln und die selbständigen Kämpfe abzufangen. Dazu sollte sein Reformprogramm dienen. Seine Politik ist gescheitert, weil die Arbeiterklasse aus objektiven Gründen gezwungen war, kämpferisch für ihre Interessen einzutreten.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Kapitalismus wird nicht von der Regierung bestimmt. Die Politik der Regierung mag beitragen zur Inflation, sie ist nicht Ursache der Inflation. Die wachsende Ausbeutung hat nicht ihre Ursache in der Regierungspolitik, sondern in der Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Krisenentwicklung. Wohl aber reagieren der kapitalistische Staat und seine Regierung auf den Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen die Folgen der Ausbeutung. Und als Regierung eines kapitalistischen Staates reagiert sie in der Weise, daß sie versucht, den Widerstand gegen das kapitalistische System niederzuhalten. Brandt hat versucht, diesen Widerstand, der notwendig größer wird mit der kapitalistischen Krisenentwicklung, vornehmlich durch Appelle und Reformversprechen niederzuhalten. Die Reformversprechen mußten sich als leer erweisen, wo sich die Lebensbedingungen verschlechtern. Der Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse mußte notwendig

Fortsetzung Seite 2

US-Spezialeinheiten in der BRD

Die US–Beratungstruppen in der Bundesrepublik planen den Aufbau von Spezialeinheiten, weil "jederzeit, mit direkten Aggressionen gegen amerikanische Einrichtungen und Personen gerechnet werden muß". Das sind militärische Spezialeinheiten, die direkt gegen Bewegungen im Volk gerichtet sind, die den US–Interessen gefährlich werden können. Dabei bleibt es völlig im Ermessen der US–Militärs, was sie für gefährlich halten. Zu Recht sehen die hohen US–Offiziere, die dies bekannt gaben, Gefahr durch die wachsende Empörung gegen den US–Imperialismus. Zu der bekannten Zusammenarbeit von US–Geheimdiensten mit dem westdeutschen Verfassungsschutz soll nun auch die Zusammenarbeit zwischen den neu gebildeten westdeutschen Spezialeinheiten und den US–Spezialeinheiten kommen, die gemeinsam das Geschäft der Kontrolle, des Terrors und der Subversion in der westdeutschen Bevölkerung betreiben. Wie die Frankfurter Neue Presse am 15.3. schreibt, ist "in jüngster Zeit, unbemerkt von der Öffentlichkeit mehr Gebrauch gemacht worden, als man ahnt", von sogenannten "angemessenen Schutzmaßnahmen" der US-Besatzungstruppen.

–bb–

Neuer Giftmüll-Skandal

Noch ist kein Jahr vergangen, seitdem in Hessen zehntausend Tonnen Giftmüll auf den Müllkippen verschiedenster Gemeinden entdeckt wurde. Jetzt wurden noch riesigere Mengen hochgiftiger Industrieabfälle in mehreren Bundesländern entdeckt. Dieser Giftmüll könnte nach Auskunft von Fachleuten das Grundwasser in großen Teilen der Bundesrepublik "restlos ruinieren".

Der Fall kam durch das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" ans Tageslicht, nachdem die Staatsanwaltschaft die Geschäftsunterlagen von Giftmüllspediteuren beschlagnahmt hatte. Die bürgerliche Klassenjustiz hat offensichtlich kein Interesse, von sich aus das Volk über die Gefährdung seiner Gesundheit zu informieren. Einige wenige Giftmüllspediteure monopolisieren die Abfuhr und die Ablagerung von Giftmüll in der Bundesrepublik. Einer der Hauptmonopolisten dieses Kartells ist die Firma Haniel in Mannheim. Da diese Herren mit dem Giftmüll ihr Geschäft machen, ist es nur natürlich, daß sie die giftigen Industrieabfälle auf die möglichst billige Art ablagern. Der jetzt gefundene Giftmüll befindet sich bei Hanau (320 Tonnen), bei Gerolsheim in der Pfalz (300 Tonnen) und in Offheim bei Limburg (170 Tonnen). In Malsch bei Wiesloch wurden im Sickerwasser Cyanid-Spuren gefunden, die ebenfalls auf giftigen Industriemüll hindeuten.

Aber auch die Kapitalisten, die den Giftmüll produzieren, machen damit ihr Geschäft. Sie wollen den Müll so billig wie möglich los werden und geben ihn daher als ungiftigen Industriemüll aus oder arbeiten mit den Giftmüllspediteuren zusammen. Wenn es dann ans Tageslicht kommt, schiebt einer dem anderen die Schuld zu, bis nach jahrelangen Gerichtsverhandlungen dann alles im Sande verläuft. Schlimmstenfalls erhalten diese Leute eine Geldstrafe, die ihren Profiten nicht weh tut. Damit kann ihnen aber nicht das Handwerk gelegt werden, denn der Kapitalismus lebt davon, daß die Kapitalisten mit allen Mitteln Profite machen.

– Red. –

Aus dem Inhalt

Staats- und Regierungskrisen
Ein Überblick über die Regierungskrisen in den kapitalistischen Staaten während der letzten 17 Monate – kein westeuropäischer Staat ohne Regierungskrise
Seite 2

Kurzarbeit bei Opel

5 Tote bei Dynamit Nobel

Der Streik bei Metzeler für Abschaffung des Akkords

Rationalisierung bei der Post
Seite 4

Vulkan-Betriebsversammlung
Sechs Stunden dauerte die Betriebsversammlung bei der Vulkan-Werft in Bremen. Nach dem Metallstreikergebnis fordern die Kollegen nun einen Nachschlag.

14 Tage langer Streik
Mit einem 14-tägigen Streik wehrten sich die Drucker der Firma Sautter in Reutlingen gegen die Anrechnung der Tariferhöhung auf die Zulagen

Audi – Profit mit Kurzarbeit

Der Köder der Verleihfirmen
Seite 5

VW-Jugendvertreterwahlen
Mit welchen Methoden die IGM-Führung die Wahl fortschrittlicher Vertreter verhindern will und wie sie versucht, die DKP dafür zu gewinnen

IGM-Gewerkschaftsausschluß
Dieter Bock, Mitglied des Ständigen Ausschusses des ZK des KBW antwortet der IG Metall auf seinen Gewerkschaftsausschluß
Seite 6

Entlassungen im öffentlichen Dienst
Die Regierungsrätin A.Lindner soll ihre Stelle verlieren, weil sie Flugblätter des KBW während des Streiks in Bremen verteilt hat. Die Lehrerin Veith in Essen soll ihren Beruf aufgeben, weil sie eine Kommunistenveranstaltung besucht hatte
Seite 7

Prozess gegen leitende KBW-Genossen
Seite 8

Die Harpener legt ganz Werne lahm
Seite 9

Berichte vom 1. Mai
Seite 11 – 13

Imperialistische Ausbeutung – Ursache der Hungersnöte

Indien: Tausende Gewerkschafter verhaftet
Eisenbahner und Elektrizitätsarbeiter kämpfen um Lohnerhöhung

Ungarische Regierung verkauft Arbeiter
Seite 15

"Alfred" – es gibt keinen Volksfaschismus!
Seite 16

KBW–SPENDENKONTO
Commerzbank Mannheim
Kto.Nr. 3258589 – 00

Brandt weicht......

(Fortsetzung v. S.1)

auch den Gegensatz des Volkes zur Staatsmacht der Bourgeoisie und ihrer Regierung verstärken. Brandt hat versucht, diese Gegensätze niederzuhalten und der Bewegung der Arbeiterklasse die Spitze zu brechen, und ist an der notwendigen Entwicklung des Klassengegensatzes gescheitert. Seine entscheidende Niederlage ist die ÖTV-Tarifauseinandersetzung gewesen, in der sich die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst nicht durch Brandts Gemeinschaftsappelle vom Kampf abhalten ließen und deshalb die Gewerkschaftsführung die Regierungspolitik nicht einfach durchsetzen konnte. Das ist jedoch überhaupt nicht bedauerlich. Denn der soziale Friede, den Brandt herstellen wollte, wäre ein fauler Friede für die Lohnabhängigen, weil sie ihn mit wachsender Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen bezahlen müßten. Es wäre ein fauler Friede, weil er Wehrlosigkeit, stille Duldung und Entrechtung der Arbeiterklasse und der Volksmassen bedeuten würde. Daß dieser Friede nicht eingehalten wurde, daß die Arbeiterklasse und das Volk den Gemeinschaftsappellen mißtrauten und sich gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen zur Wehr setzten, zeigt auch den einzigen Ausweg für die Volksmassen. Keine bürgerliche Regierung kann einen Ausweg aus der Krise der kapitalistischen Wirtschaft und der Politik des Kapitals anbieten. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen sind gezwungen, sich diesen Ausweg gegen die Kapitalistenklasse und ihre Regierung, gegen das kapitalistische System, zu erkämpfen. Und jede bürgerliche Regierung wird mit verschiedenen Mitteln versuchen, diesen Ausweg zu verstellen, um das kapitalistischen System aufrechtzuerhalten.

Der Rücktritt Brandts bedeutet das Scheitern eines bestimmten Regierungskurses, und die Regierung Schmidt-Genscher wird diesen Regierungskurs nicht einfach fortsetzen. Auf die Linksentwicklung in der Arbeiterklasse und im Volk antwortet die Bourgeoisie mit einer Entwicklung nach rechts.

Das ist der notwendige politische Ausdruck der objektiven Entwicklung der Klassengegensätze. Die Schmidt-Genscher-Regierung wird die Rechtsentwicklung der Bourgeoisie wesentlich offener und ungeschminkter vertreten, als dies die Regierung Brandt–Scheel tat. Mit dem Austritt von Brandt und Scheel aus der Regierung findet nicht nur ein Austausch von Personen statt, sondern ein seit längerer Zeit vorbereiteter Kurswechsel der Regierung. Die Regierung Schmidt–Genscher wird offener nach rechts gehen, als dies der Brandt–Scheel–Regierung möglich war.

Daß die Politik Brandts so schnell gescheitert ist und daß der Politiker Brandt so rasch zerschlissen worden ist, zeigt deutlich, daß unsere Einschätzung der gegenwärtigen Klassenkampfsituation richtig ist und daß die Zeiten des relativen Klassenfriedens sich ihrem Ende nähern. Die ersten Windstöße haben Brandt beiseite gefegt. Es wäre jedoch ganz falsch zu glauben, daß dieser Wind nur die Reihen der Bourgeoispolitiker zersaust und daß unsere Reihen davon ganz unberührt bleiben. Das Gegenteil ist der Fall: der Wind pfeift auch uns ins Gesicht. Der Unterschied zwischen uns Kommunisten und den Bourgeoispolitikern ist allerdings der, daß wir den frischen Wind lieben und aufatmen, während die Bourgeoispolitiker Atembeschwerden bekommen.

Die Arbeiterklasse und die Volksmassen werden sich einen schärferen Kurs der Kapitalistenklasse so wenig gefallen lassen wie sie die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen nicht kampflos hinnehmen. In dieser Situation der sich verschärfenden politischen und sozialen Gegensätze haben die Kommunisten die Aufgabe, die Ziele der Arbeiterklasse aufzuzeigen, die Notwendigkeit des Sturzes der kapitalistischen Staatsmacht und eines demokratischen Arbeiterstaates klarzumachen, um den Sozialismus erkämpfen zu können. Es gibt keinen anderen Ausweg aus der kapitalistischen Krise und dieser Ausweg ist der einzig realistische Weg, um die Ausbeutung zu beseitigen, und damit die Ursache für Krise und Unterdrückung. Deshalb wird die Arbeiterklasse für diesen Weg auch die breiten Volksmassen gewinnen können, im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes, im Kampf für Demokratie und Sozialismus. Den Kampf für dieses Ziel müssen wir organisieren. Die Bedingungen für diesen Kampf werden besser, weil die Ausweglosigkeit für die Politik der Bourgeoisie immer größer wird. Gerade deshalb aber wird die Kapitalistenklasse auch schärfer gegen die Bewegung der Arbeiterklasse und der Volksmassen vorgehen, wird versuchen, die Freiheit der Organisationen weiter einzuschränken und die Verfolgung der Kommunisten verstärken. Dies wird der Kurs der Regierung Schmidt–Genscher sein. Wir werden jeden Schritt dieser Regierung wachsam verfolgen müssen, und auf jeden Schritt dieser Regierung so antworten, daß sich die Selbstständigkeit der Arbeiterklasse und der Volksmassen erhöht.

Dabei sind sie es, die mit ihrem Regierungskurs der Reaktion in der Verteidigung stehen, in der Verteidigung des kapitalistischen Systems, während im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes die Fähigkeiten und die Kampfkraft wachsen, um den kapitalistischen Staat zu stürzen und den Sozialismus zu errichten.

Der Gewerkschaftsführung wird es noch weniger als unter der Regierung Brandt gelingen, die Gewerkschaften auf Regierungskurs einzuschwören. Zunehmend werden sie auch versuchen, sich durch linke Manöver scheinbar von der Regierung abzuwenden, um der Kampfkraft der Arbeiter die Spitze zu brechen, und zugleich verstärkt gegen fortschrittliche Kollegen und Kommunisten vorgehen, wie sie es schon begonnen haben. Doch sie tun dies, weil ihnen die Felle davonschwimmen, weil ihr bürgerlicher Einfluß auf die Mitgliedermassen im Schwinden ist.

Der Regierung Schmidt–Genscher wird es noch weniger als der Regierung Brandt gelingen, die Volksmassen mit dem kapitalistischen System zu versöhnen. Um so wichtiger wird es sein, das üble Spiel der CDU/CSU mit der Niederlage der SPD–Politik zu durchkreuzen.

Für die Arbeiterklasse und die Volksmassen gibt es keine bürgerliche Alternative. Die Alternative zu den bürgerlichen Parteien ist die Partei der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei. Sie muß aufgebaut werden, und die wachsenden selbstständigen Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen auf das Ziel der Errichtung des proletarischen Staates auf der Grundlage der umfassenden Demokratie des Volkes und zum Sieg des Sozialismus führen zu können. Dieses Ziel hat sich der Kommunistische Bund Westdeutschland gestellt und in seinem Programm zusammengefaßt. Er ruft alle Arbeiter und fortschrittlichen Menschen aus dem Volk auf, die für dieses Ziel kämpfen, sich auf der Grundlage dieses Programms im KBW zusammenzuschließen.

–bb–

Keine Sympathie für Brandt

SPD–LANDESMINISTER HÄLT FORDERUNG NACH DEMOKRATIE FÜR "GROTESK"

Seesen. Am 7.5.1974 führte die SPD in Seesen eine Veranstaltung mit dem Landesminister für Bundesangelegenheiten und Mitglied des Bundesrates, Herbert Hellmann, durch. Trotz des Rücktritts von Bundeskanzler Brandt und eines stattlichen Aufgebots an kommunal– und landespolitischer Prominenz waren insgesamt nur ca. 50–60 Menschen erschienen, darunter ca. 10 Kommunisten. Noch vor wenigen Jahren hätte die SPD an einem solchen Tag über 100 Menschen auf die Beine gebracht.

Unter dem Thema "Solide Leistungen für eine bessere Zukunft" hielt Hellmann ein 1stündiges Referat, in dem er mit einem Wust von Zahlen den Zuhörern weismachen wollte, daß die SPD–Landesregierung dem Volk in Niedersachsen "Sicherheit und sozialen Fortschritt" gebracht hätte.

In der darauffolgenden Diskussion stellten wir Hellmann zur Rede und entlarvten die SPD–Wahlpropaganda. In Bezug auf die Landwirtschaft hat sich Hellmann und die SPD mit Strukturplänen und ähnlichem gebrüstet. Anhand verschiedener Tatsachen (aus der KVZ) zeigten wir die schlechte Lage des größten Teils der Landwirte und ihre Ursachen auf. Wir forderten SPD–Hellmann auf, zu folgenden Forderungen des KBW Stellung zu beziehen:

- Abschaffung aller indirekten Steuern und Bestreitung der öffentlichen Ausgaben – soweit diese durch Steuern gedeckt werden – ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft. 1500 DM steuerfrei!
- Sofortiger Austritt aus der EWG!

Der Herr Hellmann beschönigte aber mit den fadenscheinigsten Argumenten die Lage der Bauern (z. B.: "Die Leute müssen eben deswegen im Laden für das Fleisch soviel mehr bezahlen, als der Landwirt vorher vom Konzern dafür erhalten hat, weil der Konzern nicht nur das Fleisch, sondern auch die Knochen kauft.") Es zwinge ja auch keiner die Landwirte zur Aufgabe ihres Hofes, da liege in deren freier Entscheidung.

Als wir ihn fragten, warum denn bei einer so guten Lage 18 000 Bauern in Dortmund demonstriert hätten, sagte er nur: "Weil es ihnen so gut geht, dürfen sie ruhig demonstrieren."

Wir gaben dem Minister eine weitere Gelegenheit, die tatsächliche Stellung der SPD zur Arbeiterklasse und zum Volk den Zuhörern kundzutun und forderten ihn auf, zur Forderung des KBW nach Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter und der Vergütung ihrer Tätigkeit in der Höhe eines durchschnittlichen Facharbeiterlohns seine Meinung zu sagen.

Herr Hellmann fand diese Forderung "grotesk". Da könne ja jeder kommen und fordern, daß jemand abgewählt wird. Das sei ganz unmöglich. Außerdem bekommen die "Volksvertreter" soviel Geld und sitzen in den Aufsichtsräten, damit sie unabhängig sind. Daß er die Unabhängigkeit von den Interessen und dem Willen des Volkes meinte, das sprach er nicht aus.

Noch an einigen anderen Punkten stellten wir den Minister zur Rede und entlarvten den betrügerischen Charakter der SPD–Propagande, indem wir dieser die – von allen bürgerlichen Parteien getragene – Wirklichkeit im Kapitalismus gegenüberstellten.

Nach der Veranstaltung verkauften wir die KVZ und diskutierten mit vielen Menschen, die an der Veranstaltung teilgenommen hatten.

Ein älterer Mann sagte: "Das habt ihr gut gemacht! Die erzählen jedesmal denselben Mist und werden doch wieder gewählt."

Ein anderer (wohl SPD–Mitglied): "Das war die schlechteste Veranstaltung, die ich je erlebt habe - diese Führung und dieses Niveau!"

Wir meinen, daß wir jede Möglichkeit nutzen müssen, um die bürgerlichen Politiker zur Rede zu stellen. Das ist eine gute Gelegenheit, den Sozialismus und unsere demokratischen Forderungen zu propagieren.

In der Lokalzeitung, dem "Beobachter", fand sich über den Verlauf der Diskussion kein Wort. Aber über eine halbe Seite war dem Referat von Hellmann und seinen bombastischen Zahlen gewidmet.

Solche Zeitungen können wir nicht gebrauchen – wir brauchen eine Zeitung, die von den Volksmassen geschrieben wird, die KVZ! U.P., Seesen.

Regierungskrisen am laufenden Band

Ein ganzes Dutzend Regierungsum- und Neubildungen in den Staaten der Europäischen Gemeinschaften allein während der letzten 17 Monate – das drückt den Verschleißprozeß aus, von dem keine bürgerliche Partei und kein bürgerliches Parlament mehr ausgenommen ist. Im einzelnen hat sich ereignet:

Belgien, 25. Januar 1973. Nach dreimonatiger Krise wird die Regierung Leburton gebildet. Die Koalition, die zustande kommt, setzt sich aus Sozialisten, Christlich-Sozialen und Liberalen zusammen. Vorher hatten die Christlich-Sozialen mit den Sozialisten in einer Koalition regiert.

Republik Irland, 14. März 1973. Regierungsneubildung nach Parlamentswahlen. Keine Partei hatte mehr die absolute Mehrheit bekommen.

Niederlande, 7. Mai 1973. Die fünfmonatige Regierungskrise wird durch eine Koalitionsregierung beendet, die von den drei sozialdemokratischen Parteien und den beiden konfessionellen Parteien gestützt wird.

Italien, 7. Juli 1973. Der Christdemokrat Rumor bildet ein viertes Kabinett, das von den Liberalen und Sozialdemokraten gestützt wird. Dieser Vorgang wird gegenüber der Regierung Andreotti als die Wiederherstellung der "Mitte-Links-Koalition" bezeichnet.

Dänemark, 18. Dezember 1973. Von den Liberalen wird eine Minderheitenregierung gebildet, weil die Neuwahlen keine tragfähige Mehrheit erbracht hatten.

Großbritannien, 5. März 1974. Wilson und die Labour Party lösen in der Regierung die Konservativen ab, nachdem sie die Unterhauswahlen gewonnen haben. Sie verfügen aber nicht über eine ausreichende Mehrheit und sind auf die Unterstützung von den Liberalen und Teilen der Konservativen angewiesen. Es hängt also von der Taktik dieser Parteien ab, wie lange sich die Labour-Regierung halten kann.

Italien, 14. März 1974. Rumor bildet sein 5. Kabinett, nachdem das Ausmaß der Bestechungen von Seiten der Ölkonzerne bekannt wurde.

Belgien, 25. April 1974. In Belgien wird das Minderheitenkabinett Tindemanns gebildet, nachdem die Regierung Leburton Anfang des Jahres über ein Ölgeschäft mit dem Iran gestürzt worden war. **Westdeutschland.** Bundeskanzler Brandt trat in der Nacht vom 6. auf den 7. Mai zurück im Zusammenhang mit der Spionage-Affäre Guillaume (vgl. den entsprechenden Artikel).

Frankreich. Es kam zweimal zur Umbildung des Kabinetts Messmer, u.a. wegen Korruptionsaffären. Personen wurden ausgewechselt. Allerdings stehen eine Neubildung der Regierung, unter Umständen sogar Auflösung des Parlaments und Neuwahlen bevor, wenn Mitterand die Präsidentschaftswahlen am kommenden Sonntag gewinnt.

Außerhalb der Europäischen Gemeinschaften verschärft sich augenblicklich in den **USA** die Watergate-Affäre. In **Kanada** wurde am 8. Mai durch ein Mißtrauensvotum die Regierung gestürzt, Neuwahlen stehen bevor. In **Island** brach am 8. Mai die Koalition auseinander, es kommt ebenfalls zu Neuwahlen. In **Norwegen** und **Schweden** verfügen die Regierungen nicht über ausreichende Mehrheiten, so daß es vom Zufall abhängt, wann sie zum Rücktritt gezwungen werden.

Die Regierungskrise wird in den kapitalistischen Staaten also zur Dauererscheinung. Die politische Krise des Imperialismus findet darin derzeit ihren deutlichsten Ausdruck. Die Folge ist, daß das Ansehen der bürgerlichen Politiker bei den Volksmassen sinkt, ebenso steigt bei den Völkern die Verachtung für die Institutionen des bürgerlichen Staates. In Westdeutschland soll jetzt zum 25. Jahrestag des Grundgesetzes mit Feiertagsreden das Vertrauen in die bürgerlichen Institutionen und in die bürgerliche Verfassung wieder aufgemöbelt werden. Aber auch die Feiertagsreden werden die politische Krise der kapitalistischen Gesellschaft nicht aufhalten.

Nixon ist am Ende

SEINE POLITIK MIT DEN TONBÄNDERN IST GESCHEITERT

Seit der US-Präsident Nixon, um sich vom Vorwurf der Korruption, Bestechung und des Gangstertums zu entlasten, 1 300 Seiten Tonbandabschriften der Gespräche im Weißen Haus an die Öffentlichkeit gegeben hat, ist es um seine Zukunft als Präsident schlechter denn je bestellt. Denn was er damit bezwecken wollte: zu zeigen, daß nicht er den Einbruch in das Wahlhauptquartier der Demokraten veranlaßt habe, um ihn dann zu vertuschen, ging nach hinten los. Selbst für die reaktionäre Zeitung "Chicago Tribune", die diesen Obergauner von Präsidenten bisher verteidigt hat, ist nun der Präsident "humorlos bis zur Unmenschlichkeit. Er ist hinterlistig. Er ist schwankend. Er ist vulgär". Was aber steht so Enthüllendes in diesen Gesprächsprotokollen, das man bisher nicht gewußt hätte? Höchstens dies: daß es sich bei diesem Präsidenten nicht bloß um einen Gauner handelt, sondern daß im Weißen Haus auch die Sprache der Schmierenkomödianten die Szene beherrscht. So hat ein Gespräch Nixons mit seinem Berater Dean folgenden Wortlaut:

Dean: "Wir haben ein Krebsgeschwür nahe dem Präsidentenamt, und es wächst. Es wächst täglich... Der Grund dafür ist, daß wir erstens erpreßt werden und zweitens Leute anfangen, Meineide zu leisten. Und es gibt keine Garantie..."
Nixon: "Daß das nicht platzt."
Dean: "Daß das nicht platzt.
Nixon: "Wieviel Geld brauchst du?"
Dean: "Eine Million Dollar."
Nixon: "Ich weiß, wo wir es herbekommen könnten.
Dean: "Das Geld muß gewaschen (Herkunft verschleiert) werden. Man kann keine 100 000 Dollar von der Bank abheben, und alles kommt in Seriennummern."
Nixon: "Ich verstehe."
Dean: "Egil Bud' Krogh hat einen Meineid geleistet. Er kannte die Kubaner." (Drei Watergate-Einbrecher waren Exil-Kubaner.)
Nixon: "Und er sagte, er kenne sie nicht?"
Dean: "So ist es."
Nixon: "Er könnte – ich versuche gerade nachzudenken – Meineid ist eine Sache, die verdammt schwer nachzuweisen ist... Ich habe den Eindruck, daß wir den Korken auf der Flasche halten müssen."
Dean: "Das ist richtig."
Nixon: "Entweder so, oder es fliegt jetzt alles auf?"
(...)
Nixon: "Wir sind alle miteinander da drin. Dies ist ein Krieg. Wir erhalten ein paar Schüsse, und dann ist es vorüber..."
Nixon: "Ein anderer Weg, die Sache anzupacken, Bob, und John (Dean) sieht das ein, ist, daß wir weiter versuchen, unsere Verluste so gering wie möglich zu halten. Zunächst brauchen wir etwa eine Million Dollar, um diese Esel im Gefängnis zu versorgen." (Aus: "Bild" vom 2. Mai)

Während er Gespräche dieses Kalibers zu seiner Entlastung veröffentlichte, weigert er sich weiterhin, die gesamten Tonbandprotokolle auszuliefern. Von so viel Offenheit und zugleich Hartnäckigkeit zeigen sich nun auch seine engsten politischen Freunde geschockt. Der Fraktionsführer der Partei Nixons im Senat nannte die Gespräche eine "beklagenswerte, abscheuliche, schäbige, unmoralische Veranstaltung".

Man sieht also, daß die bürgerlichen Politiker auch ihre Moral haben. Diese politischen Vertreter des US-Imperialismus, die den Völkermord und die Ausbeutung keineswegs für eine abscheuliche, sondern für eine höchst notwendige Veranstaltung halten, fürchten um ihren Ruf, wenn einer der ihren eine Sprache spricht, die treffend ihre Politik charakterisiert. Weil dieser Präsident nun nicht mehr geeignet sein kann, dem amerikanischen Volk und den Völkern der Welt die Herrschaft des US-Imperialismus als eine moralische Sache zu verkaufen, muß er sicher bald seinen Platz verlassen. Der Anfang ist gemacht mit der Einleitung des Amtsenthebungsverfahrens durch den Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses.

Diese Lage ist ausgezeichnet und wäre gut geeignet, dem amerikanischen Volk weiter die Augen über die bürgerlichen Politiker zu öffnen. Aber noch gibt es in den USA keine politische Kraft, die den Ausweg aus diesem politischen Gaunerstück, das sich in der bürgerlichen Gesellschaft täglich wiederholt, zeigen kann. Erst wenn das Volk die höheren Staatsbeamten selbst wählt, kontrolliert und jederzeit abwählen kann, wird es damit ein Ende haben: denn für solche Spitzbuben ist im Sozialismus kein Platz.

– e.r. –

DIE SCHWIERIGKEITEN DER KPF

Paris. Am 7. Mai stattete der Botschafter der UdSSR dem Präsidentschaftskandidaten Giscard d'Estaing in dessen Eigenschaft als amtierender Wirtschafts- und Finanzminister einen Besuch ab. Dagegen protestierte das Politbüro der revisionistischen Kommunistischen Partei Frankreichs. Es ist der Auffassung, daß dieser Besuch den Eindruck erwecken könnte, die Sowjetunion sei etwa für Giscard d'Estaing, den Kandidaten der Rechten!

In dieser fein diplomatisch verpackten Formulierung der französischen Revisionisten drückt sich ihre ganze Schwierigkeit aus: Einerseits wollen sie den Interessen der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion dienen, andererseits biedern sie sich gerade der französischen Bourgeoisie an und wollen deren nationale Interessen in der Regierung unter dem Staatspräsidenten Mitterand sichern, und drittens müssen sie das alles noch den französischen Arbeitern schmackhaft machen daß diese meinen, es seien allein ihre Interessen, die die KPF vertritt!

25 Jahre Grundgesetz: 25 Jahre Kapitalistenherrschaft im Namen des Volkes

Am 23. Mai feiern die im Bundestag vertretenen Parteien, feiern Regierung und Opposition den 25. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes. Landauf, landab werden dann Festreden gehalten, die öffentlichen Gebäude werden beflaggt sein, die Schüler wird man zu Feiern in die Aula treiben, kurz, die ganze bürgerliche Gesellschaft und ihre politischen Vertreter werden ihre Begeisterung kundtun darüber, daß ihnen dieses Grundgesetz seit nunmehr einem Vierteljahrhundert so gute Dienste getan hat. Und wie die Dinge stehen, wird nicht nur von der bürgerlichen Klasse das Lob des Grundgesetzes gesungen werden. Auch in der Arbeiterbewegung wird man ähnliche Stimmen hören. Die Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes verpflichtet die in ihm zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften auf die "freiheitlich–demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland". Und keiner der leitenden Funktionäre der DGB–Gewerkschaften wird es versäumen, in das Loblied auf das Grundgesetz einzustimmen. Es ist schon merkwürdig genug, daß es ein Gesetz geben soll, das für zwei Klassen mit geradewegs gegensätzlichen Interessen in gleicher Weise gut sein soll. Besonders merkwürdig aber ist dieses Loblied angesichts des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, das ein besonders reaktionäres Exemplar von bürgerlicher Verfassung ist.

GARANTIE DES PRIVATEIGENTUMS

Wie alle bürgerlichen Verfassungen hat auch das Grundgesetz seinen Kern in der Garantie des Privateigentums. In Artikel 14 stellt es fest: "Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet." In der Form eines allgemeinen Rechts, das für jedermann gilt, gibt damit das Grundgesetz die gesetzliche Garantie für ein Privileg, das nur wenige genießen: das Privateigentum an Produktionsmitteln und die damit verbundene Ausbeutung fremder Arbeitskraft durch die Produktionsmittelbesitzer.

Das Grundgesetz enthält so den Widerspruch einer jeden bürgerlichen Verfassung, daß es einerseits allgemeine politische Rechte für jedermann aufführt wie die Pressefreiheit, die Versammlungs– und die Vereinigungsfreiheit, andererseits aber das Recht auf Privateigentum garantiert, das nur wenige genießen. Und diese Garantie des Privateigentums hat zur Folge, daß faktisch die allgemeinen politischen Rechte nur von den wenigen wahrgenommen werden können, die aufgrund der Ausbeutung fremder Arbeitskraft dazu genügend Zeit haben, die Pressehäuser und Verlage besitzen, wodurch für sie die Pressefreiheit zu einer Wirklichkeit wird, und die sich von ihrem Geld ein politisches Personal unterhalten können, das ihre Interessen vertritt. In diesem Widerspruch zwischen allgemeinen Rechten und dem besonderen Privileg, fremde Arbeitskraft unter Staatsschutz ausbeuten zu können, kommt der grundsätzliche Widerspruch zwischen Kapitalismus und Demokratie zum Ausdruck, der um so schärfer wird, je geringer die Zahl der Produktionsmittelbesitzer ist.

Über diesen grundsätzlichen Widerspruch einer jeden bürgerlichen Verfassung hinaus handelt es sich beim Grundgesetz der Bundesrepublik um eine besonders reaktionäre bürgerliche Verfassung. Es wird darin der Versuch unternommen, diese Garantie der bürgerlichen Ordnung und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu einer ewigen und unveränderlichen Ordnung der Dinge zu erheben. In Artikel 79, Absatz 3 stellt es fest: "Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche . . ., die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig." In Artikel 1 des Grundgesetzes werden die dann folgenden Grundrechte und unter ihnen die Garantie des Privateigentums "zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten" erhoben, die "Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt" seien. Es werden die politischen Rechte nicht begriffen als Rechte, die das Volk erkämpft und gegenüber der Staatsgewalt geltend gemacht hat, sondern die politischen Rechte werden mitsamt der Garantie des Privateigentums zu Rechten erhoben, die angeblich von Natur aus bestehen. So wird das Privateigentum an Produktionsmitteln und die darauf beruhende Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in den Rang eines Rechts erhoben, das dem Menschen von Natur aus zukomme und darum auch durch keinerlei Willenserklärung des Volkes außer Kraft gesetzt werden könne.

SOZIALISMUS DURCH PARLAMENTSBESCHLUSS?

Aber, wird häufig eingewandt, räumt nicht das Grundgesetz in Artikel 15 ausdrücklich die Möglichkeit ein, die Produktionsmittelbesitzer zu enteignen, so daß die Arbeiterklasse durchaus im Rahmen dieses Gesetzes ihre sozialen Ziele verfolgen kann. Es heißt dort: "Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden."

Zweifellos ist dieser Artikel ein Zugeständnis an die starken Bestrebungen zur Enteignung des Großkapitals, die bei Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 in Westdeutschland vorhanden waren. Aber es ist ein unwirksames Zugeständnis, das den bürgerlichen Charakter dieser Verfassung keineswegs ändert.



Das Bild zeigt die Schlußabstimmung des Parlamentarischen Rates über das Grundgesetz am 8.5.1949 in Bonn. Damit wurde der Schlußstrich unter die Teilung Deutschlands gezogen, welche die westdeutsche Bourgeoisie gemeinsam mit dem US-Imperialismus betrieben hatte. Die bürgerlichen Parteien stimmten für diese Verfassung, die Vertreter der KPD lehnten sie ab.

Zunächst einmal enthält dieser Artikel selbst noch eine Sicherung für die Kapitalisten. Für den äußerst unwahrscheinlichen Fall, daß ein Gesetz gegen sie zustande kommt, das ihre Enteignung anordnet, wird festgelegt, daß die enteigneten Kapitalisten und Großgrundbesitzer Entschädigung bekommen müssen und wegen der Höhe ihrer Entschädigung vor Gericht gehen können. Diese Gerichte aber sind bekanntlich "unabhängig", d. h. die Richter sind Berufsbeamte, die nicht gewählt werden und nicht abwählbar sind. Sie sind dem Zugriff des Volkes entzogen. Deshalb werden sie im Grundgesetz wie in allen anderen bürgerlichen Verfassungen auch als letzte Garanten der bürgerlichen Ordnung und des bürgerlichen Eigentums benannt.

DAS GRUNDGESETZ MUSS DIE VOLKSSOUVERÄNITÄT ANERKENNEN

Entscheidend für den reaktionären Charakter des Grundgesetzes ist jedoch, daß es nur in einem äußerst eingeschränkten Sinn demokratisch ist. In Artikel 20 führt es zwar den obersten Grundsatz der Demokratie an, ohne dessen Anerkennung seit dem Ende des mittelalterlichen Gottesgnadentums keine republikanische Staatsverfassung mehr auskommt: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus". Diesen Grundsatz der Volkssouveränität unterstützen wir Kommunisten unbedingt und uneingeschränkt. Der Wille des Volkes soll herrschen. Jede Staatsgewalt, die sich nicht auf den Willen des Volkes stützt, ist illegitim und muß gestürzt werden, das besagt der Grundsatz der Volkssouveränität. Er ist im Grunde nichts anderes als die Anerkennung des Rechts des Volkes auf Revolution, von dem Friedrich Engels 1895 sagte: "Das Recht auf Revolution ist ja überhaupt das einzige **wirkliche** 'historische Recht', das einzige, worauf alle modernen Staaten ohne Ausnahme beruhen, Mecklenburg eingeschlossen, dessen Adelsrevolution beendigt wurde 1755 durch den 'Erbvergleich', die noch heute gültige glorreiche Verbriefung des Feudalismus." (Einleitung zu Marx' "Klassenkampf in Frankreich", MEW Bd. 22, S. 524).

Auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, so sehr es gegen die Revolution geschrieben ist, kann nicht umhin, sich auf die Volkssouveränität, auf das Recht des Volkes auf Revolution zu berufen, um die gegebene Ordnung der Dinge als Ausfluß des Volkswillens hinzustellen.

Wie alle bürgerlichen Verfassungen versucht indes auch das Grundgesetz den revolutionären Konsequenzen zu entgehen, die sich aus der Anerkennung des Grundsatzes der Volkssouveränität ergeben. Im selben Artikel 20, Absatz 2, wo es heißt: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus", heißt es weiter: "Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt". Das Grundgesetz legt also nicht nur fest, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, sondern vor allem, in welcher Form sie ausgeübt werden soll und wo sie hingeht. Es legt fest, daß der Wille des Volkes sich in getrennten Gewalten äußern soll, wogegen schon Marx polemisierte: "Hier haben wir den alten Verfassungsunsinn. Die Voraussetzung für eine 'freie Regierung' ist nicht die Trennung, sondern die **Einheit** der Gewalten. Die Regierungsmaschinerie kann gar nicht einfach genug sein. Es ist immer die Kunst der Spitzbuben, sie kompliziert und geheimnisvoll zu machen." ("Die Konstitution der Französischen Republik", MEW Bd. 7, S. 498).

Diese Kunst der Spitzbuben hat das Grundgesetz weit entwickelt. Nicht nur, daß es mit dem Bundestag und Bundesrat zwei Kammern geschaffen hat, welche jedes Gesetz durchlaufen muß und wodurch jeder eventuell zustandegekommene fortschrittliche Beschluß, der gegen die Interessen der bürgerlichen Klasse verstößt, torpediert werden kann. Es löst weiter die Richter aus der Kontrolle durch das Volk heraus und verwandelt sie in eine vom Volk unerreichbare Instanz, in Leute, die durch ihre Lebensführung der Herkunft und Ausbildung der bürgerlichen Klasse eng verwandt sind und durch Karriererücksichten gelenkt werden können, während sie beanspruchen "im Namen des Volkes" zu sprechen, obwohl das Volk keinerlei Recht über sie hat. – Das Grundgesetz legt weiter fest: "Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln" (Art. 32,5). Es verweigert damit ausdrücklich dem Volk das Recht auf Wahl und Kontrolle der staatlichen Hoheitsträger und sichert den Staatsapparat gegen den Volkswillen ab. Die höheren Beamten, das Offizierskorps, die Lehrer und Schulaufsichtsbeamten, alle, die über das Volk gesetzt sind und auf dem Rücken des Volkes reitend die Staatsgewalt ausüben, werden durch diesen Artikel in ihrem Amt bestätigt. Das Volk soll in "hergebrachter" Weise den Amtsinhabern des bürgerlichen Staates unterworfen bleiben. Und nicht einmal gegenüber denen, die ausdrücklich als Volksvertreter in die Parlamente gewählt werden, hat das Volk Rechte. Damit niemand auf den Gedanken kommt, die Volksvertreter seien ihren Wählern verantwortlich und könnten von ihnen zur Rechenschaft gezogen werden, heißt es in Artikel 38,1, daß sie "an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen" seien. Es ist dies eine Bestimmung, die sich direkt gegen die Arbeiterklasse und das Volk richtet. Deren Kraft liegt in der großen Zahl. Sie könne ihren Willen nur geltend machen durch das Mittel der Wahl und jederzeitigen Abwahlmöglichkeit ihrer Beauftragten. Die Kraft der schmalen Schicht von Ausbeutern liegt in ihrem Reichtum, mit dem sie kaufen können, was sie begehren, auch das Abgeordnetengewissen. Indem das Grundgesetz die Rechenschaftspflicht der Volksvertreter ausschließt und auf die Gewissensfreiheit setzt, entscheidet es auch in dieser Frage gegen die große Zahl und eröffnet dem Reichtum, den es beschützt, alle Schleusen der Korruption.

DAS GRUNDGESETZ UND DER BÜRGERLICHE ANTIFASCHISMUS

Bei der vielgepriesenen freiheitlich–demokratischen Grundordnung kann also von Demokratie nicht viel die Rede sein. Man beruft sich zwar formell auf den Volkswillen, läßt aber zugleich keinen Verfassungstrick aus, um den Volkswillen nicht zur Entfaltung und zur Geltung kommen zu lassen. Trotzdem kann man nicht sagen, daß das Grundgesetz im Volk verhaßt sei. Im Gegenteil: Es genießt einen verhältnismäßig guten Ruf und dieser gute Ruf wird von den bürgerlichen Politikern immer wieder als ideologische Waffe verwandt.

Worauf beruht dieser verhältnismäßig gute Ruf, den das Grundgesetz genießt? Er geht zurück auf die Erfahrung der Rechtlosigkeit und absoluten Rechtsunsicherheit unter dem Faschismus. In der ganzen Geschichte der Bundesrepublik sah sich die Bourgeosie gezwungen, den daraus erwachsenden antifaschistischen Bestrebungen Rechnung zu tragen. Diese zunächst aktiven antifaschistsichen Bestrebungen nahmen nach den Niederlagen in den unmittelbaren Nachkriegsklassenkämpfen gegen alliierte Besatzer und einheimische Reaktion einen anderen Charakter an, verschwanden aber damit nicht. Sie traten in den fünfziger Jahren immer weniger aktiv in Erscheinung, sondern äußerten sich zunehmend als Abkehr von der Politik. Die "Ohne mich"–Bewegung der frühen fünfziger Jahre ist dafür der deutlichste Beleg. Indem die antifaschistischen Bestrebungen die Form der Abkehr von der Politik annahmen, indem gegen staatliche Ansprüche die einfache Forderung gestellt wurde, in Ruhe gelassen zu werden, wurde aus dem Antifaschismus der Nachkriegszeit der Humus, auf dem die bürgerliche Klasse in Westdeutschland ihren neuen Staat aufbauen konnte. Der Forderung in Ruhe gelassen und gegen staatliche Willkür geschützt zu sein, entsprach der Bonner Staat, indem er in seinem Grundgesetz Bürgerrechte gewährte, die den politisch nicht aktiven Arbeiter und Angestellten ein Leben jenseits ständiger Spionage und Überwachung ermöglichten, und die politische Überwachung bis ins Alltagsleben hinein, wie sie für den Faschismus kennzeichnend war, aufhob. Diese Seite des Antifaschismus, die Beseitigung der Rechtsunsicherheit, war auch für die einzelnen Bourgeois erstrebenswert. Sie beseitigte den Zustand, wo die miteinander konkurrierenden Kapitalisten nicht sicher sein konnten, vom Konkurrenten in Konzentrationslager oder an die Front gebracht zu werden; ein 'Unternehmerrisiko', das auch in der bürgerlichen Klasse selber auf Ablehnung stieß.

DIE "WEHRHAFTE DEMOKRATIE" VERTEIDIGT DIE AUSBEUTERORDNUNG

Über diese Individualrechte zum Schutz der Person und des Eigentums gegen staatliche Willkürhandlungen hinaus enthält das Grundgesetz nur äußerst dürftige Rechte für das Volk, sich zusammenzuschließen, sich zu organisieren usw. Alle diese politischen Rechte sind zwar genannt, aber gleichzeitig werden sie mit vielen Einschränkungen versehen und gelten keineswegs für jeden und uneingeschränkt. Für die Arbeiterklasse, die zum Sozialismus strebt und dazu die uneingeschränkte Demokratie braucht als Form ihrer politischen Herrschaft, gelten diese Rechte nicht. In Artikel 18 heißt es: "Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit, die Lehrfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit, das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, das Eigentum oder das Asylrecht zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte." Der Gebrauch der Rechte durch die Arbeiterklasse und in ihrem Interesse aber wird vom Grundgesetz unter "Mißbrauch" gerechnet. Für die Arbeiterklasse und die ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen stellt sich die Sache so dar: Sie brauchen zur Befriedigung ihrer Interessen den Sozialismus, d. h. die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Dazu aber muß die Arbeiterklasse die politische Macht erobern und ausüben, was sie nur kann in der Form umfassender Demokratie und nicht in der kastrierten Demokratie, welche das Grundgesetz für polizeilich noch erlaubt erklärt. Wer aber sagt: mit Demokratie hat die Staatsverfassung der Bundesrepublik wenig zu tun, – die Richter sind dem Volk nicht direkt verantwortlich, das Berufsbeamtentum ist nicht abgeschafft, die Abgeordneten sind nicht rechenschaftspflichtig, das Recht Waffen zu tragen und die Offiziere zu wählen existiert nicht, wer das sagt, der verwirkt nach Artikel 18 die Grundrechte, denn er hat sich ausgesprochen gegen die Gewaltenteilung, gegen die Unabhängigkeit der Gerichte gegenüber dem Volk. Und er spricht sich gegen das "Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung" aus, wenn er sagt, den Kapitalisten muß dieses Recht beschnitten werden, indem man ihnen die Produktionsmittel wegnimmt, mit denen sie die Arbeiterklasse und das Volk ausbeuten, und wenn sie sich dagegen wehren, wird man diese Gegenwehr unterdrücken müssen. Alle diese Rechte, welche die Arbeiterklasse braucht, um sich von der Ausbeutung befreien zu können, sind mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, müssen gegen das Grundgesetz erkämpft werden und jeden, der diesen Kampf aufnimmt, sucht das Grundgesetz durch Entzug aller Rechte zu strafen.

Wenn wir sagen, das Grundgesetz ist eine Verfassung nach dem Wunsche der bürgerlichen Klasse, so sprechen wir uns keineswegs gegen die Grundrechte aus, die es nennt, ohne sie der Arbeiterklasse, die für die Verwirklichung ihres historischen Ziels kämpft, zu gewähren. Im Gegenteil: Wir sind für die uneingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit, für die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit usw. Und die zur Macht gelangte Arbeiterklasse wird aus diesen Rechten, die heute für das Volk leere Ansprüche sind, eine lebendige Wirklichkeit machen, indem sie die Zeitungen und Verlage den Kapitalisten wegnimmt und sie in die Hände des demokratisch organisierten Volkes überführt. Sie wird die Versammlungsfreiheit realisieren, indem sie die besten Räume den Kapitalisten wegnimmt und dem Volk zu freiem Gebrauch übereignet, indem sie vor allem politische Vereinigungsfreiheit dort schafft, wo die Arbeiter und Angestellten jeden Tag beisammen sind, ohne doch politische Rechte zu genießen: In der Fabrik und im Büro. Die bürgerlichen Politiker in Westdeutschland, gleichgültig ob in CDU, SPD oder FDP loben die Verfassung, die nach dem Motto verfahre: "Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit". Als der Feind der Freiheit wird aber behandelt die Arbeiterklasse, die für uneingeschränkte Demokratie als unentbehrliches Mittel auf dem Weg zum Sozialismus kämpft. Das Grundgesetz erklärt dieses Ziel für "unzulässig". Es versucht, die Ewigkeit der bürgerlichen Ausbeuterordnung und der Herrschaft der bürgerlichen Klasse zu begründen. Der Arbeiterklasse in Westdeutschland bleibt kein anderer Weg, als sich demgegenüber auf 'das einzig wirklich historische Recht zu berufen, das Recht des Volkes auf Revolution. Der Inhalt, den diese Revolution unter Führung der Arbeiterklasse verwirklicht, kann nur die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse, der Sozialismus sein, als erste Stufe auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft.

Willfried Maier

Opel: Kurzarbeit

IM MAI IN RÜSSELSHEIM, IM JUNI IN BOCHUM

Die Opel-Kapitalisten meldeten für den 12. bis 18.5. für 20 000 Kollegen in Rüsselsheim und für 1 500 in Kaiserslautern Kurzarbeit an.
Gleichzeitig tönte es aus dem Westdeutschen Rundfunk, daß wenigstens in Bochum alles "in Ordnung sei". Aber auch hier müssen die Kollegen vom 4. bis 12.6. kurzarbeiten und im September mit einer Woche weniger Lohn rechnen.

Bisher argumentierte die Geschäftsleitung und die Perschke-Mehrheit im Betriebsrat, daß die Kurzarbeit die Kollegen vor Massenentlassungen bewahre. Seit Mai entläßt nun Opel Bochum regelmäßig 49 Kollegen im Monat. Weshalb 49? Weil es nach dem Gesetz erst ab 50 Massenentlassungen sind, die mit Begründung beim Arbeitsamt beantragt werden müssen, was größere Unruhe schaffen würde. Mit solchen Tricks soll den Kollegen Sand in die Augen gestreut werden.

WIE SIEHT DIE SITUATION ABER WIRKLICH AUS?

Unternimmt die Betriebsleitung und die SPD-Betriebsratsmehrheit wirklich alles, um die Arbeitsplätze zu sichern?
In der Krise 1966/67 lag der Jahresüberschuß 1966 bei 110,8 Millionen DM, 1967 bei 248,35 Millionen DM. Im gleichen Zeitraum war mehrfach Kurzarbeit und 5 000 Kollegen wurden von Opel auf die Straße geworfen. Das zeigt deutlich, daß Maßnahmen wie Kurzarbeit und Entlassungen nur zur Steigerung des Profits dienen. Deshalb fordern fortschrittliche Kollegen von der "Gewerkschaftlichen Oppositionellen Gruppe" (GOG):
- keine Entlassungen!
- runter mit der Bandgeschwindigkeit!
- voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!

Gegen diese Forderungen wandte die Betriebsratsmehrheit ein, daß Opel sie so oder so nicht annehmen würde, die Kurzarbeit sei notwendig und es sei schon ein großer Erfolg, daß für den 3. und den 13. Juni Lohnfortzahlung gezahlt werde, wozu Opel ja eigentlich nicht verpflichtet sei. Dies ist sicherlich kein großer, aber ein kleiner Erfolg. Den kann sich aber auch nicht der Betriebsrat auf die Fahnen schreiben, sondern er ist auf die Empörung unter den Kollegen und in der Öffentlichkeit über die Nichtbezahlung des Karfreitags zurückzuführen.

So tut die Perschke-Betriebsratsmehrheit nichts, um die Interessen der Kollegen wahrzunehmen. Im Gegenteil unterstützt sie die Entlassungspolitik von Opel. Diese richtet sich einerseits gegen die Kollegen, die am Band kaputt gemacht wurden, als auch gegen fortschrittliche Kollegen. So wurde der Kollege Uwe Maack entlassen und der spanische Vertrauensmann Felix Sanchez ohne Einspruch vom Vertrauensleutekörper oder Betriebsrat.
Im Betrieb wird jetzt beraten, wie der Kampf gegen die Opel-Kapitalisten geführt werden muß.

–V./KK Bochum–

Wie bei der Post rationalisiert wird

Blaupunkt bricht Vertrag

VON DEN KAPITALISTEN BESCHISSEN UND VON EINEM GEWERKSCHAFTSFÜHRER BEDROHT

Hildesheim. Der türkische Kollege D. bekam von den Blaupunkt-Werken Hildesheim einen Jahresvertrag, der am 28.8.1973 begann. Der Kollege D. wurde als Reparateur eingestellt und sollte nach Vertrag 6,80 DM bekommen, dazu sah der Vertrag vor: ein Bett, daß in einem Söhrener Heim mit drei anderen Betten in einem Raum steht und 63,– DM monatlich kostet, plus 10,– DM Reinigungsgebühren monatlich, plus 28,– DM Fahrtkosten zum Arbeitsplatz. Die ausländischen Facharbeiter bekommen oft bis zu drei Lohngruppen weniger Lohn als ihre deutschen Kollegen, für die gleiche Arbeit. Die Kollegen des Bandes 1158, die alle unter derartig schlechten Bedingungen leben und arbeiten, forderten vor zwei Monaten 1,– DM mehr für alle. Als Vertreter der Geschäftsleitung bot der Meister dann 0,50 DM an, worauf man sich schließlich einigte.
Doch die Sache hatte ihr Nachspiel. Der Kollege D., der sich für die Lohnforderung des Bandes 1158 stark eingesetzt hatte, bekam seine fristlose Kündigung, trotz Jahresvertrag! Begründung: "Arbeitsverweigerung am 26.4.1974." Der Kollege D. stellt daraufhin in einem Brief an die Ortsverwaltung der IGM den Tatbestand wie folgt dar: "Am 26.4.1974 war ich krank und trotzdem bin ich zur Arbeitsstelle gegangen. Ich arbeitete normalerweise als Fehlerbestimmer in der Fernsehabteilung. Der Meister hat an diesem Tag von mir verlangt, daß ich meinen Arbeitsplatz wechsele. Ich erklärte ihm, daß ich wegen meiner Krankheit dazu nicht in der Lage sei. Der Meister hat dies leider nicht akzeptiert und hat sofort den Betriebsrat geholt und mich gebeten, die Arbeit zu machen. Ich war aber nicht dazu in der Lage. Dann habe ich den Meister gebeten, um Durchlassungsschein zum Arzt. Der Arzt hat mich eine Woche krank geschrieben und gesagt, daß ich nochmal vorbeikommen soll."
Wie man sieht, ist der Jahresvertrag für die ausländischen Kollegen nur solange von Gültigkeit, wie sie nicht krank werden und nicht für die Interessen der Kollegen eintreten. Der Arbeitsplatzwechsel, das ist ein Trick, mit dem die Unternehmer 1. die Einstufung in eine niedere Lohngruppe beabsichtigen und 2. die Trennung fortschrittlicher Kollegen von deren ursprünglichen Abteilungskollegen erreichen wollen.
Die Maßnahmen der Geschäftsleitung werden jetzt aktiv unterstützt vom Betriebsrat. So kann man in der Kündigung lesen, daß der Betriebsrat gemäß § 102 des BVG der Entlassung zugestimmt habe. Doch nicht einmal die Aufgaben dieses § 102 nahm der Betriebsrat wahr. Dort heißt es nämlich: "Der Betriebsrat soll, soweit dies erforderlich erscheint, vor seiner Stellungnahme den betroffenen Arbeitnehmer hören." Der Betriebsrat hat sich nicht die Stellungnahme des Betroffenen angehört, sondern schnell der Entlassung zugestimmt.
Der Kollege wandte sich daraufhin an die Ortsverwaltung der IGM, die er um Hilfe bat. Doch der Kollege D. mußte hier seine zweite Erfahrung mit den bürgerlichen Gewerkschaftsführern machen. Auf der Ortsverwaltung der IGM wußte Herr Mildner nichts weiter zu sagen, als: "Der Kollege ist doch seit 7.3.1974 kein Mitglied mehr! Er hat keinen Beitrag bezahlt!" Der Kollege D. hatte jedoch vor sieben Monaten eigenhändig eine Beitragseinziehungsgenehmigung bei der Bank unterschrieben und war jetzt sprachlos, hatte er doch nicht einmal eine schriftliche Mitteilung von der IGM erhalten und war er doch der festen Überzeugung, Mitglied der IGM zu sein.

Der Kollege ging am 8. Mai noch einmal in den Betrieb, um vom Betriebsrat Rhode zu erfahren, weshalb man ihm nicht die Streichung aus der Mitgliederliste der IG Metall mitgeteilt habe, obwohl ihm ein Betriebsrat noch im April eine Unterschrift für die zweite Gewerkschaftsbeitragserhöhung abverlangt habe. Der Kollege machte aber trotzdem den Vorschlag, den angeblich ausstehenden Beitrag nachzuzahlen, worauf Betriebsrat Rhode antwortete: Solche Kollegen wie ihn bräuchte man in der IG Metall ohnehin nicht, die würden nur Lohnforderungen stellen und aufwiegeln. Doch Rhode wurde noch deutlicher: Er drohte dem Kollegen D. mit der Polizei, wenn er nicht sofort verschwinden würde.

– J.M., Hildesheim –

Nobel-Dynamit: 5 Tote

DIE ARBEITER SITZEN TÄGLICH AUF DEM PULVERFASS

Würgenhausen, Kreis Siegen. In der Würgenhausener Sprengstoffabrik ereignete sich am Samstagmorgen, 4.5.1974, eine schwere Explosion. Als die Frühschicht mit eineinhalb Meter langen Holzlöffeln Pulver in die Bottiche mit 250 kg Nitroglycerin einrührte, flog der gesamte Mischbunker in die Luft. Von den fünf Arbeitern blieb nichts mehr übrig. Wie bei früheren Unglücksfällen versammelten sich die restlichen Kollegen, um zu zählen, wer überlebt hatte.

Explosionsunglücke sind in der Würgenhausener Sprengstoffabrik keine Seltenheit. 1970 und 1972 ereigneten sich ähnliche Fälle, die fünf Arbeitern das Leben kosteten. Die Ursachen sind für die Staatsanwaltschaft und Firmenleitung "ein Rätsel", Nachforschungen zwecklos, weil kein Stein mehr auf dem anderen steht. Dafür tauchten diesmal Spekulationen über einen Überschallflug auf, dessen Druckwelle die Explosion auf dem Fabrikgelände ausgelöst habe. Was der Auslöser war, ist aber gleichgültig, solange die Arbeiter täglich auf einem Pulverfaß sitzen.

Die Arbeit im Mischbunker bezeichneten Kollegen sogar noch als "relativ ungefährlich" im Verhältnis zu anderen Arbeitsplätzen. Natürlich könnte man an diesem Arbeitsplatz statt Menschen mit Holzlöffeln automatisierte Rührmaschinen verwenden. Aber solange der Lohn von fünf Arbeitern die Kapitalisten weniger kostet als die Anschaffung einer Maschine, stellen sie lieber fünf Leute ein und zahlen ihnen eine "Gefahrenzulage". Das Risiko tragen ja nicht sie, sondern die Arbeiter. Die opfern mit ihrer Arbeit zugleich ihr Leben und lassen dann fünf Familien mit elf Kindern zurück.

Es ist klar, daß sich an der Lebensgefährlichkeit der Arbeit solange nichts ändert, wie die Sicherheitsvorkehrungen den Kapitalisten überlassen bleiben. Die wählen immer die billigste Lösung und die kann für die Arbeiter tödlich sein. Deshalb müssen die Arbeiter die Kontrolle über den Arbeitsschutz in die eigene Hand nehmen und die Kapitalisten zwingen, die Kosten zu zahlen.

–M.R.–

Wie bei der Post rationalisiert wird



Auf diesem Foto kann man sehen, wie ein Postbeamter mit einem schiebbaren Meterzählwerk hinter einem Postboten hergeht, um jeden Schritt zu bemessen, den dieser tut. Diese Messungen sind Teil der momentanen Rationalisierungsmaßnahmen bei der Post; die Touren der Zusteller sollen neu bemessen werden. Offiziell wird an dem Amt erzählt, diese Messungen seien notwendig, um die Touren gerechter zu bemessen. Daß bei dieser Bemessung keine gerechtere Verteilung der Touren rauskommen wird, kann man schon daran sehen, daß der Postminister Ehmke angekündigt hat, 30 000 Kollegen bei der Post wegzurationalisieren. In dem Zustellbezirk, in dem dieses Foto geschossen wurde, soll obendrein noch die Geldzustellung, die im Moment von Geldbriefträgern wahrgenommen wird, auf die Briefzusteller abgewälzt werden.

M.K., Hamburg

ker in die Luft. Von den fünf Arbeitern blieb nichts mehr übrig. Wie bei früheren Unglücksfällen versammelten sich die restlichen Kollegen, um zu zählen, wer überlebt hatte.

Explosionsunglücke sind in der Würgenhausener Sprengstoffabrik keine Seltenheit. 1970 und 1972 ereigneten sich ähnliche Fälle, die fünf Arbeitern das Leben kosteten. Die Ursachen sind für die Staatsanwaltschaft und Firmenleitung "ein Rätsel", Nachforschungen zwecklos, weil kein Stein mehr auf dem anderen steht. Dafür tauchten diesmal Spekulationen über einen Überschallflug auf, dessen Druckwelle die Explosion auf dem Fabrikgelände ausgelöst habe. Was der Auslöser war, ist aber gleichgültig, solange die Arbeiter täglich auf einem Pulverfaß sitzen.

beitern die Kapitalisten weniger kostet als die Anschaffung einer Maschine, stellen sie lieber fünf Leute ein und zahlen ihnen eine "Gefahrenzulage". Das Risiko tragen ja nicht sie, sondern die Arbeiter. Die opfern mit ihrer Arbeit zugleich ihr Leben und lassen dann fünf Familien mit elf Kindern zurück.

Es ist klar, daß sich an der Lebensgefährlichkeit der Arbeit solange nichts ändert, wie die Sicherheitsvorkehrungen den Kapitalisten überlassen bleiben. Die wählen immer die billigste Lösung und die kann für die Arbeiter tödlich sein. Deshalb müssen die Arbeiter die Kontrolle über den Arbeitsschutz in die eigene Hand nehmen und die Kapitalisten zwingen, die Kosten zu zahlen.

–M.R.–

Der Kollege ging am 8. Mai noch einmal in den Betrieb, um vom Betriebsrat Rhode zu erfahren, weshalb man ihm nicht die Streichung aus der Mitgliederliste der IG Metall mitgeteilt habe, obwohl ihm ein Betriebsrat noch im April eine Unterschrift für die zweite Gewerkschaftsbeitragserhöhung abverlangt habe. Der Kollege machte aber trotzdem den Vorschlag, den angeblich ausstehenden Beitrag nachzuzahlen, worauf Betriebsrat Rhode antwortete: Solche Kollegen wie ihn bräuchte man in der IG Metall ohnehin nicht, die würden nur Lohnforderungen stellen und aufwiegeln. Doch Rhode wurde noch deutlicher: Er drohte dem Kollegen D. mit der Polizei, wenn er nicht sofort verschwinden würde.

– J.M., Hildesheim –

Pleite beim Gummiwerk Schroers

Schröppenstedt b. Braunschweig. Am Freitag, den 26.4. stand die Spätschicht des Gummiwerkes Schroers vor verschlossenen Werkstoren. Was war geschehen? Der Alleininhaber des Gummiwerks, Helmut Schroers, war am Montag der betreffenden Woche gestorben. Die Erben stellten am Freitag Konkursantrag wegen Zahlungsunfähigkeit. Inzwischen teilte der Konkursverwalter Jacobi mit, daß der Betrieb mit rund vier Millionen Mark verschuldet ist. "Jacobi teilte weiter mit, daß inzwischen Verhandlungen mit mehreren Unternehmen verschiedener Branchen über die Übernahme des Schröppenstedter Betriebes laufen." (Wolfsburger Nachrichten vom 2. Mai) Doch die Lage der 400 Arbeiter des Gummiwerkes ist völlig unsicher. Es hat sich wieder einmal für jeden gezeigt, auf wen Krisen im Kapitalismus abgewälzt werden. Vorerst liegt die Belegschaft (darunter 153 Heimarbeiterinnen und 120 ausländische Kollegen) auf der Straße. Selbst die Aprillöhne sind nicht mehr ausgezahlt worden. Und wenn man weiß, daß Schröppenstedt im Zonenrandgebiet liegt, dann ist klar, wie es mit neuen Arbeitsmöglichkeiten bestellt ist. Auf der Betriebsversammlung am Dienstag, den 30.4. herrschte daher auch breite Empörung, zumal Betriebsrat und Gewerkschaftsvertreter zu spät und unzureichend über die Lage aufgeklärt wurden.

H.B., Ortsgruppe Wolfsburg/ Gifhorn

Der Streik bei Metzeler-Odenwald

STATT 160 REIFEN FÜR 9,19 MARK SOLLTEN DIE KOLLEGEN 190 SCHAFFEN

In der letzten KVZ (Nr. 9) wurde kurz und leider etwas ungenau über den Streik bei Metzeler Odenwald berichtet.

WAS WAREN DIE URSACHEN DES STREIKS?

Ab Januar dieses Jahres erfolgen bei ~~Metzler~~ Odenwald technische Änderungen im Reifenbau. Dies soll bezwecken, daß pro Schicht mehr Reifen produziert werden als bisher. Gleichzeitig wurden die Akkordsätze geändert, so daß ein Arbeiter, der früher 160 Reifen für 9,19 DM in der Stunde herstellte, heute 190 Reifen produzieren muß, um 9,20 DM zu bekommen. Eine Mehrleistung von 20% wird also bei Metzeler Odenwald mit einer Lohnerhöhung von etwa 0,01 % "gewürdigt". Abgesehen davon, und das war für die Kollegen im Reifenbau das ausschlaggebende, waren die neuen Akkordsätze einfach nicht zu schaffen. Trotz enormer Anstrengungen kamen die Kollegen nicht mehr auf das Geld, was sie vor der Neufestsetzung der Akkorde verdient hatten.

WARUM KAM ES ZUM STREIK?

Die ausländischen Kollegen (60 % der Gesamtbelegschaft sind ausländische Arbeitnehmer und in der betroffenen Reifenkonfektion arbeiten nur ausländische Kollegen) haben schon auf der letzten Betriebsversammlung diese unhaltbaren Zustände zur Sprache bringen wollen, was aber vom Betriebsrat verhindert wurde. Daraufhin produzierten die Kollegen im Reifenbau vor ca. 6 Wochen statt 9 000 Reifen nur noch 7 000 pro Schicht. Aber auch danach wurde vom Betriebsrat, geschweige denn von der Geschäftsleitung nichts unternommen.

WIE VERLIEF DER STREIK?

Nun war für die Kollegen im Reifenbau das Maß voll. Die 22 Arbeiter der Spätschicht erklärten der Produktionsleitung am Montag, den 22.4.74, daß sie unter diesen unmenschlichen Arbeitsbedingungen nicht mehr länger arbeiten könnten. Sie wurden daraufhin durch einen Hinterausgang aus dem Werk geführt, damit sich nicht noch andere Kollegen mit ihnen solidarisierten. Die Arbeiter von der Gürtelreifenabteilung bekamen aber Wind von der Sache und legten zum großen Teil sofort die Arbeit nieder. Am Dienstag, den 23.4.74 waren es dann über 400 ausländische Kollegen, die zum Schichtbeginn nicht mehr erschienen.

WIE REAGIERTE DIE GESCHÄFTSLEITUNG?

Jetzt wurde die Geschäftsleitung rege. Sie bot den streikenden Kollegen bei sofortiger Arbeitsaufnahme eine 8 % Lohnerhöhung und eine neue Überprüfung des Akkords bis zum 15. Mai an. Dieses Manöver wurde von den Kollegen durchschaut, sie streikten weiter und forderten die generelle Abschaffung des Akkords und 9,20 DM pro Stunde für die Reifenbauer. Daraufhin verschickte die Geschäftsleitung Briefe, in denen sie den streikenden Arbeiter fristlose Entlassung, sofortige Räumung der Werkswohnung und Einbehaltung des Restlohnes bei Nichtaufnahme der Arbeit bis zum Freitag, den 26.4. androhte. Der Betriebsrat war über diese Maßnahme informiert und damit einverstanden. Doch auch diese Drohungen konnten die Kollegen nicht einschüchtern; auch am Freitag waren es noch weit über 200 Arbeiter, die streikten.

WAS UNTERNAHM DIE IG CHEMIE?

Die IG Chemie konnte diesen "wilden" Streik "natürlich" nicht unterstützen. Ein IG Chemie-Sprecher ging sogar noch weiter, indem er sagte: "Wir sind heute nicht hier, um die Interessen der Streikenden zu vertreten, wir müssen auch die Interessen der Arbeitgeber berücksichtigen, da wir eine Vermittlerrolle übernommen haben." Nur verständlich war daher die Reaktion der enttäuschten Kollegen über ihre Interessenvertreter. Die ausländischen Kollegen wollten sogar aus der Gewerkschaft austreten, was Mitglieder der Kommunistischen Gruppe Erbach/Michelstadt durch Unterstützung spanischer Genossen verhindern konnten. Durch ihre Vermittlerrolle schaffte es die Gewerkschaftsführung, die Streikfront zu brechen, so daß am Montag die Kollegen die Arbeit wieder aufnahmen. Die angedrohten Entlassungen wurden lediglich zurückgenommen.

WAS ZEIGTE DIESER STREIK?

Die Steigerung der Arbeitshetze in den Betrieben wird immer heftiger. Am stärksten sind unsere ausländischen Kollegen von der zunehmenden Ausbeutung betroffen. Es muß deshalb eine breite Solidarität zwischen den deutschen und ausländischen Kollegen geschaffen werden; diese allein kann eine Grundlage für weitere Kämpfe sein.
Die Kommunistische Gruppe Erbach/Michelstadt wird zusammen mit spanischen Genossen auf eine Solidarität zwischen deutschen und ausländischen Kollegen bei Metzeler und Veith Pirelli in Breuberg hinarbeiten.
Deshalb:
- **Für den 7-Stundentag!**
- **Für das uneingeschränkte Streikrecht!**
- **Gleiches Recht für deutsche und ausländische Kollegen!**
- **Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!**
- **Für kampfstarke, klassenbewußte Gewerkschaften!**

Zur Unterstützung der ausländischen Kollegen bei Metzeler wurden folgende Spenden gesammelt:
129,00 DM auf der Maifeier des KBW in Darmstadt
221,38 DM auf der Maikundgebung in Darmstadt
75,00 DM auf der Maikundgebung in Michelstadt.

Kommunistische Gruppe Erbach/Michelstadt

14 Tage Streik

SAUTTER/REUTLINGEN: ZULAGEN SOLLEN ANGERECHNET WERDEN

Die 36 Kollegen der Firma Sautter haben sich mit ihrem Streik gegen die Absichten der Geschäftsleitung, die Tariferhöhung von 11,3 % auf die übertariflichen Zulagen anzurechnen, gewehrt. Die Geschäftsleitung reagierte auf den Streik mit der fristlosen Entlassung von 13 Kollegen und der Entlassung dreier Betriebsräte. Das Arbeitsgericht Reutlingen hatte am 3. Mai die Entlassung der Betriebsräte mit einem Verstoß gegen die Friedens- und Schweigepflicht des Betriebsverfassungsgesetzes begründet. Auf einer Streikversammlung am 4. Mai und einer Belegschaftsversammlung am 7. Mai haben die Kollegen ihre Forderungen beschlossen und bekräftigt:

- Auszahlung der tarifvertraglich vereinbarten 11,3 % an alle
- Zurücknahme der Kündigungen
- Bezahlung der Streikzeit
- Den Betriebsräten wurde volles Vertrauen ausgesprochen.

Mit diesen Forderungen wurde durch Reutlingen demonstriert und zur Solidarität aufgefordert. In mehreren Metall- und Druckbetrieben fanden kurze Warnstreiks statt. Auf Maiveranstaltungen des DGB in umliegenden Städten wurden 1 100 DM gesammelt, auf einem Spendenkonto der streikenden Drucker gingen 11 000 DM ein.

Wie der DGB–Kreisvorsitzende in Reutlingen auf Anfrage mitteilte, haben die Kollegen am 8. Mai die Arbeit wieder aufgenommen. Mit ihrem Streik haben sie nicht alle Forderungen durchsetzen können, aber doch einen Teilerfolg erzielt: So mußten alle Kündigungen zurückgenommen werden. Die 11,3 % Lohnerhöhung werden nicht auf die übertariflichen Zulagen angerechnet. Nur bei den 13 fristlos Entlassenen wurde das noch nicht durchgesetzt.

Der DGB, die Betriebsräte und die Kollegen im Betrieb haben die Forderung nach Ausbezahlung der 11,3 % **an alle** gestellt. Auf der Ebene des Gleichheitsgrundsatzes will der DGB-Vorsitzende das durchsetzen.

Ein Solidaritätskomitee aus Betriebsräten, Vertrauensleuten, dem DGB-Kreisvorsitzenden, dem Bezirksvorsitzenden der IG Druck und Papier und den Vorsitzenden der anderen Einzelgewerkschaften bildete sich, um den Kampf der Drucker zu unterstützen. –M.F., Heidelberg–

Spendenkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Reutlingen, Konto Nr. 100 687 67

IG DRUCK UND PAPIER: LANDESBEZIRKSTAG IN SPEYER – EIN SCHRITT NACH VORN

Am 4./5. Mai führte der Landesbezirk Rheinland-Pfalz–Saar den Landesbezirkstag '74 in Speyer durch.

Gegen die Angriffe in der Begrüßungsrede des alten und neuen Landesbezirksvorsitzenden K.Schrinner auf "Revolutionäre und Extremisten" wandten sich Kollegen. In der Aussprache der Delegierten wurde darauf hingewiesen, daß der Feind rechts steht, nicht links, und daß sich die Gewerkschaften den notwendigen Aufgaben widmen sollen wie: die klaren Tarifforderungen der Kollegen durchsetzen wie zum Beispiel von 1,37 DM aus Speyer in der vergangenen Tarifrunde.

Behandelt und abgestimmt wurden von den Delegierten insgesamt 37 Anträge. Obwohl IG Druck-Vorsitzender Mahlein ausdrücklich gegen einen Antrag sprach, der die Beitragserhöhung ab 1. Juli 1974 ablehnte, wurde dieser von der Mehrzahl der Kollegen angenommen. Ebenso wurde ein Antrag angenommen, der die Tarifkommission auffordert, in der nächsten Lohnrunde feste Mark- und Pfennigbeträge zu fordern, sowie ein Antrag, die Auszubildenden in Streikmaßnahmen voll einzubeziehen. Weiterhin wurde mehrheitlich beschlossen, daß der DGB unverzüglich aus der Konzertierten Aktion austreten soll. In einer Resolution wurde der Militärputsch in Chile scharf verurteilt und zur Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften in Chile aufgerufen.

–K.F., Speyer–

Gewinn mit Kurzarbeit

AUDI: DRUCK AUF DIE LÖHNE / ERHÖHUNG DER PREISE

Vom 22. April bis 3. Mai mußten 20 300 der insgesamt 31 300 Kollegen bei Audi-NSU kurzarbeiten. Zwar war schon die Hälfte des Lagers, das Ende 73 bestand, abgebaut. Aber den guten Schnitt mit der Kurzarbeit wollen sich die Kapitalisten nicht entgehen lassen. Zahlen doch nicht sie die Löhne weiter, sondern das Arbeitsamt zahlt das Kurzarbeitsgeld von 14 Millionen DM.

Um Druck auf die Löhne ausüben und zugleich die Autopreise in die Höhe jagen zu können, lamentieren die Autokapitalisten seit Monaten über die hohen Löhne. In der "Heilbronner Stimme" vom 20.4.74 ließ der Audi-Personalvorstand daher schreiben, daß "ein qualifizierter Werkzeugbauer, verheiratet, zwei Kinder, einen durchschnittlichen Monatsverdienst von netto 2 200 DM hat." Daraufhin schrieb der Vertrauenskörper vom Werkzeugbau Audi-NSU, Werk Neckarsulm an die Zeitung: *"Selbst ein Spitzenarbeiter als Werkzeugbauer verdient nicht den von Ihnen genannten Nettobetrag von 2 200 DM als Bruttoverdienst: Geht man davon aus, daß ein durchschnittlich verdienender Werkzeugbauer bei 172 Stunden monatlich arbeitet, so verdient dieser nur brutto 1 806 DM. Davon gehen ca. 30 % Abzüge weg, bleiben nur noch ca. 1 186 DM netto übrig. Unsere Frage an die Redaktion: Zahlt uns die Heilbronner Stimme den Differenzbetrag? Sollte über Ihren Artikel keine Richtigstellung erfolgen, sehen sich unsere Kollegen gezwungen, den Differenzbetrag durch Abbestellung der Heilbronner Stimme auszugleichen."*

Die Zeitung druckte den Brief ab. Der Audi-Personalvorstand mußte seine Märchenzahlen zurücknehmen.

Köder der Verleihfirmen

"SPITZENLÖHNE" NUR AUF DEM PAPIER

Eine neu entstandene Firmenbranche sind die sogenannten Arbeitnehmerüberlassungsfirmen (auch Menschenhändler genannt), die in letzter Zeit wie Pilze aus dem Boden schießen und immer mehr um sich greifen. Der Boden, auf dem sie wachsen, sind die steigenden "Soziallasten" der Kapitalisten wie Urlaub und Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Leistungszulagen, Mindestverdienste, Fahrgeld- und Essenszuschüsse, Altersrente usw. usw., auch wachsende demokratische Zugeständnisse wie Betriebsräte, Kündigungsschutz u. dgl. – alles Rechte und Sicherungen, die von der organisierten Arbeiterschaft im Laufe der Zeit durchgesetzt worden sind.

Vielen Herren Unternehmern wird es nun zu bunt, diese "Lasten" zu tragen. Sie leihen sich ihre Arbeiter einfach von einer Verleihfirma aus. Das hat für sie vor allem den Vorteil, daß sie die Arbeiter, wenn sie sie nicht mehr brauchen, von heute auf morgen einfach vor die Tür setzen können – ohne irgendwelche rechtlichen Konsequenzen. Hat der Arbeiter an seinem Arbeitsplatz (also in der Einsatzfirma) irgend eine Beschwerde oder eine Forderung, so hat er keinen, an den er sich wenden darf: Betriebsrat und Vertrauensleute der Einsatzfirma sind für die Arbeiter von fremden Firmen nicht zuständig, die Gewerkschaft wird von den Verleihfirmen als Gesprächs-, Tarif- und Verhandlungspartner überhaupt nicht anerkannt, und den Betriebsrat der eigenen Firma (falls es so einen überhaupt gibt) wird er nie zu Gesicht bekommen, weil die Kollegen über x-verschiedene Betriebe verstreut sind. Für den Vorteil eines solchen "Leibeigenen"-Verhältnisses lohnt es sich daher für viele Unternehmer schon, 17,50 DM die Stunde für einen Leiharbeiter an die Verleihfirma zu berappen.

Wenn das alles so ist, warum kommen dann überhaupt immer wieder neue Arbeiter zu diesen Firmen? Die Antwort ist einfach: weil sie in den Zeitungsannoncen mit Spitzenlöhnen locken, die sie in Wirklichkeit gar nicht zahlen. Bei mir sah das so aus: ich suchte eine Stelle als Stahlbauschlosser. Weil ich im Moment nichts finden konnte, ging ich zu einer Firma, die ich aus ihren großen und regelmäßigen Annoncen aus der Zeitung kannte und die mir versprach, mich als Bauschlosser einzusetzen. Mit dem angebotenen Lohn von 7,50 DM + 22,- DM tägliches Wegegeld (umgerechnet 10,25 DM/Stunde) war ich natürlich zufrieden, denn vorher hatte ich 8,50 DM gehabt. Doch erst, nachdem ich eine Weile dort beschäftigt war, erfuhr ich von meinen Kollegen, daß die Firma – wie alle Verleihfirmen – keiner Unternehmerorganisation angehört und deshalb auch nicht tarifgebunden ist. Das bedeutet: wir bekommen nur den gesetzlichen Mindesturlaub von sage und schreibe 15 Tagen im Jahr (statt 25 nach dem Tarif), keinen Pfennig Urlaubsgeld (tariflich jetzt 50 %), kein Weihnachtsgeld (rund 500 DM oder mehr); im Urlaub, bei Krankheit und an Feiertagen wird nur der nackte Stundenlohn gezahlt, Wegegeld natürlich keins. Es gibt keine Arbeitskleidung, kein Fargeld und keinen Essenszuschuß, keine Altersversorgung usw. usw. . Ich habe das einmal genau ausgerechnet und herausbekommen, daß mein tatsächlicher Verdienst (verglichen mit normalen Firmen) ganze 8,50 DM beträgt. Und das alles, wenn man noch nicht einmal einen festen Arbeitsplatz hat, heute hier, morgen wieder dort, und übermorgen schon vielleicht auf der Straße.

Um gegen diesen gut versteckten Lohnraub vorzugehen, haben einige Kollegen von uns jetzt eine Heraufsetzung des Grundlohns verlangt. Da wir so versplittert sind über die ganze Stadt, ist es schwer, alle Leute zusammenzukriegen, und dementsprechend schwer wird es auch sein, die Forderung durchzusetzen. Aber möglich ist es. Ein Freund, der in einer anderen Verleihfirma arbeitet, erzählte mir neulich, daß sie zu zweit zu seiner Firma gegangen und eine Lohnerhöhung verlangthätten,um nicht noch unter das allgemeine Lohnniveau zurückzufallen. Daraufhin haben sie ihnen 80 Pf. mehr gegeben. Und zwar sofort. R.M., Westberlin

Betriebsversammlung auf dem Bremer Vulkan

DIE ERSTE BETRIEBSVERSAMMLUNG SEIT DEM STREIK: KEINERLEI RESIGNATION BEI DER BELEGSCHAFT

Am 24.4.1974 fand auf dem Bremer Vulkan die erste Betriebsversammlung in diesem Jahr statt, in einer Situation, in der den Kollegen der vergangene Streik noch frisch in Erinnerung war und in der der 1. Mai gerade bevorstand. Der Betriebsrat hatte frühzeitig eine Einladung an den Vorstand der IG Metall gerichtet, um zu erreichen, daß entweder Eugen Loderer selbst oder ein anderes Vorstandsmitglied auf der Betriebsversammlung Stellung nimmt zur Tarifrunde und dem abgeschlossenen Ergebnis. Was viele Kollegen nicht erwartet hatten, trat ein. Keiner der Herren war erschienen. Wie der Betriebsratsvorsitzende Fritz Bettelhäuser in seiner Einleitung auf der Betriebsversammlung mitteilte, hatte der Vorstand es nicht einmal für nötig gehalten, auf die Einladung zu antworten. Das wurde von den Kollegen auf der Tag- und Nachtschichtversammlung mit einem Buh- und Pfeifkonzert quittiert, sowie mit Zwischenrufen wie "Feiglinge" oder "die haben die Hosen voll". Diese Ausgangsstimmung verhieß dem anwesenden IGM-Vertreter Walter Krenke (IGM-Sekretär für Bremen-Nord) nichts Gutes.

Die Tagschichtbetriebsversammlung (Dauer ca. 6 Stunden), auf der die übergroße Mehrheit der 5 000 Kollegen während der meisten Zeit anwesend war, hatte folgenden Verlauf: Bericht des Betriebsrates, Bericht zur Lage des Betriebes von der Geschäftsleitung, Stellungnahme des IGM-Sekretärs Krenke zur Tarifrunde, Aussprache über diese Tagesordnungspunkte.

Aus dem Bericht des Direktors Dr. Huchzemeier von der Geschäftsleitung ging hervor, daß die Lage des Unternehmens ausgezeichnet ist. Aufträge sind noch über Jahre vorhanden, darunter sieben Großtanker. Im letzten Jahr haben die Vulkan-Kapitalisten einen riesigen Reibach gemacht. 34 % Dividende wurden an die Aktionäre ausgeschüttet. Diese gute Lage der Werft ist einzig und allein das Ergebnis der scharfen Ausbeutung der Werftarbeiter. Aufgrund der steigenden Konkurrenz im Weltschiffbau wird sich diese Ausbeutung in der Zukunft noch erhöhen. Huchzemeier gab unmißverständlich zu verstehen, daß die Geschäftsleitung Forderungen der Belegschaft nur erfüllen würde "auf der Basis gegenseitigen Gebens und Nehmens". Die Belegschaft hätte kein Recht, mit dem Hinweis auf den hohen Gewinn neue Forderungen aufzustellen. Im übrigen habe der dreiwöchige Streik dem Unternehmen überhaupt nichts ausgemacht, da ein Streik in den Verträgen als "höhere Gewalt" abgesichert sei.

Man hätte überhaupt keine Einbußen durch den Streik gehabt und die Arbeiter würden sich durch Streiks nur selber in die Pfanne hauen. Weiter bemerkte er, daß der vergangene Streik ja der erste seit zwanzig Jahren im Unterwesergebiet war, und daß deshalb wohl in den nächsten zwanzig Jahren kein Streik stattfinde.

Der IGM-Sekretär Krenke hatte in seiner Stellungnahme die undankbare Aufgabe, den Kollegen irgendwie das Ergebnis der Tarifrunde zu verkaufen. Er begann sehr vorsichtig, um nicht gleich ausgebuht zu werden, und kritisierte, daß der Streik so abrupt abgebrochen wurde. Seiner Meinung nach hätte man den Streik nicht mitten in der Woche abbrechen sollen, sondern erst am darauffolgenden Montag. Dann hätten die Kollegen mehr Zeit gehabt, sich mit dem Ergebnis auseinanderzusetzen und es vielleicht doch ganz annehmbar gefunden. Von Zwischenrufen begleitet, begann er dann zum Ergebnis selber Stellung zu nehmen. Materiell wäre zwar nicht soviel drin, wie man sich das vorgestellt hatte, aber man müsse das Ergebnis von mehreren Seiten sehen, die Alterssicherung wäre doch ein Fortschritt, wenn auch nur der Anfang. Früher ist von den Kollegen ja auch 16 Wochen lang für das Lohnfortzahlungsgesetz im Krankheitsfall gestreikt worden, und die haben ja auch nur den Grundstein für das gelegt, was wir heute haben, usw. . . . Darum beurteile er das Ergebnis letztlich doch als einen Erfolg. Wie die große Mehrheit der Kollegen das Ergebnis beurteilte, bekam er dann zu hören. Die Kollegen buhten ihn aus.

In der nun folgenden Aussprache, an der sich über 20 Kollegen beteiligten, nahmen mehrere Kollegen Stellung sowohl zur Antistreik-Propaganda des Direktors Dr. Huchzemeier als auch zu der Rede von IGM-Sekretär Krenke. Es wurde klargelegt, daß die Vulkan-Kapitalisten trotz des Geredes von Huchzemeier durch den Streik sehr wohl Einbußen hatten, und daß weiterhin durch Streiks natürlich das Ansehen der Werft bei den Reedereikapitalisten sinkt. Daß das auch die Geschäftsleitung weiß, zeigt sich an der steigenden Arbeitshetze, mit der sie den verlorenen Profit aus den Streikwochen wieder hereinholen will. Hingewiesen wurde dabei auf den Bericht des Betriebsrates zur Arbeitssicherheit, aus dem hervorging, daß in dem noch nicht vollendeten Monat April der Unfallwagen bereits öfter eingesetzt werden mußte (44 mal) als in den jeweiligen vollen Monaten zuvor.

Welche Rolle die Clique der rechten Sozialdemokraten im Betrieb spielt, wurde wieder einmal am Beispiel des ehemaligen, zurückgetretenen Betriebsratsvorsitzenden Kirchhoff deutlich (er arbeitet zur Zeit wieder im Betrieb, hat aber als Mitglied in der IGM-Ortsverwaltung gute Chancen, in Zukunft eine steile Karriere in der IGM anzutreten). Kirchhoff versuchte, sich wohl bewußt, daß die Lage der Kollegen nach dem Ergebnis des Streiks sehr schnell dazu führen kann, daß sie sich einen Nachschlag holen wollen, die Erhöhung des Bonus schmackhaft zu machen. Die Tatsache, daß er gleich nach der Rede des IGM-Sekretärs Krenke diese Sache auftischte, und daß Direktor Huchzemeier für die Geschäftsleitung erklärte, sie stände dieser Sache durchaus positiv gegenüber und wolle sie überprüfen, läßt darauf schließen, daß diese Aktion eine abgekartete Sache war.

Auf der Nachtschichtversammlung traten diesem Vorschlag Kirchhoffs, den er hier wiederholte, gleich drei Kollegen massiv entgegen, und forderten unter dem Beifall der Versammlung dazu auf, daß sich die Belegschaft darauf vorbereiten muß, sich wegen des miesen Tarifergebnisses einen echten Nachschlag zu holen. In der Begründung für seinen Bonuszuschlag hatte Kirchhoff unter anderem geäußert, daß die Kollegen Anspruch auf einen höheren Bonus hätten, weil sie "ihren Teil zum Gewinn des Unternehmens" beigetragen hätten. Diesem Sozialpartnerschaftsgerede, das von der Gleichwertigkeit von Kapital und Arbeit ausgeht, setzte ein Kollege entgegen, daß es ausschließlich die Arbeiter waren, die diesen Gewinn ermöglichten, daß nur die Arbeiter alle Werte in dieser Gesellschaft schaffen. Er legte klar, daß solche Leute wie Huchzemeier Schmarotzer sind, die auf Kosten der Arbeiter leben und sich an ihrer Arbeit bereichern, daß man diese Leute eines Tages zum Teufel jagen muß. Angesichts des Beifalls, den der Kollege für seine Ausführungen bekam, wurden die Gesichter der anwesenden Sozialdemokraten immer länger. IGM-Sekretär Krenke, der seine Stellungnahme vom Vormittag auf der Nachschicht wiederholte (allerdings in Kurzfassung) und der in mehreren Redebeiträgen sein Fett dafür wegbekam, traute sich trotz Aufforderung nicht mehr, am Ende der Versammlung noch einmal vor die Kollegen zu treten.

Der obige Kollege zeigte anhand der Tatsache, daß kein IGM-Vorstandsmitglied sich hergetraut hatte, den gegenwärtigen Zustand der Gewerkschaften auf, an deren Spitze Leute stehen, die nur an ihre Posten denken und die Interessen der Kollegen mit Füßen treten. Er forderte die Kollegen auf, den Kampf für die Demokratie in den Gewerkschaften aufzunehmen und diejenigen, die den Kampf der Arbeiter verraten, durch wirkliche Arbeitervertreter zu ersetzen. Anfangen sollte man damit auf der untersten Ebene, bei den Vertrauensleuten. Auch hier wieder breiter Beifall. In mehreren Beiträgen und im Beifall der Versammlung kam zum Ausdruck, daß vielen Kollegen inzwischen klargeworden ist, daß ihre Niederlage im Streik von allem Anfang an geplant war.

Ein Kollege, der ebenfalls zum Problem des Werksarztes Stellung nahm, forderte die Kollegen auf, dafür zu kämpfen, daß für die Einstellung und die Kontrolle des Arztes der Betriebsrat zuständig und allein verantwortlich ist, weil der Arzt sonst nur im Interesse der Kapitalisten tätig ist.

Der Betriebsratsvorsitzende Bettelhäuser erklärte dazu, daß er das sehr positiv fände. Bei der jetzt bevorstehenden Einstellung des Werksarztes sei das aber nicht drin. Den Werksarzt, den wir jetzt wohl bald bekämen, würde sicherlich noch einer sein, der von der Geschäftsleitung eingestellt, auch deren Interessen vertreten wird.

Ein erfreuliche Tatsache auf der Nachtschichtversammlung war, daß sich mehrere ausländische Kollegen (Türken) zu Wort meldeten. Sie beschwerten sich darüber, daß sie bei der Akkordberechnung gegenüber ihren deutschen Kollegen benachteiligt werden. In diesem Zusammenhang wies ein deutscher Kollege den Vorschlag des Betriebsrates zurück, der vorsah, daß die Übersetzungen und die Redebeiträge der ausländischen Kollegen auf den Betriebsversammlungen auf ein Mindestmaß beschränkt und stattdessen die ausländischen Kollegen nach der Betriebsversammlung durch ein Flugblatt von der Diskussion informiert werden sollten. Der Kollege begrüßte den letzten Teil des Vorschlages als zusätzliches Hilfsmittel, forderte ansonsten aber seine deutschen Kollegen auf, mehr Disziplin zu wahren, wenn die ausländischen Kollegen auf den Versammlungen in ihrer Heimatsprache reden. Die meisten deutschen Kollegen unterstützten dies.

Insgesamt hat diese Betriebsversammlung gezeigt, daß es den Kapitalisten, den Gewerkschaftsführern und ihren betrieblichen Handlangern nicht gelungen ist, die Mehrheit der Vulkan-Belegschaft nach dem Streik in die Resignation zu treiben. Ganz im Gegenteil.

Die nächste Zukunft stellt uns vor die Aufgabe, politisch den Boden dafür zu bereiten, daß die Bewegung in der Belegschaft für einen Nachschlag sich in selbständigen Aktionen niederschlägt, die nicht von den Sozialdemokraten in eine Niederlage geführt werden. Die Empörung der Kollegen über die Arbeitshetze und die "Arbeitssicherheit" muß verbunden werden mit den anstehenden Verhandlungen des Mantel- und Lohnrahmentarifsvertrages. Wir werden versuchen, den Kampf der Belegschaft unter den Arbeitsschutzforderungen unseres Programms zu organisieren.

–Betriebszelle Bremer Vulkan–

VW-Lehrlinge kämpfen für eine starke Jugendvertretung

Wolfsburg. Im Volkswagenwerk hatten die Jugendvertrauensleute der IG Metall schon frühzeitig die Liste für die Jugendvertreter-Wahlen aufgestellt, um den Spaltergruppen CMV, den DAV und den DAG, den Feinden der Einheitsgewerkschaft, zuvorzukommen, die dieses Jahr erstmals bei den Jugendvertreterwahlen auch eine Liste aufstellen wollten.

Über 360 der 600 wahlberechtigten Lehrlinge des Volkswagenwerks haben bereits durch ihre Unterschrift eindeutig für die Liste der Einheitsgewerkschaft Stellung genommen.

Nachdem der Jugendvertrauenskörper diesen Angriff gegen die Liste der Einheitsgewerkschaft abgewehrt hatte, wurde jetzt die Liste von einer ganz anderen Seite angegriffen. Am 10. Mai hatte die Ortsverwaltung der IG Metall eine Großbereichssitzung des Jugendvertrauenskörpers einberufen, um die Jugendlichen zur Aufstellung einer neuen Liste zu überreden. Diese neue Liste braucht die Ortsverwaltung, damit sie das Ausschlußverfahren gegen die Kollegen, die sie wegen der klassenkämpferischen Mai-Demonstration (siehe dazu die Korrespondenz aus Wolfsburg auf Seite 12) verfolgt, besser durchbringen kann. Sie rechnet sich folgendes aus: Entweder die vom Ausschluß Bedrohten kandidieren gegen eine offizielle IG-Metall-Liste, dann können sie gleich rausgeschmissen werden, oder aber sie ziehen gegenüber einer IG-Metall-Liste ihre Kandidatur zurück. Dann sind sie sowieso schon schwächer. Denn leichter kann man einen Kollegen ausschließen, der keine Funktion hat, als einen, dem durch Wahl bestätigt wurde, daß ihm die Kollegen zutrauen, standhaft gegen die Kapitalisten aufzutreten.

Viele Jugendliche durchschauten diese Angelegenheit und hatten bereits einen Tag vor der Großbereichssitzung gesagt: "Dafür geben wir uns nicht her, da gehen wir gar nicht erst hin, dann sind sie nicht beschlußfähig, dann bleibt die alte Liste und eine neue gibt es nicht. Die Ortsverwaltung wird sich wundern." Diese Taktik, die auf den ersten Blick klug und stark erscheint, ist tatsächlich falsch und gefährlich. Denn die Ortsverwaltung hätte sich die Hände gerieben und gesagt: "Wir haben es ja versucht, den jungen Kollegen unsere Einwände gegen die alten Kandidaten darzulegen, und sie zu überzeugen. Aber sie sind ja nicht gekommen. Was ist uns da anderes übrig geblieben in dieser Lage, wo ja schon der Jugendvertrauenskörper ganz kaputt war, als zu retten, was zu retten ist, und eine Liste von der Ortsverwaltung aus einzusetzen." – So hätte die Ortsverwaltung Argumente für das Ausschlußverfahren sammeln können. Sie wäre im Jugendvertrauenskörper über diese Jugendvertretung hergefallen, die ja, weil sie ausgeschlossen wäre, sich nicht hätte zur Wehr setzen können.

Diese Situation würde leicht zum Nutzen der Ortsverwaltung und zum Schaden der Jugendvertretung führen. Im letzten Moment erkannten die Jugendvertrauensleute, daß diese Taktik unweigerlich zu einer Niederlage geführt hätte. Sie gingen deshalb doch zur Großbereichssitzung. Hier haben sie die Vertreter der Ortsverwaltung aufgefordert, die Kollegen, gegen die das Ausschlußverfahren läuft, in die Sitzung zu holen, damit die Ortsverwaltung ihre Einwände gegen die Kollegen von Angesicht zu Angesicht vorbringt. Doch das zu tun weigerten sich die Vertreter der Ortsverwaltung, da sie ihre Einwände nicht aufrecht erhalten können, weil diese Einwände nichts taugen.

Daraufhin stellte ein Jugendvertrauensmann den Antrag, die Sitzung abzubrechen, da der Jugendvertrauenskörper voll hinter seiner Liste steht. Diesen Antrag versuchte der Leiter des Gesamtvertrauenskörpers, Wolfang Burgstedt, zu übergehen. Aber auch in den weiteren Diskussion standen die jugendlichen Vertrauensleute voll hinter ihrer Liste, so daß die Vertreter der Ortsverwaltung schließlich unverrichteter Dinge das Feld räumen mußten. Mit diesem entschlossenen Handeln haben die Jugendvertrauensleute einen wichtigen Schritt zur Verteidigung ihrer Liste gemacht, denn der Ortsverwaltung wird es jetzt schwerfallen, noch eine neue Liste aufzustellen, denn sie muß das direkt gegen den Willen der gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen und ihre Vertrauensleute tun, und es wird ihr schwerfallen, für ein derartiges hinterhältiges Unternehmen jemanden zu finden. Diese Versuche hat die Ortsverwaltung bereits gemacht. Sie stützte sich dabei auf das DKP-Vorstandsmitglied Volkmar Ducke und den eingefleischten Sozialdemokraten A. Riebe, der ihr schon immer gute Dienste geleistet hat. Die Ortsverwaltung hat Volkmar Ducke aufgefordert, die Liste zurückzuziehen und eine neue aufzubauen. Darauf wußte Volkmar Ducke nichts anderes zu tun, als um 3 Tage Bedenkzeit zu bitten. Denn die DKP schreibt ihren Mitgliedern vor, sich bedingungslos an die Anweisungen der Gewerkschaftsführung zu halten. Er mußte sich aber dem Druck der Lehrlinge und ihrer Vertrauensleute beugen und hat vorerst die Anweisung der Ortsverwaltung nicht befolgt. Auch Alfred Riebe, dem es zu verdanken ist, daß bei der letzten Jugendvertreterwahl fortschrittliche Kollegen von der Liste genommen wurden, macht Extra-Touren. Bei der Vorbereitung zur Mai-Demonstration gab er sich stets fortschrittlich, da er wieder Jugendvertreter werden wollte. Jetzt, wo es um seinen Kopf geht, versucht er sich wieder bei der Ortsverwaltung anzubiedern und spielt den reumütigen Bekenner, der einsieht, daß die Mai-Demonstration angeblich gewerkschaftsfeindlich war. Damit untermauert er direkt die Argumentation der Ortsverwaltung und stellt sich gegen die Jugendlichen. Diese Leute treten deshalb noch nicht offen auf die Seite der Ortsverwaltung, weil sie wissen, die Lehrlinge werden vor jedem Jugendvertreter in die Ecke spucken, der sich von der Ortsverwaltung in den Sattel heben läßt.

Betriebszelle VW Wolfsburg

ÖTV: UNVEREINBARKEITSBESCHLUSS GEGEN 8 VIKARE

Kiel. Die ÖTV-Kreisverwaltung Kiel teilte im März 8 Vikaren, die die Aufnahme in die Gewerkschaft beantragt hatten, mit, daß man "bedauerlicherweise" den Antrag ablehnen müsse. Die Kreisverwaltung schrieb: "Nach unseren Informationen sind sie einer Organisation zuzurechnen, die unter diesen Beschluß (den Unvereinbarkeitsbeschluß des DGB) fällt, wobei es nicht auf eine eventuelle Mitgliedschaft ankommt."

Da der größte Teil dieser Vikare sich bisher noch nicht politisch betätigt hat und sie erst jetzt nach längeren Diskussionen beschlossen haben, aktive Gewerkschaftspolitik zu machen, läßt sich aus dieser Reaktion der ÖTV-Kreisverwaltung Kiel nur schließen, daß sie schon jeden aktiven Gewerkschaftler als eine Bedrohung empfindet.

APOTHEKER-ASSISTENTIN SOLLTE NICHT IN DIE HBV

Ich bin Apotheker-Assistentin von Beruf. Als ich im letzten Jahr in die Gewerkschaft HBV in Göttingen eintreten wollte, sagte mir der zuständige Mensch: "Soviel ich weiß, gibt es doch für Apotheker besondere Standesorganisationen oder die DAG. Wieso wollen Sie denn dann bei uns eintreten? " Nur nach ganz entschiedenem Drängen erhielt ich die nötigen Papiere. Dieses spalterische Verhalten zeigt sehr deutlich, für wessen Interessen die Gewerkschaftsführung in Wirklichkeit eintritt. Wir fordern dagegen: **Kampfstarke und klassenbewußte Einheitsgewerkschaften!**

– U.S., Göttingen –

zu retten, was zu retten ist, und eine Liste von der Ortsverwaltung aus einzusetzen." – So hätte die Ortsverwaltung Argumente für das Ausschlußverfahren sammeln können. Sie wäre im Jugendvertrauenskörper über diese Jugendvertretung hergefallen, die ja,

Gewerkschaft HBV in Göttingen eintreten wollte, sagte mir der zuständige Mensch: "Soviel ich weiß, gibt es doch für Apotheker besondere Standesorganisationen oder die DAG. Wieso wollen Sie denn dann bei uns eintreten? " Nur nach ganz entschie-

halten zeigt sehr deutlich, für wessen Interessen die Gewerkschaftsführung in Wirklichkeit eintritt. Wir fordern dagegen: **Kampfstarke und klassenbewußte Einheitsgewerkschaften!**

– U.S., Göttingen –

IGM-Schnüffler

HAMM: DIE IG M SPIONIERT HINTER 2 KOLLEGEN HER

Am 18.4.1974 erhielten die Kollegen Rudolph Stücke und Klaus Köhler von dem Bevollmächtigten der IGM Hamm, Wittnick, einen Brief, in dem sie aufgefordert wurden, zu unterschreiben, daß sie nicht mehr Mitglied im KBW seien und auch in Zukunft nicht mehr "für ihn tätig sein" wollten.

Was war der Hintergrund? Die beiden Kollegen hatten auf gewerkschaftlichen Sitzungen für eine konsequente klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik gekämpft. So forderten sie zum Beispiel eine Solidaritätsresolution mit dem Kampf der Düsseldorfer VDG-Kollegen gegen die Stillegung ihres Werkes in Düsseldorf. Der Antrag, die Resolution zu verabschieden, wurde auf einer überbetrieblichen Gewerkschaftsschulung gestellt. Der sozialdemokratische IGM-Bevollmächtigte Wittnick lehnte den Antrag mit der Begründung ab, daß solche Resolutionen Sache der Ortsverwaltung, nicht Sache einer Schulungsgruppe seien. Ebenso ein reaktionärer Betriebsrat bei VDG Hamm, der sagte, der Kampf sei die Angelegenheit der Düsseldorfer Kollegen selbst. Es gelang ihnen, die Kollegen einzuschüchtern, so daß der Antrag nicht verabschiedet wurde. Von der Ortsverwaltung hörte man selbstverständlich nichts mehr.

Einer der betroffenen Kollegen forderte weiterhin von der IGM-Ortsverwaltung zu der Zeit, als die ÖTV-Kollegen den Kampf gegen den Lohnraub mit Hilfe von Demonstrationen und einer Großkundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle aufnahmen, eine Demonstration gegen die unverschämten Angebote der Kapitalisten zu organisieren, um eine einheitliche Front herzustellen. Hier begegnete Wittnick dieser Forderung mit der Friedenspflicht, die der IGM verbiete, Demonstrationen zu organisieren. Da wurde deutlich, daß die Friedenspflicht sich nicht nur gegen klassenkämpferische Kollegen richtet, sondern von den Sozialdemokraten weiter benutzt wird als Rechtfertigung ihrer Politik, die den Kampf der Kollegen sabotiert.

Diese Auseinandersetzung und die Fragen, wie der Kampf zu organisieren ist, behielten die Kollegen nun nicht für sich, sondern diskutierten mit anderen Kollegen darüber. Auch in Flugblättern der Ortsaufbaugruppe Hamm des KBW und im "Metallarbeiter", der Betriebszeitung des Hoesch-Kollektivs des KBW, wurde über die Vorgehensweise und die Politik der Gewerkschaftsführung, wie sie sich auf den Sitzungen darstellte, bekämpft. Es wurde im "Metallarbeiter" auch zum Beispiel entlarvt, wie Wittnick auf einer Gewerkschaftssitzung mit Betriebsräten und Vertrauensleuten mit allen Tricks den 11 %-Lohnraubabschluß beschönigte, um ihn bei den Kollegen durchzusetzen.

Aber Öffentlichkeit hassen die Sozialdemokraten wie die Pest. So wurde einem der beiden Kollegen gedroht, er dürfe nichts von den Gewerkschaftssitzungen nach draußen tragen. Später wurde den Kollegen der obengenannte Brief zugeschickt. Durch den "Metallarbeiter" erklärten die Genossen des Hoesch-Kollektivs, daß die Mitglieder des KBW alles unterschreiben, um in den Gewerkschaften zu bleiben. So wurde der Gewerkschaftsführung das Mittel der Reverse vergällt. In ihrer Antwort an die Gewerkschaftsführung schrieben die Kollegen, daß sie nicht Mitglied des KBW seien, wiesen aber das Ansinnen der Gewerkschaftsführung zurück, ihnen die freie politische Betätigung zu verbieten. "Für den KBW tätig sein", darunter stellen sich diese Lakaien der Bourgeoisie wohl den öffentlichen KVZ-Verkauf und zum Beispiel die Teilnahme an der 1. Mai-Demonstration in Hamm vor, zu der der KBW aufgerufen hatte, während die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu keiner Demonstration am 1. Mai bereit waren, obwohl zum Beispiel einer der beiden Kollegen, die jetzt aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden sollen, darauf gedrängt hatte.

Im zweiten Brief der IGM-Führung verkündete sie ihre Freude darüber, daß die Kollegen nicht im KBW seien, forderte aber weiterhin die Erklärung, "nicht für den KBW tätig zu sein". Die beiden Kollegen werden jetzt mit Hilfe eines offenen Briefes diese Gesinnungsschnüffelei der Gewerkschaftsführung, die sich damit klar gegen die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft stellt, aufzeigen und zurückweisen. Sie werden aufzeigen, daß die Tätigkeit des KBW in keiner Weise gewerkschaftsfeindlich ist. Das zeigte sich sehr deutlich bei der Demonstration am 1. Mai, die auch dem gewerkschaftlichen Kampf eine klare positive Stoßrichtung gegeben hat.

Durch den offenen Brief, der auch an die gewerkschaftlichen Gremien am Ort geschickt wird, wird die Diskussion über den Grund der Angst der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer vor den beiden Kollegen und davor, daß sie die Auseinandersetzung offen führen, vorangetrieben. Das wird Wittnick & Co. arg in Bedrängnis bringen, denn es gibt genug Beispiele, warum sie eine offene Debatte fürchten müssen. Die beiden Kollegen meinen, daß dies das beste Mittel im Kampf gegen ihren Ausschluß ist.

–K.K., Hamm–

auf den Sitzungen darstellte, bekämpft. Es wurde im "Metallarbeiter" auch zum Beispiel entlarvt, wie Wittnick auf einer Gewerkschaftssitzung mit Betriebsräten und Vertrauensleuten mit allen Tricks den 11 %-Lohnraubabschluß beschönigte,

BERGBAU 12,1%

Nach dem großen Streik der Saarbergleute im Oktober 1973 sah sich

BERGBAU 12,1%

Nach dem großen Streik der Saarbergleute im Oktober 1973 sah sich

die SPD-Gewerkschaftsführung gezwungen, die Forderung nach Vorziehung der Tarifrunde um drei Monate aufzustellen. Der Streik war damals die Antwort der Kumpels auf die im August 1973 ausgemauschelten, völlig unzureichenden 9,6 % Lohnerhöhung.

Jetzt, am 3. Mai, schloß die Gewerkschaftsführung mit 12,1 % ab. Weiter wurde die Nachtschichtzulage von bisher 4 DM pro Nachtschicht um 1,10 DM pro Stunde erhöht.

Daß die Vorziehung von drei Monaten von den Zechenherren zugestanden wurde, zeigt, wie sehr die Kapitalisten wünschen, die Kumpel ruhig zu halten. Das Geschäft mit der Kohle war seit langem nicht so gut. Die Haldenbestände sind enorm geschrumpft, am Ende des Jahres 1974 wird keine Kohle mehr auf den Halden liegen. Die Bedingungen für den Lohnkampf sind daher ausgezeichnet. Die Lohnerhöhungen entsprechen nicht den Interessen der Kollegen, die pro Schicht ständig mehr Kohle fördern müssen. So hat z.B. die Jugendvertretung der Schachtanlage Radbod die Forderung von 12 DM pro Schicht aufgestellt. Die Bergbauzelle des KBW hat diese Forderung breit unter den Kumpels der Zeche Minister Stein und Zeche Hansa (Dortmund) propagiert und fand Zustimmung.

Die Kapitalisten haben die jetzigen Lohnerhöhungen zum Vorwand genommen, um über Preissteigerungen von im Durchschnitt 15 Prozent 1 Milliarde zusätzlichen Gewinn einzusacken. Sie, die an den Erdöl- und Erdgasgeschäften ebenfalls beteiligt sind, holen heraus, was herauszuholen ist.

In diesem Jahr ist die Lage für einen selbständigen erfolgreichen Lohnkampf der Bergarbeiter sicher besser als im letzten Jahr.

Red./nach Zelle Bergbau Dortmund–

IG Metall will ZK-Mitglied des KBW ausschliessen

ÖFFENTLICHES ANTWORTSCHREIBEN VON D. BOCK AN DIE VERWALTUNGSSTELLE WOLFSBURG/GIFHORN DER IG M

Am 7. Mai wurde mir von der Ortsverwaltung der IGM Wolfsburg/Gifhorn ein Ausschluß ohne Verfahren angekündigt. Dies geschieht, da ich am 16.4.1974 in das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und in den Ständigen Ausschuß des ZK gewählt wurde und meinem Arbeitsplatz aufgeben mußte, da ich für meine Organisation jetzt hauptberuflich tätig bin.

In der Firma Teves in Gifhorn, wo ich in meiner Abteilung zum gewerkschaftlichen Vertrauensmann gewählt wurde, hat die Zelle natürlich diese Wahl bekannt gemacht, da die Kollegen ein Recht haben zu erfahren, warum ihr gewählter Vertrauensmann sein Amt niederlegt und gekündigt hat. Das war das Zeichen für die Ortsverwaltung, da sie es jetzt schwarz auf weiß hatten. Meinen Kollegen war es natürlich schon vorher bekannt, denn weder kann man seine politischen Ziele den Kollegen verbergen, die einen zum Vertrauensmann gewählt haben, noch will man es als Kommunist. Bevor ich Mitte letzten Jahres von der ÖTV in die IGM übergetreten bin, wußte unsere örtliche IGM-Ortsverwaltung natürlich auch, wo sie mich einzuordnen hatte. Sie versuchte deshalb, mich aus der IGM rauszuhalten. Dabei konnten sie sich nicht auf die Mitglieder stützen, sondern nur auf den Unvereinbarkeitsbeschluß des Beirates vom 16.4.73. Sie gingen deshalb wie ein Rechtsanwalt vor und unterbreiteten mir einen Revers. Reverse, das sind Zettel, die fortschrittlichen Arbeitern vorgelegt werden können, auf denen sie erklären müssen, daß sie keiner Organisation angehören, die politische Ziele vertritt, die den Zielen der gegenwärtigen Gewerkschaftsführung widersprechen, die Interessen der Mitglieder aber völlig zum Ausdruck bringen.

Gleichzeitig legten sie auch meiner Frau einen Revers vor, die Mitglied der Vertreterversammlung ist. Diesen Revers haben meine Frau und ich unterschrieben. Ich sah keinen Grund, leichtfertig meine 9 jährige Gewerkschaftsmitgliedschaft aufs Spiel zu setzen, und heute, wo ich Kommunist geworden bin, mich von der SPD-Fraktion aus der Gewerkschaft drängen zu lassen. Schon gleich gar nicht ohne Verfahren und in der Manier von Advokaten. Ähnlich wie mir und meiner Frau ging es in den letzten Monaten ungefähr 10 weiteren Kollegen.

Nach meiner Meinung sollte es Gewerkschaftsausschlüsse überhaupt nicht geben, es sei denn, sie werden von den Mitgliedern, die mit diesem Kollegen zusammenarbeiten, gestellt. Da bin ich auch anderer Meinung als unser Vorsitzender Loderer, gegen den 800 Bremer Vulkan-Arbeiter einen Antrag auf Ausschluß gestellt haben, weil er den Bremer Metallarbeiterstreik verschaukelt hat.

Ich erkläre hiermit öffentlich, wenn mir jemals so etwas passiert wäre, dann würde ich sehr wohl sehen, daß ich was falsch gemacht habe und mich entweder ändern muß oder zu Recht ausgeschlossen werde. Ich bin nämlich Kommunist und damit Demokrat, während Loderer bloß führendes SPD-Mitglied ist und eine Advokatenseele.

Durch den unterschriebenen Revers sah ich keinen Grund, meine Arbeit als Kommunist einzuschränken, das ging auch gar nicht, denn ich war Sekretär der Ortsleitung Wolfsburg/Gifhorn und habe häufig bei öffentlichen Anlässen für die Ortsgruppe gesprochen. Nach meiner Wahl zum Vertrauensmann hat es die Ortsverwaltung dann noch einmal probiert. Als erstes zog sie mit der ungeheuren Neuigkeit im Betrieb rum, daß ich wahrscheinlich Kommunist wäre; diese "Neuigkeit" konnte die Kollegen nicht erschüttern und keiner der Kollegen zog seine Unterschrift von dem Wahlvorschlag zurück. Der einzige Erfolg war, daß sich der Vertrauenskörperleiter eine gehörige Abfuhr in der Werkstatt holte. Noch einmal den Unvereinbarkeitsbeschluß anzuwenden, haben sie sich nicht so recht getraut, weil die Kollegen wußten, was sie von mir zu halten haben, und bei einem Ausschluß sich zumindest in der entsprechenden Form geäußert hätten.

Erst jetzt, wo ich nicht im Betrieb bin, kriechen sie wieder aus ihrem Loch und wollen mir einen Ausschluß ohne Verfahren anhängen. Ohne Frage können sie diesmal damit durchkommen. Denn der Ausschluß läuft so, daß die Ortsverwaltung beim Hauptvorstand meinen Ausschluß auf Grundlage des "Beiratsbeschluß" beantragt. Das bedeutet, daß kein Kollege sich dazu äußern und Einfluß nehmen kann.

Der IGM-Führung erkläre ich hiermit anläßlich der Einleitung meines Ausschlusses: Mein Ausschluß wird Euch nicht viel nützen. In diesem Land gibt es Ausbeutung und Unterdrückung. In diesem Land kann die Kapitalistenklasse das sagen und die Arbeiterklasse hat nichts zu melden. Ihr mögt noch soviele ausschließen, unvermeidlich ist, daß sich die Arbeiter zusammenschließen und den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung aufnehmen. Das wird seine Auswirkungen auf die Gewerkschaften haben, denn es ist unvermeidlich, daß auch hier die revolutionären Ziele der Arbeiterklasse erhoben werden. Wovon Ihr in den letzten Streikkämpfen den ersten Vorgeschmack bekommen habt. Die Arbeiter werden sich die revolutionären Ziele der Arbeiterklasse, den Sturz der bürgerlichen Herrschaft und den Aufbau des Sozialismus zu eigen machen und wenn Ihr Euch nicht ändert, wird es mit Euch Winkeladvokaten kein gutes Ende nehmen. Schon jetzt, wenn ihr mich aus der Gewerkschaft ausschließt, wird es in Wolfsburg/Gifhorn so sein, daß sich viele Kollegen fragen, warum Ihr das nötig habt. Soweit ich informiert bin, haben die Kollegen als meinen Nachfolger einen Vertrauensmann gewählt, dem ich auch meine Stimme gegeben hätte, weil ich weiß, daß er entschlossen für die Sache der Arbeiter eintritt.

Meinen Nachfolger auch mit Tricks eines Winkeladvokaten auszuschließen, wird Euch schwerfallen. Damit der Unvereinbarkeitsbeschluß nicht weiter als Mittel der Erpressung benutzt werden kann, muß er schleunigst verschwinden, damit die Gewerkschaften nicht zu sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaften werden, sondern zu kampfstarken, klassenbewußten Einheitsgewerkschaften.

Dieter Bock

Keine Bespitzelung!

GEGEN AUSFORSCHUNG VON ESSENER LEHRERIN

Essen. Am 16. April erhielt die Essener Lehrerin Frau Veit folgendes "vertraulich-persönliche" Schreiben von der vorgesetzten Schulbehörde: "Amtlicherseits erhielten wir davon Kenntnis, daß Sie 1970 bei den Wahlen an der Freien Universität Berlin als Ersatzbewerber der kommunistisch-maoistischen 'Rote Zelle Romanistik' . . . kandidierten. Ihre Berliner Wohnung in der Schloßstr. 47 war Sitz einer Arbeitsgruppe der Roten Zelle Germanistik. Ihr PKW E – HL 216 wurde am 1. Mai 1973 in unmittelbarer Nähe der Gaststätte "Straelen Garten" in Essen, in der gerade eine Veranstaltung des . . . 'Regionalen Mai-Komitees' stattfand, festgestellt."

Frau Veit wurde aufgefordert, zu einem Verhör in die Schulbehörde zu kommen. Sie tat das Gegenteil. Sie hatte nichts zu verbergen. Deswegen schrieb sie einen offenen Brief, in dem sie sich gegen die Ausforschungen und die Bespitzelung durch die Behörde wandte und für ihre politischen Rechte eintrat. Im übrigen sei es nicht Angelegenheit der Behörde, über die Einstellung eines Lehrers zu entscheiden, sondern der Bevölkerung selbst, deren Kinder der Lehrer unterrichte. "Ich bin bereit", schrieb Frau Veit, "mein Verhalten und meine Anschauungen vor allen Betroffenen zu rechtfertigen, und halte es für richtig, daß die Vertreter der Behörde das selbe tun." Der Brief wurde gleich nach den Ferien an den beiden Schulen, an denen Frau Veit unterrichtet, verteilt. Schüler und Kollegen waren über die Maßnahmen der Behörde empört. Sie fanden es sehr gut, daß Frau Veit mutig der Behörde entgegengetreten war. Resolutionen wurden aufgesetzt, Unterschriften gesammelt. Überall fanden Diskussionen statt. Schon am nächsten Tag bildete sich ein Solidaritätskomitee aus Schülern, Kollegen und anderen Essener Bürgern, die die Öffentlichkeit des Anhörungsverfahrens und die Teilnahme einer Delegation Essener Bürger forderten. In der Innenstadt kam es zu einem Auflauf. In zwei Stunden konnten mehr als 250 Unterschriften für die Forderungen des Komitees gesammelt werden. Daß Frau Veit richtig gehandelt hat, als sie ihr Kreuz gerade machte, daran zweifelt niemand. Nur die DKP spricht von Selbstmord und von einer unnötigen Aufbauschung der Sache. Sie hat gegen die Ausforschungen nichts einzuwenden, weil jeder Arbeitgeber das Recht habe, ein Einstellungsgespräch mit einem Bewerber zu führen. Deshalb lehnte auch die Essener "Initiative gegen die Berufsverbote", in der die DKP das Wort hat, eine Unterstützung von Frau Veit ab. Am 9. Mai fand eine Veranstaltung von ungefähr 160 Menschen statt, auf der eine Delegation gewählt wurde, die die Behördenvertreter nach Essen zitieren soll. Damit nehmen die Betroffenen nicht länger hin, daß die Behörden die Bürger bespitzeln, verhören und bevormunden. Sie fordern vielmehr umgekehrt, die höheren Beamten und alle, die öffentliche Funktionen ausüben, selbst zur Rede zu stellen und zur Rechenschaft zu ziehen.

– V.W., Kommunistische Gruppe Essen –

530 LEHRER SOLIDARISCH MIT FRITZ GÜDE

Das öffentliche Antwortschreiben des Lehrers Güde an das Oberschulamt, in dem er sich gegen staatliche Verfolgungsmaßnahmen wegen KVZ–Verkaufes und Beteiligung an einem Komitee gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst wandte, hat vor allem unter den Lehrern, unter Angehörigen des öffentlichen Dienstes und unter Studenten breite Aufmerksamkeit gefunden. Etwa 530 Lehrer haben in Zuschriften ihre Solidarität mit dem Kampf um Rechte zum Ausdruck gebracht. Weitere 300 Angehörige des öffentlichen Dienstes haben ähnliche Erklärungen abgegeben. Insgesamt wurden, z.T. auch durch Unterschriftensammlungen in der Stadt, 4 428 Unterschriften gesammelt. Zahlreiche Solidaritätsadressen kamen von Gewerkschaftsgremien und anderen Gremien und Institutionen, z.B. von Schulklassen und Studentenparlamenten.

Viele von den Kollegen haben anhand des Güde-Schreibens ihr bisheriges politisches Auftreten bzw. Nicht-Auftreten debattiert und sind seitdem selbst mutiger in die Öffentlichkeit getreten.

Auch jetzt noch erreichen die Kommunistische Volkszeitung zahlreiche Unterschriften, die wir aber aus Platzgründen nicht weiter veröffentlichen können.

Durch das mutige Auftreten dem Dienstherrn gegenüber und in der Öffentlichkeit wird es möglich sein, den Kampf gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst, für die Meinungs- und Organisationsfreiheit, die Kontrolle des Volksbildungswesens durch das Volk und der Wählbarkeit der höheren Beamten breit zu entwickeln. Red.

VERFAHREN GEGEN REGIERUNGSRÄTIN LINDER

Grund: Flugblatt verteilt

In Bremen wird gegen die Regierungsrätin Antje Linder, Referentin beim Bildungssenator, ein Vorermittlungsverfahren vom Senat durchgeführt. Ihr wird vorgeworfen, ein Flugblatt des Kommunistischen Bundes Westdeutschland während des Bremer Metallstreiks vor der Firma VFW verteilt zu haben. Die Behörde hat der Kollegin einen Fragenkatalog vorgelegt. Darauf hat die Kollegin in einem öffentlichen Brief geantwortet.

Die Kollegin legt in ihrem Brief klar, daß die Bevölkerung ein Interesse an Beamten hat, die ihre gerechten Forderungen aktiv unterstützen und daß sie deshalb nie und nimmer bereit wäre, sich das Recht auf freie politische Betätigung verbieten zu lassen.

Gegenüber der Frage, ob sie sich mit dem Inhalt des Flugblattes identifiziere, stellt die Kollegin fest, daß sie voll und ganz dessen "Zielrichtung" unterstütze, da es in diesem Streik darum gegangen wäre, daß die Metaller in einer einheitlichen Streikfront ihren Reallohn gegen die Angriffe auf ihr Lebensniveau und gegen alle Versuche, die Streikfront aufzubrechen, verteidigen. Diese "Zielrichtung" des Flugblattes könne sie als Lohnabhängige und Gewerkschaftsmitglied nur unterstützen.

Um Material für die politische Disziplinierung zu erhalten, kann es auch nicht ausbleiben, daß die Kollegin aufgefordert wird, mitzuteilen, ob sie Mitglied des KBW sei und dessen politische Ziele unterstütze. Die Kollegin tritt diesem Angriff auf ihre Organisationsfreiheit entschieden entgegen und stellt klar, daß dieses demokratische Recht gerade darin besteht, sich "mit den Leuten und zu den Zwekken zusammenzuschließen", deren Ziele man für richtig hält.

Sie unterstütze allerdings die Forderung des KBW nach der Abschaffung aller Einschränkung der demokratischen Rechte, nach der Abschaffung eines besonderen Dienstrechts im öffentlichen Dienst und nach der Wahl und jederzeitigen Absetzbarkeit aller höheren Beamten durch das Volk. Insbesondere sei dieser Versuch der politischen Disziplinierung eine Angelegenheit, die die Öffentlichkeit interessiere. Deswegen wendet sich die Kollegin mit ihrer Antwort auf diesen Einschüchterungs- und Disziplinierungsversuch auch an die Öffentlichkeit. Dieser Kampf gegen die Angriffe des Bremer Senats auf die elementarsten demokratischen Rechte der Kollegin findet in Bremen eine breite Unterstützung durch die verschiedensten Organisationen und Institutionen, wie den Ausbildungspersonalrat Justiz, die Personalversammlung der Bremer Gerichtsreferendare und die ASten der Hoch- und Fachhochschulen. Red.

Leserbrief einer Klasse

Wir drucken hier einen Leserbrief ab, den uns die Klasse 12 c des Tulla-Gymnasiums Mannheim zusandte.

Mannheim, den 7. Mai 1974

"*. . . Seit Tagen wird an unserer Schule davon gesprochen, daß Studienassessor Gerhart Waltz, Deutsch- und Musiklehrer, Ende des Schuljahres an eine andere Schule versetzt werden soll. Wir fragen uns: Warum? Seit Jahren herrscht an unserer Schule starker Lehrermangel, u.a. in dem Fach Musik. Die Übernahme der Stunden von Herrn Waltz durch andere Lehrkräfte des Kollegiums ist nicht möglich. Seine Versetzung hätte praktisch eine Neueinstellung eines Musiklehrers an unserer Schule zur Folge.*

Daß Herr Waltz bei der Wahl der Verbindungslehrer mit an der Spitze lag, spricht wohl am meisten für seine Beliebtheit bei uns Schülern.

Also können weder Schwierigkeiten mit den Schülern noch ein Überangebot an Lehrkräften die ausschlaggebenden Gründe für eine Versetzung sein. Vielmehr scheint es sich hier um eine politische Disziplinierung zu handeln.

Hinlänglich bekannt sind die in letzter Zeit verschärften Angriffe seitens der Schulbürokratie gegen Grundrechte, wie z.B. die Meinungsfreiheit. Jüngster Fall der Entrechtung im öffentlichen Dienst ist der des Karlsruher Lehrers Fritz Güde. Mit dessen Kampf um freie politische Betätigung hatte Herr Waltz sich mit 6 anderen Kollegen in einem Leserbrief solidarisiert. Hierin ist wohl der wahre Grund für die drohende Versetzung von Herrn Waltz zu suchen.

Gegen diese undemokratischen Maßregelungen wenden auch wir uns."

Inzwischen hat die Klassensprecherversammlung des Tulla-Gymnasiums beschlossen, einen Brief an's Oberschulamt zu schreiben, in dem sie das Oberschulamt auffordert, Rechenschaft darüber abzulegen, was es mit dem Lehrer Waltz vorhat.

WEGEN GÜDE–RESOLUTION UND KVZ–VERKAUF GEW–AUSSCHLUSSVERFAHREN

Mit anderen Kollegen verfaßte ich eine Solidaritätsresolution für den Kollegen Güde, in der wir für freie politische Betätigung und gegen die Berufsverbote eintraten.

Auch ich nehme mir das Recht, wie Güde, die Kommunistische Volkszeitung zu verkaufen und mit Kollegen, Schülern und Eltern die Auffassungen der Kommunisten zu diskutieren. Durch Verbote versucht die Schulbehörde die von mir angestrebte Lehrertätigkeit im Dienste des Volkes einzuschränken und zu verhindern, wie z. B. durch das Verbot, mit Kollegen die KVZ zu diskutieren oder sie ihnen zu verkaufen.

Am Freitag, den 19.4.74 beschloß der GEW-Kreisvorstand die Einleitung eines Ausschlußverfahrens gegen mich und suspendierte mich gleichzeitig von meiner Funktion als Vertreterin der jungen Lehrer im Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher (AjLE) im GEW-Kreisvorstand Holzminden. Bis zum Termin der Anhörung im GEW-Kreisvorstand, am 26.4.74, lagen mir 465 Unterschriften von Schülern, Eltern, Lehrern und anderen Gewerkschaftskollegen, die sich für freie politische Betätigung und gegen den Ausschluß aussprachen, vor. Außerdem 6 Resolutionen von Arbeitskreisen junger Lehrer und Erzieher in der GEW bzw. Fachgruppen in der GEW.

Um eine breite Auseinandersetzung zu behindern, verbot mir die Schulbehörde die Diskussion über "private" Angelegenheit (d. h. den Gewerkschaftsausschlußantrag) im Unterricht. Dennoch wurde in der Schule und in der ganzen Stadt breit darüber diskutiert und zahlreiche KVZ von Schülern und Gewerkschaftskollegen gekauft.

Am vergangenen Freitag, 26.4., beschloß nunmehr der GEW-Kreisvorstand mit Mehrheit meinen Ausschluß aus der GEW, weil ich die Ansichten der Kommunisten zu allen Fragen vertrat und mich für kampfstarke Einheitsgewerkschaften einsetzte.

Ich werde gegen den Beschluß Einspruch einlegen und die Ziele der Kommunisten weiterhin vertreten und darlegen und mich in der Ausübung meiner politischen Rechte nicht einschränken lassen.

Holzminden, den 28. April 1974

Angelika Risler

Lehrerin Realschule Holzminden

Für Zusammenschluß aller Studentenschaften!

MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN DER DACHVERBÄNDE DER STUDENTENSCHAFTEN

Vom 26.–28.April fanden in Bonn und Köln die Mitgliederversammlungen der beiden Dachverbände der westdeutschen Studentenschaften, des Verbandes deutscher Studentenschaften (VDS) und des Verbandes der Studentenschaften an Fachhochschulen und höheren Fachhochschulen (SVI), statt. Auf beiden Mitgliederversammlungen wurde die Politik der Verbände diskutiert und in Hauptanträgen festgelegt.

Der Verband deutscher Studentenschaften (VDS) stand bisher unter der Führung der DKP–Studentenorganisation Spartakus. Dies war jedoch nicht Resultat der Durchschlags– und Überzeugungskraft der politischen Vorstellungen der DKP–Studenten, sondern der Tatsache, daß es ihnen Anfang der 70er Jahre gelungen war, den sozial-demokratischen Studentenverband SHB zu unterwandern und für ihre Politik zu instrumentalisieren. Die Basis für ihre Politik konnten die DKP–Studenten zwar mit diesem Manöver nicht wesentlich erweitern, vorübergehend ist es ihnen dadurch jedoch gelungen, die Stimmen großer Teile der sozial–demokratischen Studentenschaft auf ihre Mühlen zu lenken.

Diese Zeiten sind nun vorbei. Inzwischen haben sich die SPD–Studenten in den Juso–Hochschulgruppen neu organisiert und die von ihnen gestellten Studentenvertretungen traten nun auch in der Mitgliederversammlung des VDS mit dem Anspruch an den DKP–Studenten, ihre jahrelange Führung in diesem Verband streitig zu machen. Zusammen verfügten die SPD– und DKP–Studenten über die Mehrheit der Stimmen der Mitgliederversammlung, allein konnte keine von beiden Fraktionen eine Mehrheit herstellen. So entbrannte zwischen beiden eine heftige Auseinandersetzung, die insgesamt – nachdem diese Mitgliederversammlung bereits im März ergebnislos vertagt werden mußte – in 10 Verhandlungstagen meist nicht öffentlich und hinter den Kulissen ausgetragen wurde. Dabei ging es den Jungsozialisten nicht um eine politische Alternative zur bisherigen Politik des Verbandes, denn im wesentlichen bestand zwischen beiden von vornherein Einigkeit: die Politik des VDS festzulegen auf "systemüberwindende" Reformen, auf das Bekenntnis zur Mitbestimmung, Abrüstung und Grundgesetz. Der Streit wurde zwischen beiden Gruppen darum geführt, ob sich diese Politik des VDS begründen solle durch den "demokratischen Sozialismus" der SPD oder die Vorstellungen der DKP über eine "fortschrittliche Demokratie gegen das Großkapital". Das schließlich verabschiedete Aktionsprogramm zeigt, daß es den Jusos gelang, eine Reihe von Kritikpunkten an den Auffassungen der DKP durchzusetzen. So wird darin z. B. der DKP-These, daß die Studenten, wenn sie für ihre studentischen Interessen kämpfen, schon im Bündnis mit der Arbeiterklasse kämpfen, entgegengetreten. Weiterhin wird der VDS nicht mehr festgelegt auf die Unterstützung der Außenpolitk der sozialimperialistischen UdSSR, die die DKP als die Hauptkraft des Friedens in der Welt verkaufen möchte, und schließlich schlägt sich auch einer der Hauptkritikpunkte der Jusos nieder: daß sich die bisherige VDS–Politik nicht auf die Studenten und ihren Kampf stützte. Um sich dafür schadlos zu halten und sich ihre bisherige Vorstandsmehrheit zu sichern, hievten die DKP–Studenten schließlich unter der Duldung der Jusos einen Vertreter des Liberalen Hochschulverbandes (FDP) als vierten neben zwei Mitgliedern aus ihren Reihen und einem Juso in den VDS–Vorstand und vollzogen damit unter dem Deckmantel der Herstellung eines "breiten Bündnisses" das größte Schmierenstück dieser Mitgliederversammlung: der Liberale Hochschulverband verfügt noch nicht einmal über 1 % der Stimmen und ist in der Studentenschaft ohne Bedeutung.

Für den Kampf der Studenten und im Hinblick auf die Ziele der VDS–Politik hat diese Auseinandersetzung damit wenig Neues gebracht. Denn unter den fortschrittlichen Studenten stößt diese Politik auf wachsende Ablehnung – daran ändert auch die neue Begründung der alten Politik nichts. Die aufgetretenen Widersprüche zwischen den bürgerlichen Studentengruppen können jedoch von den fortschrittlichen Studenten ausgenutzt werden, und sie verbessern die Bedingungen, eine Politik in diesem Verband durchzusetzen, die dem Kampf der Studenten für deren Rechte dient und den Kampf für die Rechte des Volkes und die Teilnahme der Studenten an diesem Kampf unterstützt. Eine solche Politik im VDS durchzusetzen, dafür treten die Studentenorganisationen des KBW ein. Auf dieser Mitgliederversammlung konnten sie dieses Ziel gegen die große Mehrheit der bürgerlichen Studentengruppen nicht durchsetzen.

Dagegen ist es den kommunistischen Studentenvertretungen zusammen mit Studentenvertretungen, die durch Basisgruppen, Sozialistische Gruppen und Jusos getragen werden, gelungen, im Verband der Fachhochschulstudenten (SVI) eine Mehrheit für eine fortschrittliche Politik dieses Verbandes zu gewinnen. In dem in Auseinandersetzungen mit den Vorstellungen der DKP-Studenten und gegen ihre Stimmen verabschiedeten Hauptantrag wird der Politik des Verbandes die Aufgabe gestellt, den Kampf der Studenten für ihre Rechte konsequent zu unterstützen und die Studenten zur Teilnahme an den Kämpfen des Volkes aufzurufen. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung des Kampfes der Fachhochschulstudenten gegen ihre wachsende Bevormundung, Unterdrückung und Schikane durch den bürgerlichen Staat. Darüberhinaus wendet sich der SVI in dem beschlossenen Programm unter anderem gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst, tritt für die volle Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter und Studenten in der Bundesrepublik ein, bekräftigt die Unterstützung des Kampfes der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus und ruft die Fachhochschulstudenten zur Teilnahme an diesen Kämpfen auf.

Während so der Ausgang der Mitgliederversammlung der beiden Dachverbände der westdeutschen Studentenschaften unterschiedliche Ergebnisse zeigte, konnte doch auf beiden Mitgliederversammlungen auf Initiative der kommunistischen Studentenvertretungen ein wichtiger Beschluß gefaßt werden: die Mehrheit beider Mitgliederversammlungen sprach sich für den Zusammenschluß aller westdeutschen und westberliner Studentenschaften in einem einheitlichen Verband aus. Gegen diesen Antrag wehrten sich in beiden Verbänden die DKP–Studenten auf das heftigste, weil sie durch die Einheit der beiden Verbände ihre bisherige VDS–Mehrheit gefährdet sehen. Die Bildung dieses einheitlichen Verbandes wird die Bedingungen des einheitlichen Kampfes der Studenten aller Hochschulen für ihre Rechte verbessern und ihre gegenwärtige künstliche Trennung in einen Verband der Universitäts- und PH-Studenten, den VDS, einerseits, und einen Verband der Fachhochschulstudenten, den SVI, andererseits, aufheben.

H.J., Mannheim

2 GESETZE IM BUNDESRAT:

Der Streit um den besten Weg zur verschärften Unterdrückung im öffentlichen Dienst

Zum öffentlichen Dienst sollen Kommunisten und andere fortschrittlichen Menschen nicht zugelassen werden. Die Regierungsparteien und die CDU/CSU auf der anderen Seite streiten sich im Moment, wie sie das Ziel, den Staatsapparat schlagkräftig gegen das Volk zu halten, am besten durchsetzen. Die CDU hat im Bundesrat einen Entwurf eingebracht, der vorsieht, daß die Mitgliedschaft eines Bewerbers in einer Organisation, die vom Staat als grundgesetzfeindlich betrachtet wird, ausreicht, um die Bewerbung abzulehnen. Der Bewerber muß seine Verfassungstreue nachweisen. Der Regierungsentwurf will die Handlungen der Bewerber zur Beurteilung heranziehen.

Beide Parteien erklärten vor dem Bundesrat, daß sie sich im Ziel einig seien und sicher auch einen Kompromiß finden würden. Für die SPD reicht einmal Flugblattverteilen aus, um einen Grund zur Ablehnung zu bekommen. Das reicht als gerichtsverwertbare Tatsache. Die CDU-Regierung in Baden-Württemberg hat in ihrem Berufsverbote-Erlaß, dem sogenannten Schieß-Erlaß, ebenfalls die Bestimmung der "gerichtsverwertbaren Tatsachen" und nimmt Einzelverhöre mit Bewerbern vor, um diese gerichtsverwertbaren Tatsachen zu erhalten.

Bei diesen Unterschieden handelt es sich nur darum, wie am besten das Geschäft der Unterdrückung im öffentlichen Dienst betrieben werden kann. Wenn wir über diesen Unterschieden vergessen, daß sie in praktischen Entscheidungen bis jetzt keinen Unterschied gemacht haben, übersehen wir, daß das Ganze nur das Geschäft des Wassertrübens ist. Der Kampf gegen jede Entrechtung im öffentlichen Dienst muß verstärkt weitergeführt werden.

Für uneingeschränkte Organisations- und Meinungsfreiheit! Red.

Leitende KBW-Genossen vor Gericht

REVISION IM CABORA-BASSA-PROZESS / DER FORTSCHRITT AUF UNSERER SEITE

Gegen Genossen und leitende Mitglieder des Kommunistischen Bundes Westdeutschland versucht die westdeutsche Justiz eine Gefängnisstrafe durch die Revisions eines Urteils vom Frühjahr des Jahres 1972 durchzusetzen. Wegen Beteiligung an einer Demonstration gegen das völkerfeindliche, imperialistische Cabora–Bassa–Staudamm–Projekt in Mozambique im Sommer 1970 waren sie zu Gefängnisstrafen zwischen 3 und 7 Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof hatte daraufhin dem Revisionsantrag der Staatsanwaltschaft Recht gegeben, mit der Begründung, daß die Strafen zu gering seien und die Bewährung aufgehoben werden müsse, d. h., um die Genossen für längere Zeit ins Gefängnis zu bringen. Der Prozeß, in dem darüber entschieden werden soll, beginnt am 4. Juni in Mannheim. Folgende Genossen stehen vor Gericht:
Joscha Schmierer, Sekretär des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland; Jochen Noth, Sekretär der Ortsleitung Heidelberg des KBW und Mitglied des Zentralen Komitees; Burkhart Braunbehrens, Redakteur der Kommunistischen Volkszeitung und Mitglied des Zentralen Komitees; Dietrich Hildebrandt, Mitglied der Ortsleitung Heidelberg des KBW und Lektor im Verlag Kommunismus und Klassenkampf; Claudia Stecher, Peter Tesarz, Uwe Kräuter, Mitglieder des KBW und seiner Massenorganisationen, sowie der Arzt Thomas Ripke.

UM WAS GEHT ES IN DIESEM PROZESS?

Am 19.Juni 1970 fand in Heidelberg unter dem Vorsitz des Präsidenten der Weltbank und vormaligen Kriegsministers der USA, McNamara, eine Konferenz der westlichen imperialistischen Länder über die sogenannte Entwicklungshilfe statt. Dort sollte die Strategie der imperialistischen Kontrolle und Ausbeutung der Entwicklungsländer für die nächsten zehn Jahre besprochen werden. Der ehemalige kanadische Ministerpräsident hatte einen Vorschlag unterbreitet, der sehr wohl zeigte, was die Imperialisten unter Entwicklungshilfe verstehen. Darin wurde z. B. ganz unverblümt der Vorschlag gemacht, daß die imperialistischen Länder solche Regierungen wie im Iran und in Brasilien darin unterstützen sollen, die Rolle des imperialistischen Wachhundes im Herzen der Dritten Welt wahrzunehmen und dafür wirtschaftlich und militärisch gerüstet zu werden.
Der Sozialistische Deutsche Studentenbund Heidelberg hatte zum Anlaß dieser Konferenz und der Anwesenheit des ehemaligen Kriegsministers der USA McNamara zu einer Demonstration aufgerufen, die am Ort der Konferenz vorbeiführen sollte, um gegen die Verbrechen des Imperialismus zu protestieren. Mehrere Tausend waren diesem Aufruf gefolgt. Die Polizei versuchte von vorneherein, diese Demonstration vom Volk abzutrennen. Mit einer durchgehenden Polizeikette auf beiden Seiten und der ganzen Länge des Demonstrationszuges versuchten sie, eine undurchlässige Wand zwischen der Demonstration und der interessierten Bevölkerung auf der Straße zu errichten. Am Wendepunkt der Demonstration, dem Konferenzhotel, war eine Polizeifestung errichtet, die den ordnungsgemäß angemeldeten Demonstrationsweg abschnitt. Auf diese Weise hatte die Polizei eine regelrechte Polizeifalle mit einem militärischen Aufwand errichtet. In dieser Situation brach der größte Teil der Demonstranten aus der Polizeiumklammerung aus, um die Demonstration doch weiter durchführen zu können. In der ersten Reihe dieses neuen Zuges befanden sich die jetzt abermalig angeklagten Genossen.

Kurz vor dem Konferenzhotel stellte sich diesem Demonstrationszug eine eiligst umgruppierte Polizeikette entgegen. Der Versuch, durch diese Polizeikette durchzukommen, wobei es zu geringfügigen Handgreiflichkeiten kam, mißlang. Währenddessen begann eine Polizeischlacht mit dem Rest der Demonstration, der auf dem angemeldeten Weg geblieben war und dem der Weg vor dem Konferenzhotel durch die Polizei abgeschnitten wurde. Diese Schlacht, die von der Polizei bewußt geplant und provoziert war, währte einige Stunden. Der Polizei, die äußerst brutal selbst gegen Passanten vorging, gelang es dabei nicht, den Widerstand zu ersticken. Immer wieder bildeten sich Gruppen mit Sprechchören und Ansammlungen von diskutierenden Menschen. Gegen Abend gelang es noch einmal, einen Demonstrationszug zusammenzufassen, der die Parole rief: "Die Geschäfte der Profitmacher im Europäischen Hof sind empfindlich gestört worden. McNamara hat schon die Flucht ergriffen." Der letztgenannte war nämlich schon vorzeitig abgereist. Die von der Polizei provozierten Auseinandersetzungen dienten dann der baden-württembergischen Landesregierung zum Vorwand für das Verbot des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, SDS Heidelberg. Über zehntausend Menschen demonstrierten einige Tage später gegen das Vorgehen der Polizei und das Verbot des SDS durch die Landesregierung in der größten Demonstration, die in Heidelberg nach 1945 stattfand.

Die staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen haben keinen Erfolg. Wo Unterdrückung herrscht, da gibt es Widerstand. Die politische Lage in der Welt hat sich inzwischen so entwickelt, daß jedermann sehen kann, daß die Demonstration 1970 auf der Seite des Fortschritts stand, der schon gar nicht durch Prozesse gegen einzelne unterdrückt werden kann. Die Demonstration richtete sich 1970 besonders gegen den Kolonialismus in Afrika und die Unterstützung der imperialistischen Staaten für das portugiesische Kolonialregime, vor allem gegen den Bau des Cabora Bassa Staudamms, an dem unter anderem große westdeutsche Konzerne beteiligt sind. Heute haben die Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien große Erfolge errungen, in Portugal selbst konnte sich die 48 Jahre herrschende Diktatur nicht mehr halten. Und insgesamt sind die Länder der Dritten Welt dabei, sich gegen Kolonialismus und Imperialismus zusammenzuschließen. 1970 berieten die Vertretet des Imperialismus auf der Heidelberger Konferenz noch, wie sie in den nächsten Jahren ihre Ausbeuterherrschaft am besten aufrechterhalten könnten. Kaum vier Jahre später haben die Vertreter der Dritten Welt auf der UNO-Konferenz über Rohstoffe und Entwicklung das Heft gewendet und den Vertretern des Imperialismus die Unterschrift unter eine Resolution abgerungen, in denen diese selbst die Kriegserklärung der Völker der Dritten Welt gegen die imperialistische Ausbeutung billigen mußten (siehe den Artikel rechts). Wenn heute 8 Menschen dafür zu Gefängnis verurteilt werden sollen, daß sie schon vor vier Jahren für den Fortschritt und gegen die imperialistische Ausbeuterherrschaft gekämpft haben und seitdem nicht nachgelassen haben, dann mag die herrschende Kapitalistenklasse in Westdeutschland zwar mit ihrer Justiz Schläge austeilen, den wachsenden Kampf für den Fortschritt wird sie dadurch nicht aufhalten können. Politisch steht sie in diesem Prozeß ganz miserabel da. Auch der Versuch, durch den anstehenden Prozeß den Kommunistischen Bund Westdeutschland zu treffen, 8 Genossen ins Gefängnis zu bringen, darunter 3 Genossen, die vor kurzem erst in Leitungsaufgaben wiedergewählt worden sind, auch diesen Schlag gegen den KBW werden wir gut aushalten, weil wir den Fortschritt auf unserer Seite haben. Mit guter Zuversicht werden deshalb die Genossen den Prozeß zu einem Tribunal gegen die Verbrechen des Imperialismus und gegen die politische Unterdrückung in Westdeutschland machen.

–bb–

UNO-Rohstoffkonferenz

POLITISCHER ERFOLG DER ENTWICKLUNGSLÄNDER

Die UNO–Konferenz über Rohstoffe und Energie, mit der sich die letzte KVZ ausführlich befaßte, ging inzwischen mit der Verabschiedung von zwei Schlußdokumenten zuende.
Die Vertreter der Entwicklungsländer haben in großer Einmütigkeit und mit energischem Kampfgeist gefordert, daß die internationalen Wirtschaftsbeziehungen von Grund auf verändert werden müssen, weil sie derzeit auf Ungleichheit, Kontrolle und Ausbeutung beruhen.
In vielen Beiträgen haben die Vertreter der dritten Welt unwiderlegbare Tatsachen vorgebracht und Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus der Verbrechen angeklagt, die gegen die Völker von Asien, Lateinamerika und Afrika begangen wurden und werden. Sie haben dargelegt, wie die Preise und Rohstoffe für Agrargüter die sie ausführen müssen, gleichgeblieben oder gesunken sind, während die Preise für industrielle Güter, die sie einführen müssen, in den letzten Jahren enorm gestiegen sind. Welche extremen Schwierigkeiten diese Ausbeutungsbedingungen den Ländern der Dritten Welt, die ihre Wirtschaft und Lebensbedingungen entwickeln wollen, verursacht haben.

Sie haben die Lüge von der Hilfe der Imperialisten aufgedeckt. Denn wer ernährt eigentlich wen? Die Imperialisten leben doch von der Ausbeutung der Länder und Völker der Dritten Welt. So hat der Irakische Vertreter aufgezeigt, daß allein 1973 sieben große Ölkonzerne mehr als 8 Milliarden Dollar Profit gescheffelt haben, mehr als die Gesamtsumme der Investitionen, die im Nahen Osten zwischen 1954 und 1970 getätigt werden konnten. Gegenüber dem einmütigen Auftreten der Vertreter der Dritten Welt mußten die Imperialisten, allen voran die beiden Supermächte USA und Sowjetunion klein beigeben und waren nur noch bemüht, den Angriff abzuschwächen. In lächerlicher Weise scheiterte die Vertretung der Sowjetunion, die unter anderem immer wieder versuchte, ihr Geschwätz von "friedlicher Koexistenz" in die Deklaration hineinzubringen. Sie bekam die richtige Antwort, die allgemeine Zustimmung bei den Vertretern der Dritten Welt erhielt, vom Vertreter Senegals. Was für eine "friedliche Koexistenz" gibt es in den afrikanischen Ländern und Regionen, die unter der portugiesischen Kolonialherrschaft und der Apartheidspolitik Südafrikas zu leiden haben? Gibt es die "friedliche Koexistenz" in Indochina, das unter imperialistischer Aggression zu leiden hat? Und was bedeutet "friedliche Koexistenz" im Nahen Osten, wo es die imperialistische und zionistische Aggression gibt?

Auf die Frage, welche Auswirkungen die verabschiedeten Resolutionen, die einstimmig beschlossen wurden, haben, antwortete ein US–Diplomat kurz: "Hoffentlich nicht allzu viele." Die Süddeutsche Zeitung schreibt denn auch offen, daß die Zustimmung der "westlichen Industriestaaten nur erfolgte, weil eine "Konfrontation mit den Entwicklungsländern" vermieden werden sollte und weil "die Beschlüsse nicht bindend" sind, sondern "lediglich den Charakter von Empfehlungen und Richtlinien" haben. Folgende Forderungen werden in den Resolutionen unter anderem aufgestellt:

Das Recht auf permanente Souveränität aller Staaten über ihre natürlichen Hilfsquellen
Ausgleichszahlungen für vergangene Ausbeutung natürlicher Ressourcen der Entwicklungsländer durch ausländische Staaten
das Recht auf Verstaatlichung natürlicher Ressourcen
Präferenzen der Entwicklungsländer im Welthandel
gerechte Relation zwischen Export– und Importpreisen der Industriestaaten
Bildung von Rohstoffkartellen
Neuverhandlungen von Schuldenabkommen mit Entwicklungsländern

Damit waren die imperialistischen Staaten gezwungen, die Friedensbedingungen der Entwicklungsländer zu unterzeichnen. Wären es verbindliche Beschlüsse, so schreibt die Süddeutsche Zeitung weiter, dann hätten die "westlichen Industrieländer und vermutlich auch die Länder des Ostblocks mit Nein gestimmt".
Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Imperialisten politisch eine Niederlage durch die Einheit der Entwicklungsländer eingesteckt haben, daß sie aber all ihre Macht einsetzen werden, um praktisch die Erfüllung dieser Friedensbedingungen, die sie unterschreiben mußten, zu verhindern. Solange diese Forderungen nicht erfüllt sind, und das werden sie erst sein, wenn der Imperialismus, der die Völker ausbeutet und unterdrückt, geschlagen ist, bedeuten diese Forderungen jedoch nichts anderes als eine gemeinsame Kriegserklärung der Entwicklungsländer gegen die imperialistischen Ausbeuter. Denn was sind unerfüllte Friedensbedingungen anderes als eine Kriegserklärung. Und was heißt es wohl, wenn der Gegner diese Bedingungen, um die die Völker kämpfen, als gerecht anerkennen muß? In dieser langen Schlacht ist der Imperialismus, der an verschiedenen Teilen der Welt schon praktisch geschlagen ist, politisch eine Leiche.

Er schlägt noch gefährlich um sich. Die Kapitulationsurkunde aber hat er schon unterzeichnet. Die Entwicklungsländer, an ihrer Spitze die Volksrepublik China, haben gemeinsam das Weltforum der UNO benutzt, um ihre Einheit im Kampf gegen den Imperialismus erfolgreich zu schmieden.

–bb–

PORTUGAL: Das Volk entwickelt seine Demokratie

Der 1. Mai, der Kampftag der internationalen Arbeiterklasse, wurde in Portugal als Fest der Befreiung von der 48jährigen Herrschaft des Faschismus gefeiert. Allein in Lissabon nahmen an der Demonstration und Kundgebung über 300 000 Menschen teil.
Spinola, der Chef der "Junta der nationalen Errettung", die seit dem 25. April Portugal regiert, hatte das Volk aufgerufen, nach dem 1. Mai das normale Leben fortzuführen und wieder an die Arbeit zu gehen.
Die Arbeiterklasse und das Volk aber haben sich an diese Weisungen des Generals bisher nicht gehalten. Sie haben vielmehr sehr schnell gelernt, daß es darauf ankommt, die neuen Freiheiten zu nutzen und zu sichern. Davon zeugen die vielen Demonstrationen, die es immer wieder gibt: Im Norden Portugals fand mit 700 000 Teilnehmern die bisher größte statt. Das Volk erreicht immer größere Klarheit über seinen gegenwärtigen Zustand. Auf den Wandzeitungen, die in Lissabon an den Wänden der Häuser hängen und die niemand abzureißen wagt, steht zum Beispiel: "Am 25. April hatten die Söhne des Volkes die Gewehre in den Händen, aber das Volk hat nicht kommandiert". Und eine Parole, die sich auf der Maidemonstration durchsetzte, war: "Nicht Faschismus, nicht bürgerliche Demokratie – sondern Sozialismus". Eine andere lautete: "Der Faschismus ist besiegt, aber die Ausbeutung durch das Kapital dauert an – der Kampf geht weiter".

Gegenüber dieser breiten demokratischen Bewegung der Arbeiterklasse und des Volkes verhält sich die Armee abwartend. Sie hatte mit dem Sturz der faschistischen Machthaber und ihrem Programm der Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte diese Bewegung eingeleitet. Unter anderem handelte es sich bei dem Programm um die Aufhebung jeder Zensur, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Zulassung von Parteien und Gewerkschaften, das Einsetzen einer zivilen Regierung, die Durchführung von freien Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung binnen eines Jahres. Bis dahin jedoch soll das Land unter der Kontrolle der Militärs bleiben. Mit anderen Worten: Die "Junta der nationalen Rettung" wird bis zu diesem Zeitpunkt die Macht ausüben, trotz einer zivilen Regierung.
Die Arbeiterklasse und das Volk aber sind über dieses Programm schon weit hinausgegangen. Zuerst stürmten sie alle Bastionen des Geheimdienstes, der wichtigsten Stütze der faschistischen Machthaber. Jeden Geheimdienstler, den sie greifen konnten, der sich noch nicht nach Spanien abgesetzt hatte, nahmen sie fest und verlangten von den Soldaten, ihn in die Gefängnisse zu stecken und vor ein Gericht zu stellen. Die politischen Gefangenen befreiten sie mit großem Elan; Spinola mußte sofort auch die Befreiung jener politischen Gefangenen zulassen, die nach seiner Meinung kriminell sind, weil sie an Kommandounternehmen gegen das Caetano-Regime teilgenommen hatten.

Das war der erste Konflikt mit den neuen Machthabern, den die Volksmassen für sich entschieden. Sie erkannten: Im Vertrauen auf die eigene Kraft können wir noch größere Siege erringen! Sie forderten die Verurteilung der Caetano-Clique, die von Spinola zuvor mit Bruderkuß verabschiedet worden war ins goldene Exil auf der Insel Madeira. Die Bankkonten der Faschisten wurden daraufhin gesperrt, ein Gerichtsverfahren wurde von der Junta den Volksmassen in Aussicht gestellt.
Dann gingen die Massen daran, den Staatsapparat von den übriggebliebenen faschistischen Elementen zu säubern. Sie zwangen die Direktoren auf allen Ebenen der Verwaltung, in den Betrieben und an den Schulen und Hochschulen, zurückzutreten. Sie zwangen diese Agenten des Faschismus auf den Versammlungen der Arbeiter und des Volkes Rechenschaft abzulegen über ihre Untaten, darüber, wie sie ihre Untergebenen schikaniert und unterdrückt hatten. Neue Leitungen wurden gewählt und eingesetzt. Ihre Anerkennung von Seiten der Junta wurde gefordert. An den Schulen und Hochschulen zum Beispiel wurden die Lehrer zur Rechenschaft gezogen. Ihre Unterrichtsmethoden und ihr Unterricht wurde von den Schülern und Studenten kritisiert und anschließend wurden neue Lehrer gewählt! Auf einer Vollversammlung aller Studenten Lissabons wurde der Rektor der Hochschule abgesetzt und eine neue Leitung gewählt.
Die Arbeiter gründeten eigene Gewerkschaften, deren Anerkennung die Junta nicht verweigern konnte. Jetzt fordern sie das uneingeschränkte Streikrecht, die Schaffung von Sozialversicherungen, die Garantierung eines Mindestlohns.

Aber mit diesen Aktionen gab sich das Volk nicht zufrieden: Um die neuen Leitungen zu überwachen und demokratisch zu kontrollieren, wurden auf den Versammlungen Komitees gewählt, die diese Aufgabe wahrzunehmen haben. Solche Komitees gibt es inzwischen in vielen Behörden, besonders aber in den Zeitungsbetrieben, in den Rundfunk- und Fernsehanstalten. Diese Bewegung zur Gründung von Komitees wird gegenwärtig immer breiter, sie hat sogar auf die Offiziere übergegriffen.
Auf einer Vollversammlung aller Marineoffiziere Lissabons wurde in einer Resolution vorgeschlagen, Ausschüsse zu gründen, in denen jeder Soldat gleichberechtigt Mitglied sein könne. Ebenso sind die Kirchen in die demokratische Bewegung hineingezogen. Eine Anzahl von Priestern demonstrierte in Lissabon für die sofortige Kündigung des Konkordats mit dem Papst und für die bedingungslose Trennung von Kirche und Staat.
Die Volksmassen unterstützten dieses Vorgehen der Priester mit einer großen Versammlung, auf der sie den Rücktritt aller Kirchenfürsten in Portugal forderten.

Die armen Bauern und Landarbeiter führten große Demonstrationen durch, auf denen sie "Brot und Boden" forderten, denn sie leben in großer Armut. Ein Drittel des portugiesischen Volkes ist zwar in der Landwirtschaft beschäftigt, aber der Boden gehört nur wenigen Großgrundbesitzern. In Lissabon haben sich jetzt die Menschen daran gemacht, leerstehende Wohnungen zu beschlagnahmen und zu verteilen. Nachdem sie 23 Wohnungen besetzt hatten, zogen sie vor den früheren Präsidentenpalast, in dem Spinola jetzt residiert, und riefen: "Die Wohnungen haben wir, jetzt gib uns die Schlüssel!"
All das sind die täglich größer werdenden Siege, die die Arbeiterklasse und das Volk erringen. Für Spinola und seine Hinterleute aber sind das die "vielen Mini-Revolutionen", mit denen endlich Schluß zu machen sei. Für Spinola und die ganze bürgerliche Klasse wird die Lage unheimlich. Sie waren zwar alle dafür, daß die faschistische Diktatur beseitigt wurde durch die Armee. Sie sind letzten Endes auch für eine Beendigung des Kolonialkrieges, aber sie wollen keinesfalls, daß ihre Herrschaft in Portugal selber angegriffen und beseitigt wird. Sie wollen dem Volk Rechte geben, aber nicht zuviel – das ist ihre Devise. Wie aber können sie verhindern, daß sich das Volk weiterhin die Rechte nimmt, die es braucht, um die "neue Gesellschaft" in seinem eigenen Interesse zu organisieren?

Demonstration des Volkswillens

Hamburg. 1 200 portugiesische Arbeiter demonstrierten am Sonntag, 12. Mai. Zur Demonstration hatte der portugiesische Reisebürounternehmer Alfredo E. Santo zusammen mit der DGB-Führung "zur Unterstützung der Militärjunta" aufgerufen. Doch die Demonstration wurde nicht zur Jubelaktion für Santos und die Junta, sondern zu einer Demonstration des einheitlichen Volkswillens. Viele rote Fahnen wurden mitgetragen und immer wieder wurde gerufen: "Das geeinte Volk wird niemals zu besiegen sein!". Am Schluß wurde eine Resolution verabschiedet, die den Abzug der Konsulatsvertreter forderte.

Mit Traktoren gegen Kernkraftwerk

KAISERSTÜHLER BAUERN WEHREN SICH GEGEN BAU EINES KERNKRAFTWERKS

Kaiserstuhl, Südbaden. Am 27. April demonstrierten viele hunderte Kaiserstühler Bauern gegen den von der Landesregierung geplanten Bau eines Kernkraftwerkes in Wyhl. Der Protestzug, etwa 250 Traktoren und etwa 100 PKW's, bewegte sich mehrere Kilometer lang durch alle Orte des nördlichen Kaiserstuhls.

Die Landesregierung, die selbst der Hauptaktionär des Badenwerks ist, und allein im Jahr 1972 24,6 Millionen DM am Badenwerk verdiente, versucht den Bau des Kernkraftwerks möglichst schnell über die Bühne zu bringen und den Widerstand der Kaiserstühler Bevölkerung zu brechen. Ministerpräsident Filbinger, der sich im Dienst für das "Gemeinwohl" selbst stark für den Bau des Kernkraftwerks einsetzt, ist Vorsitzender des Aufsichtsrats des Badenwerks. Landesregierung und Badenwerk – das ist eine Front gegen die Kaiserstühler Bevölkerung. Auf der Demonstration hieß es auf vielen Transparenten: "Das Kernkraftwerk ist Mord an Landschaft und Mensch!" Das ist richtig, denn die Gemeinden, deren Bewohner einen überwiegenden Teil ihrer Existenzgrundlage aus dem Wein-, Obst- und Tabakbau beziehen, sind durch die klimatischen Folgen des riesigen (4 mal 1 300 MegaWatt) Kraftwerks in ihrer Existenz bedroht:

- Aus einem Kühlturm werden stündlich 2 Millionen Liter Wasser verdampft. Folge: verstärkte Nebelbildung.
- Allein für das Kernkraftwerk werden täglich etwa 9,6 Millionen Liter Grundwasser entnommen. Folge: beträchtliche Senkung des Grundwasserspiegels und Versteppung beider Teile der Oberrheinebene.
- Ungeklärte Fragen der Beseitigung der enormen Mengen radioaktiver Abfälle, der Sicherheitszone und der tatsächlichen Strahlenbelastung der Umgebung des Kernkraftwerks.

Insgesamt handelt es sich hier um ein Kernkraftwerk, von dessen Größenordnung auf der Welt noch keines existiert. Der Reaktor wie auch die Kühltechnik des geplanten Werkes sind nachweislich risikoreich und zum Teil veraltet. Aber sie sind für das Badenwerk am "wirtschaftlichsten". Und das allein ist entscheidend für die Kapitalisten. Nicht der Mensch steht im Mittelpunkt ihrer Überlegungen, sondern der Profit. Solange die Kapitalisten an der Macht sind, kann es niemals eine Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Dienste der Menschen geben. Erst wenn die Arbeiter und die Volksmassen die politische Macht erobert haben und den Sozialismus aufbauen, ist die bewußte Anwendung von Wissenschaft und Technik im Dienste der Menschen möglich. Deshalb lehnen wir nach wie vor den Bau des Kernkraftwerks in Wyhl grundsätzlich ab, und fordern:

Kein Kernkraftwerk in bewohnten Gebieten!

Nachdem der Plan eines Kernkraftwerks in Breisach am massenhaften Volkswiderstand 1972 gescheitert war, wurde jetzt versucht, in Geheimverfahren zusammen mit dem Wyhler Bürgermeister und Gemeinderat das Projekt durchzuziehen. Die Pläne kamen ans Tageslicht und große Teile der betroffenen Bevölkerung protestierten sofort in Versammlungen gegen die Machenschaften der Regierung, des Badenwerks und der Wyhler Volksvertreter.

Die Demonstration am 27. April hat gezeigt, daß die Empörung über die volksfeindliche Politik der Regierung groß ist und die Bevölkerung bereit ist, für ihre gerechten Interessen zu kämpfen. Doch hat sich am Samstag auch gezeigt, daß dieser Kampf noch nicht entschieden genug geführt wird. So wurde auf der Schlußkundgebung in Wyhl von den Führern der Bürgerinitiativen weder die wahren Hintergründe des Kernkraftwerk-Baus enthüllt, noch die Handlungen der sogenannten Volksvertreter entschieden angeprangert und bekämpft. Nicht die klare Forderung: **Kein Kernkraftwerk in bewohnten Gebieten!** wurde aufgestellt, sondern die Forderung nach "Verhandlungen", nach "Aufklärung" und nach "Auskunft" wurde gestellt. "Neutrale" Gutachten wurden gefordert, als ob die Landesregierung "neutrale Gutachten" erstellen würde! Gerade die Erfahrung der Kaiserstühler Bevölkerung zeigt, wie sehr die Regierung versucht, die Menschen hinters Licht zu führen, um ihre Politik durchzusetzen. So wurde in einem "Gutachten" die Zahl der Nebeltage für die Gegend um Wyhl aus den Daten von Bremgarten übernommen, mit dem Hinweis, es gebe da kaum Unterschiede. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß die Zahl der Nebeltage für Wyhl rund 4 mal höher ist als für Bremgarten. Solche Tatsachen zeigen: Die Kaiserstühler Bevölkerung darf nicht irgendwelchen Herren Volksvertretern oder Professoren Glauben schenken, sondern ihren eigenen Erfahrungen und muß auf ihre eigene Kraft vertrauen. Von vielen Bauern wurden auf der Demonstration statt der ausgegebenen offiziellen Pappschilder eigene, selbständige Parolen mitgeführt wie: "Schluß mit der Volksverdummung!" und andere, die sich klar gegen die Politik der Kapitalisten und der Regierung richten.

E'n Paradebeispiel von "Volksvertretung" und "lebendiger Demokratie" bot der Wyhler Bürgermeister Zimmer. Er erschien nämlich einfach nicht auf der Kundgebung, obwohl es ein offenes Geheimnis ist, daß er den Verkauf des Gemeindegeländes an das Badenwerk plant. Ein Bauer sagte dazu richtig: "Der Bursche hat sich verdrückt, den müßte man aus seinem Bau holen". Die Wyhler Einwohner und die Einwohner der anderen Orte müssen Zimmer und den Wyhler Gemeinderat dazu zwingen, Rechenschaft vor ihren Wählern abzulegen. Und wenn sich herausstellen sollte, daß diese "Volksvertreter" sich einen Dreck um die Interessen der Bevölkerung kümmern, dann kann es nur eine Konsequenz geben:

Weg mit solchen Volksvertretern!

Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter; Vergütung ihrer Tätigkeit in einer Höhe, die den Durchschnittslohn eines Facharbeiters nicht übersteigt!

– Di., Ortsaufbaugruppe Emmendingen –



Mit 250 Traktoren demonstrierten hunderte von Kaiserstühler Bauern gegen den geplanten Bau eines Kernkraftwerks. Sie forderten "Kein Kernkraftwerk in bewohnten Gebieten!" und "Schluß mit der Volksverdummung!"

"Die Harpener legt ganz Werne lahm"

Unter dieser Überschrift stand ein Agitationsstand, den unser KVZ-Verkaufstrupp Werne kürzlich gemacht hat. Der folgende Text auf der Stellwand fand bei der Werner Bevölkerung große Zustimmung.

Über 6 Jahre liegt die Zeche Robert Müser jetzt schon still. Das riesige Trümmerfeld verunstaltet den ganzen Stadtteil. Doch die Harpener AG denkt gar nicht daran, das Gelände schnell zu räumen, um eine Neuordnung des Stadtteils zu ermöglichen. Sie verschleppt die Abräumarbeiten auf dem Robert Müser-Gelände, weil sie das Gelände selbst industrialisieren will, weil das mehr Geld bringt als es zu verkaufen. Daß Harpener sich um das Wohl der Werner Bürger einen Dreck kümmert, kann man auch daran sehen, daß sie die alten Zechensiedlungen völlig verrotten läßt. Eine Renovierung würde sich nämlich nur für die Mieter, nicht aber für die Harpener lohnen.

Warum sind die Zechen damals geschlossen worden?

Als in den sechziger Jahren im Ruhrgebiet etliche Zechen geschlossen wurden, sprachen Minister und Zechenvorstände von "unvermeidbarer Entwicklung". Heute sucht die RAG wieder 10 000 Kumpel. Warum wird mit den Arbeitern so umgesprungen? Warum fliegen einmal 10 000 auf die Straße und müssen sich von einem kümmerlichen Sozialplan ernähren und einmal werden wieder tausende gesucht? Die Zechen wurden damals stillgelegt, weil das Öl mehr Profit brachte. Heute, wo die Staaten im Nahen Osten selbständig werden und sich das Öl nicht mehr so billig abnehmen lassen, da schwinden die Profite und die Kapitalisten denken wieder an die Kohle! So sind die Arbeiter nichts anderes als ein Spielball des Kapitals!

Was müssen die Werner Bürger tun, um ihren Stadtteil wieder bewohnbar zu machen?

Daß von der Harpener da nichts zu erwarten ist, weiß in Werne jedermann. Viele Leute glauben allerdings noch, daß die Stadt – wenn sie erstmal das Gelände gekauft hat – den Stadtteil in Ordnung bringt. Die bürgerlichen Parteien, wie CDU und SPD, haben aber gar kein Interesse daran, zum Wohle der Bevölkerung irgendetwas zu ändern. Das kann man daran sehen, daß sie sich nicht um die Beseitigung der stinkenden Trier-Verbrennungsanlage kümmern, die in Langendreer alle umliegenden Mieter belästigt. Oder auch daran, daß diese Parteien ihren Abgeordneten im Bundestag ständig die Diäten erhöhen, während sie die Lohnkämpfe der Arbeiter verteufeln.

Die Sanierung des Werner Stadtteils wird nur dann zum Wohle der Bevölkerung ausfallen, wenn sie die Sache selber in die Hand nehmen und sich zur Vertretung ihrer Interessen organisieren.

Wohnraumzerstörung

Düsseldorf. Ihr berichtet in der KVZ 9/74 über die mutwillige Zerstörung von bewohnbaren Häusern durch ihre profitgierigen Besitzer.

Auch in Düsseldorf, wo ich selbst herkomme, kommt es zu solchen Schweinereien. An der Brunnenstraße in Bilk, einem Viertel am Cityrand mit guter Wohnlage, wird derzeit ein Haus systematisch zerstört und die Bewohner dem übelsten Terror ausgesetzt. In dem Haus wohnten bis vor kurzem noch fünf Familien. Bisher sind schon zwei ausgezogen, weil sie den dauernden Drohungen und Anschlägen nicht standhielten. Die übrigen Mieter wehren sich aber weiter nach Kräften.

Der neue Käufer des Hauses hat einen Makler beauftragt, das Haus leerzukriegen. Die Mittel, die er dabei anwendet, sind dem Kapitalisten-Profitstreben entsprechend brutal. Zwei angeheuerte Typen, angeblich Studenten, zerstörten das ganze Treppenhaus: die Lampen, das Geländer, die Wände. Eine Bewohnerin rief schnell die Polizei an, die dem Spuk ein Ende bereitete und die Personalien der beiden Männer aufnahm. Das Gericht verknackte den Besitzer zu 20 000 DM Strafe (wegen Sachbeschädigung) und zur Reparatur der Schäden. Dies schien ihm aber nur der Ansporn zu neuen Anschlägen gegen die Bewohner des Hauses. Einige Zeit später tauchten wieder zwei Männer auf, die das Dach zerstörten.

–G.H., Paderborn–

ARBEITER SOLLEN KAPITALISTENMESSE FINANZIEREN

Hannover. Die Messegesellschaft der Hannover–Messe, die zu gleichen Teilen dem Land Niedersachsen und der Stadt Hannover gehört, ist in die roten Zahlen geraten. Da die armen Unternehmer nicht in der Lage sind, höhere Platzmieten zu zahlen, soll einmal mehr ein Exempel der Stabilitätspolitik sozialdemokratischer Prägung statuiert werden: die Unterstützung der Ausbeuter durch die Ausgebeuteten.

Am 27.4.1974 erklärte ein Vertreter der Messegesellschaft in einem Interview mit dem Morgenmagazin des WDR, daß das Land Niedersachsen und die Stadt Hannover sich bereit erklärt haben, Subventionen in der Größenordnung zweistelliger Millionenbeträge zu zahlen.

Erinnern wir uns: Beim Lohnkampf der Kollegen des Öffentlichen Dienstes feilschten die öffentlichen Arbeitgeber um jeden Pfennig, ging es doch "nur" darum, den Kollegen ihren ohnehin bescheidenen Lebensstandard zu sichern.

Sollten die durch diese Lohndrückerei eingesparten Steuergelder für die Allgemeinheit aufgewendet werden? Sollten sie für den Bau von Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser verwendet werden? Sollten sie für die Verbesserung der vielzitierten Lebensqualität der arbeitenden Menschen Verwendung finden?

Weit gefehlt: Unsere Steuergelder sollen für die Stabilitätspolitik der SPD verpulvert werden. Wie das Beispiel Hannover–Messe zeigt, bedeutet dies, daß unsere Steuergelder den Unternehmern in den Rachen geworfen werden sollen; es bedeutet, daß sich die Unternehmer nicht nur an unserer Arbeit bereichern, sondern obendrein noch einen Teil unserer Steuern als Subventionen kassieren. K.H.M./Köln

DKP: Luftballon im Rathaus

Hildesheim. In Hannover kandidiert die DKP bei den kommenden Wahlen mit der glorreichen Parole: Roter Pfeffer ins Rathaus. In Hildesheim verteilten sie rote Luftballons, auf denen geschrieben stand: Wählt DKP! – Als die Hildesheimer DKP einen Stand in der Stadt wagte, versuchte sie die Genossen des KBW zu verjagen, Diskussion wollten sie nicht, denn das Aufblasen der Luftballons nahm sie vollends in Anspruch.

J.M.,Hildesheim

Spaltungsversuch abgewehrt

SPD-STADTRAT WILL AKTION JUGENDHAUS SPALTEN

Seit ungefähr einem Jahr versucht in Norden (einer ostfriesischen Kleinstadt mit etwa 20 000 Einwohnern) eine Jugendinitiative die Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendhaus durchzusetzen In der Gruppe, die zunächst als Aktionseinheit verschiedener Gruppen entstand, und die sich vor einiger Zeit in einen eingetragenen Verein umwandelte, arbeiten auch Vertreter der Kommunistischen Gruppe Norden/Emden und der Kommunistischen Schülergruppe mit.

Seit nun die Aktion durch verschiedene Veranstaltungen immer mehr Leute für ihre Forderung gewinnt und immer mehr Menschen aktiv dafür eintreten, versucht der SPD-Stadtrat, ihr Steine in den Weg zu legen. Zunächst wurde dieses und jenes versprochen und nicht gehalten, dann, als der Unmut der Jugendlichen wuchs, fuhr man schwerere Geschütze auf. SPD-Stadträte bezeichneten die Aktion Jugendhaus in Leserbriefen und Zeitungsartikeln als kommunistisch verseuchte Splittergruppe, in der sich Jugendliche, die sich dem KBW zuordnen, durch Wahlmanipulation in die Leitungsgremien eingeschlichen hätten. Auf dem Höhepunkt dieser Hetzkampagne widmete der stellvertretende Bürgermeister Dirk Ortgies, der zugleich SPD-Vorsitzender und Unternehmer ist, den Verleumdungen gegenüber der Aktion Jugendhaus die erste Lokalseite der örtlichen Zeitung, des "Ostfriesischen Kuriers".

Er bezeichnete die Kommunisten in seinem Artikel als Rattenfänger und verglich uns mit den Faschisten. Dabei sagte er klipp und klar, solange politische Gruppen, die ihm nicht paßten, in der Aktion mitarbeiteten, werde es kein Jugendhaus geben. Aber weder die Kommunisten noch die Aktion Jugendhaus ließen sich durch diese Hetze in die Defensive drängen. Die Kommunistische Gruppe und die Kommunistische Schülergruppe wiesen in Leserbriefen, Stelltafeln in der Stadt und in Flugblättern die Vorwürfe zurück und erläuterten unter Hinweis auf die Interessen der SPD-Unternehmer unsere Forderung nach Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Abwählbarkeit aller Volksvertreter. Die Aktion Jugendhaus machte einen Stand in der Stadt, an dem sie Zeitungen verkaufte und an zwei Tagen viele hundert Unterschriften für ein Jugendhaus in Selbstverwaltung sammelte.

Was bewegte die SPD-Stadträte zu dieser für Norder Verhältnisse recht drastischen Aktion? In dem seit 20 Jahren SPD-regierten Norden, in dem z.B. die Wichtigkeit des richtigen Parteibuches für Stellungen im öffentlichen Dienst schon fast sprichwörtlich ist, wenden sich ebenso wie in der ganzen Bundesrepublik immer mehr Menschen enttäuscht von der SPD ab. In dieser Lage kann selbst eine noch junge und schwache kommunistische Bewegung für die Kapitalisten und ihre Politiker gefährlich werden. Den vielen in der SPD vertretenen ortsansässigen Unternehmern kommt ein Jugendhaus sehr ungelegen, in dem ihre Lehrlinge über ihre Lage diskutieren, in dem sie beginnen, sich selbst zu organisieren und in dem sie unter anderem mit Kommunisten Diskussionen führen. Da ist es ihnen offensichtlich weitaus lieber, wenn die Jugendlichen in Kneipen herumsitzen und ihre Probleme mit Alkohol und Haschisch betäuben. Aus diesem Grund versuchen die Norder Unternehmer und ihre Politiker die Aktion Jugendhaus zu spalten, ein Jugendhaus zu verhindern und die Kommunisten zu isolieren.

Bisher entpuppte sich allerdings dieser Versuch als Bumerang. Anstatt daß sich die Aktion Jugendhaus gespalten hätte, schloß sie sich fester zusammen. Der alte Jugendrat wurde von der Vollversammlung bestätigt und immer mehr Jugendliche erkennen, wer ihre Interessen wirklich konsequent vertritt.

Initiative Kommunistische Gruppe Norden/Emden

MIT PISTOLE GEGEN PLAKATIERER

Wetzlar. Im Umgang mit der Polizei gerät man leicht in Lebensgefahr. Als ich in einer Nacht vor dem 1. Mai Plakate klebte, trat ein Beamter vor, richtete die Pistole auf mich und sagte: "Hände hoch! Umdrehen!" Dann tastete er mich nach Waffen ab. Ich hatte aber keine Waffen bei mir, sondern Maiplakate und den Leimeimer, welche ich auf den Boden legen mußte. Dafür gab es dann die Anzeige ("wildes Plakatieren") und ich konnte gehen. Später habe ich mir überlegt, ob ich nicht gleich hätte wegrennen sollen. Aber: "Eine falsche Bewegung" und am Ende hätte er noch geschossen. –M.R.–

Von der Uni geworfen

KOMMUNISTISCHE STUDENTEN WEGEN STREIK VOM STUDIUM AUSGESCHLOSSEN

Wegen ihrer Teilnahme an einem politischen Streik im letzten Semester hat der Rektor der Universität Heidelberg vier Politologie-Studenten vom Studium an der Universität ausgeschlossen. In drei Fällen Relegation (Ausschluß) für ein Semester, in einem Fall Relegation für 2 Semester, so lauten die "Ordnungsmaßnahmen", die jetzt verhängt wurden und deren sofortige Vollziehung angeordnet wurde, weil dies "im öffentlichen Interesse" sei.

Der Streik, an dem die 4 Studenten, die alle Mitglieder der Kommunistischen Hochschulgruppe Heidelberg sind, sich aktiv beteiligt hatten, war im letzten Semester von der Vollversammlung am Politologischen Institut einmütig beschlossen worden. Der Streik richtete sich gegen den Rausschmiß des kommunistischen Assistenten E. Riehle, der unter den Studenten am Institut sehr beliebt war, weil in seinen Lehrveranstaltungen die herrschende bürgerliche Wissenschaft kritisiert wurde und weil dieser Lehrer den Studenten die Möglichkeit gab, sich über die wirklichen Zustände in der Gesellschaft zu informieren, darüber zu diskutieren und sich ein ehrliches Urteil zu bilden.

Gerade deshalb stand Riehle beim Kultusministerium und bei einigen reaktionären Heidelberger Lehrkräften auf der Abschußliste. Unter dem Vorwand, Riehle sei "wissenschaftlich nicht qualifiziert", betrieb vor allem der neue Institutsdirektor v. Beyme den Rausschmiß des Assistenten (derselbe v. Beyme (SPD) war für ein Monatsgehalt von 4 800 DM erst kürzlich vom Kultusminister (CDU) persönlich ans Institut geholt worden, damit hier die sogenannte "Friedens- und Konfliktforschung" ausgebaut wird, mit der z.B. untersucht wird, wie Arbeiterstreiks zerschlagen werden können).

Inzwischen hat der angeblich unqualifizierte Assistent bei Professoren einer anderen Universität seine Doktorarbeit beendet. Beide Gutachter bewerteten die Arbeit mit der bestmöglichen Note (summa cum laude). Da wird deutlich, daß den Handlangern der staatlichen Behörden keine Lüge zu infam ist, wenn sie ihre Machenschaften rechtfertigen wollen.

Wenn jetzt 4 Studenten von der Uni geschmissen werden, weil sie gegen solche Zustände gekämpft haben, zeigt das nur, mit welch drastischen Mitteln der Staat bereits gegen Menschen vorgeht, die Kritik üben und für ihre Rechte eintreten. Der Zweck der Ordnungsstrafe aber, die Einschüchterung der fortschrittlichen Studenten, wird bestimmt nicht erreicht. Das zeigt sich schon jetzt an der Heidelberger Universität:

- Auf einer Protestkundgebung vor dem Amtsgebäude des Rektors haben die ausgeschlossenen Studenten selbst Stellung genommen. Sie haben sich noch einmal hinter die berechtigten Streikforderungen des letzten Semesters gestellt und noch weitere Mißstände an der Universität angeprangert.
- Viele andere Studenten am Politologischen Institut haben bereits den Kampf für die Wiedereinstellung Riehles aufgenommen.
- Am Soziologischen Institut streiken die wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutoren gegen die Bespitzelung durch den Innenminister Schieß (jeder Universitätsangestellte wird auf seine "Verfassungstreue" überprüft).
- Die Germanistik-Studenten kämpfen gegen die Entlassung eines fortschrittlichen Lehrbeauftragten.
- An der ganzen Universität wird der Plakatier-Erlaß durchbrochen, durch den es verboten ist, Wandzeitungen "mit beleidigendem Inhalt" aufzuhängen.
- An der Pädagogischen Hochschule hat sich ein Aktionskomitee gegen die Berufsverbote für Lehramtsanwärter gebildet.
- In dieser Woche findet eine Universitätsvollversammlung statt, auf der die Studenten über Kampfmaßnahmen beraten. Geplant ist eine Protestdemonstration in der Stadt,

Kommunistische Hochschulgruppe
Heidelberg

Neue Wege der Ermittlung

Im November 1969 begann ich hier in Freiburg mit der Ausbildung zur weiblichen Kriminalbeamtin. Schon ziemlich früh empfand ich die Tätigkeit als völlig unbefriedigend und den Menschen, denen ich eigentlich mit dieser Tätigkeit helfen wollte – vor allem Kindern und Jugendlichen – nicht gerecht werdend. Ich beendete deshalb die Ausbildung nicht, sondern begann im April 1972 mit dem Psychologiestudium.

Ich habe aus der Änderung meiner Überzeugung – nämlich daß alle sozialen Mißstände nicht durch Reformen, sondern nur durch die Abschaffung des kapitalistischen Systems und den Aufbau des Sozialismus beseitigt werden können – kein Hehl gemacht und durch die Teilnahme an Demonstrationen, Stadtagitation und KVZ-Verkauf auch gegenüber meinen "ehemaligen Kollegen" offen zum Ausdruck gebracht.

Vor zirka 14 Tagen kam unser neuer Vermieter zu uns und teilte uns mit, daß die Polizei telefonisch Erkundigungen über uns eingezogen hätte. Sie wollte wissen, welche Leute hier wohnten (als ob sie das auf dem Einwohnermeldeamt nicht viel schneller erfahren könnten) und wiesen den Vermieter gleich darauf hin, daß einer von uns bei der Polizei gearbeitet habe und wir zudem immer an Demonstrationen teilnehmen würden.

Dieses empörende Vorgehen drückt die Angst davor aus, daß Dinge über Ausbildung und Praxis bei der Polizei nach außen dringen, die kein "Uneingeweihter" erfahren soll. Es ist die Reaktion darauf, daß immer mehr Menschen die Funktion dieser Polizei als Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie klar wird und sie nicht mehr bereit sind, diesen Beruf auszuüben. Anscheinend reicht es jedoch nicht aus, den Dienst zu quittieren. Die "Fürsorge" des Staates in Form des Verfassungsschutzes wird einem auch weiterhin zuteil.

Es ist reiner Zufall, daß dieser Anruf bei unserem Vermieter nicht sofortige Kündigung nach sich gezogen hat, was bei der jetzigen Wohnungsmisere nahegelegen hätte.

Ich protestiere auf das Entschiedenste gegen diesen Eingriff in mein Privatleben und erkläre, daß ich mich durch solch ein Vorgehen nicht von politischer Betätigung abhalten lassen werde.

Ursula Hartwig,
Freiburg

Mit Pistole bedroht

München. Genossen, ich berichte euch kurz, was uns beim Plakatkleben passiert ist:

Wir kleben vor SIEMENS die 1. Mai-Plakate des KBW. Plötzlich braust ein Wagen heran und zwei Leute springen raus, einer mit einer gezogenen Pistole. Die Pistole im Anschlag, ohne uns vorher anzurufen, rennen sie auf uns zu. Wir müssen uns an eine Wand stellen. Ein Genosse will eine Zigarette aus der Tasche holen, es wird ihm verboten. Die Leute sagen, sie seien vom Werkschutz. Als wir dann vom Pistolenheld, der nicht einmal uniformiert ist, verlangen, er möchte sich bitte mal ausweisen, weigert er sich! Offenbar hat er gar keinen Ausweis bei sich, weist den anderen an aufzupassen, daß wir nicht davonlaufen, fährt schnell weg, um in voller Uniform und mit Ausweis zurückzukommen. Jetzt wird noch der SIEMENS-Werkschutzboss Götzer herbeigeholt und der fängt gleich an, eine Genossin wüst zu beschimpfen. Dann taucht die gerufene Polizei auf. Aber die Herren Werkschützer, nachdem sie uns 50 Minuten festgehalten, beleidigt und bedroht hatten – jetzt verläßt sie auf einmal der Mut. Nachdem, wir den Polizeibeamten sofort erklärten, wir würden eine Gegenanzeige wegen Nötigung usw. erstatten, ziehen die Werkschutzleute ihre Anzeige hastig zurück, verzichten auf eine Aufnahme der Adressen und Autonummer.

Und wir kleben weiter.

Was haben wir daraus gefolgert? Erst einmal steht fest: Es gibt keine wirkliche "Meinungsfreiheit". Wer Geld hat, hat Meinungsfreiheit. Wer das Volk ausplündert, hat Meinungsfreiheit. Die großen bürgerlichen Parteien können Plakate noch und noch anbringen lassen. Mit Mitteln, die sie dem Volk abpressen. Aber wer die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes wirklich vertritt und Plakate in diesem Sinn klebt, der wird festgenommen, erhält Geldstrafen und wird von den Dienern des Kapitals brutal bedroht. Wie brutal, das zeigt der Vorfall mit den Werkschutzleuten. Aber er lehrt auch: man darf sich dadurch nicht einschüchtern lassen und muß ohne Angst entschlossen die Offensive ergreifen.

A.U.
OAG München,
Siemens Aufbauzelle.

Demonstration der Türken

FASCHISTISCHER ANSCHLAG AUF VERSAMMLUNG TÜRKISCHER ARBEITER

Hamburg. Am 5. Mai versammelten sich in Norderstedt bei Hamburg etwa 300 Mitglieder der türkischen Arbeitervereinigung, um einen neuen Vorstand zu wählen. Die letzte Versammlung der Vereinigung wurde durch die von konsulatshörigen Türken herbeigerufene Polizei aufgelöst. Vorher war es offenkundig geworden, daß der alte Vorstand eine demokratische Wahl nicht mehr gewinnen würde.

Um aber die Herrschaft des Konsulats über diesen Verein aufrechtzuerhalten, ging der Vorstand mit Gewalt vor. Zuerst legte er die Versammlung in die weit abgelegene Gaststätte in Norderstedt, dann ließ er demokratische Türken durch von ihm angeheuerte Schläger brutal zusammenschlagen. Der Botschaftsattache selbst leitete den Überfall ein, indem er rief: "Wer seinen Gott liebt, der schlage die Kommunisten tot!". Mit Stühlen und Totschlägern wurden schließlich 5 demokratische Türken

stration statt. Zu diesem Zweck hat sich eine Aktionseinheit von über 15 Organisationen gebildet, unter ihnen der KBW und die Sozialistische Studenten-Gruppe. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) hatte keine Differenzen zum Aufruf, wollte sich jedoch nicht an der Aktionseinheit beteiligen, da ihr ein eigener Block mit Organisationsfahne nicht gestattet wurde. 500 Menschen demonstrierten unter den Forderungen:

Tod dem Faschismus in der Türkei!
Sofortige Freilassung von Aziz Balcik, Yalzin Gülbiz, Mustafa Ok, Veli Caner!
Bestrafung aller an dem faschistischen Überfall Beteiligten!
Für uneingeschränkte Versammlungs- und Organisationsfreiheit für alle Ausländer in der Bundesrepublik!
Weg mit den reaktionären Ausländergesetzen!

Transparente in türkischer, spanischer und deutscher Sprache wurden mitgeführt. Kurze Zwischenkundgebungen

KREUZVERHÖR BEI ANMELDUNG EINER KUNDGEBUNG

Opladen-Leverkusen. Am Freitag, 26. April, wollte ich bei der Kreis-Polizei des Rhein-Wupper-Kreises die Genehmigung für die Mai-Kundgebung der IG-KAJB abholen. Der Beamte fragte mich, ob ich noch einen Moment Zeit habe. Ich sagte ja und wartete. Kurz darauf kam der Leiter der Schutzpolizei und ein Beamter der politischen Polizei (14 K). Sie nahmen mich sofort ins Kreuzverhör. Ich sollte ihnen sagen, wie die Kundgebung ablaufen sollte und welche Personen daran teilnehmen. Bei der zweiten Frage gab ich keine Antwort. Worauf die beiden sauer reagierten. Auch wollten sie wissen, ob die Ortsgruppe Köln des KBW nach Opladen kommt. Meine Antwort war nein. Dann versuchten die beiden Herren mich einzuschüchtern. Sie fragten mich, ob ich wüßte, daß ich für alles verantwortlich bin, was auf der Kundgebungvorfällt. Da ich ja arbeitslos sei, hätte ich bestimmt Schwierigkeiten im Falle einer Anzeige. Dann

Demonstration der Türken
FASCHISTISCHER ANSCHLAG AUF VERSAMMLUNG TÜRKISCHER ARBEITER
Hamburg. Am 5. Mai versammelten sich in Norderstedt bei Hamburg etwa 300 Mitglieder der türkischen Arbeitervereinigung, um einen neuen Vorstand zu wählen. Die letzte Versammlung der Vereinigung wurde durch die von konsulatshörigen Türken herbeigerufene Polizei aufgelöst. Vorher war es offenkundig geworden, daß der alte Vorstand eine demokratische Wahl nicht mehr gewinnen würde.
Um aber die Herrschaft des Konsulats über diesen Verein aufrechtzuerhalten, ging der Vorstand mit Gewalt vor. Zuerst legte er die Versammlung in die weit abgelegene Gaststätte in Norderstedt, dann ließ er demokratische Türken durch von ihm angeheuerte Schläger brutal zusammenschlagen. Der Botschaftsattache selbst leitete den Überfall ein, indem er rief: "Wer seinen Gott liebt, der schlage die Kommunisten tot!". Mit Stühlen und Totschlägern wurden schließlich 5 demokratische Türken
stration statt. Zu diesem Zweck hat sich eine Aktionseinheit von über 15 Organisationen gebildet, unter ihnen der KBW und die Sozialistische Studenten-Gruppe. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) hatte keine Differenzen zum Aufruf, wollte sich jedoch nicht an der Aktionseinheit beteiligen, da ihr ein eigener Block mit Organisationsfahne nicht gestattet wurde. 500 Menschen demonstrierten unter den Forderungen:
Tod dem Faschismus in der Türkei!
Sofortige Freilassung von Aziz Balcik, Yalzin Gülbiz, Mustafa Ok, Veli Caner!
Bestrafung aller an dem faschistischen Überfall Beteiligten!
Für uneingeschränkte Versammlungs- und Organisationsfreiheit für alle Ausländer in der Bundesrepublik!
Weg mit den reaktionären Ausländergesetzen!
Transparente in türkischer, spanischer und deutscher Sprache wurden mitgeführt. Kurze Zwischenkundgebungen
KREUZVERHÖR BEI ANMELDUNG EINER KUNDGEBUNG
Opladen-Leverkusen. Am Freitag, 26. April, wollte ich bei der Kreis-Polizei des Rhein-Wupper-Kreises die Genehmigung für die Mai-Kundgebung der IG-KAJB abholen. Der Beamte fragte mich, ob ich noch einen Moment Zeit habe. Ich sagte ja und wartete. Kurz darauf kam der Leiter der Schutzpolizei und ein Beamter der politischen Polizei (14 K). Sie nahmen mich sofort ins Kreuzverhör. Ich sollte ihnen sagen, wie die Kundgebung ablaufen sollte und welche Personen daran teilnehmen. Bei der zweiten Frage gab ich keine Antwort. Worauf die beiden sauer reagierten. Auch wollten sie wissen, ob die Ortsgruppe Köln des KBW nach Opladen kommt. Meine Antwort war nein. Dann versuchten die beiden Herren mich einzuschüchtern. Sie fragten mich, ob ich wüßte, daß ich für alles verantwortlich bin, was auf der Kundgebungvorfällt. Da ich ja arbeitslos sei, hätte ich bestimmt Schwierigkeiten im Falle einer Anzeige. Dann
München. Genossen, ich berichte euch kurz, was uns beim Plakatkleben passiert ist:
Wir kleben vor SIEMENS die 1. Mai-Plakate des KBW. Plötzlich braust ein Wagen heran und zwei Leute springen raus, einer mit einer gezogenen Pistole. Die Pistole im Anschlag, ohne uns vorher anzurufen, rennen sie auf uns zu. Wir müssen uns an eine Wand stellen. Ein Genosse will eine Zigarette aus der Tasche holen, es wird ihm verboten. Die Leute sagen, sie seien vom Werkschutz. Als wir dann vom Pistolenheld, der nicht einmal uniformiert ist, verlangen, er möchte sich bitte mal ausweisen, weigert er sich! Offenbar hat er gar keinen Ausweis bei sich, weist den anderen an aufzupassen, daß wir nicht davonlaufen, fährt schnell weg, um in voller Uniform und mit Ausweis zurückzukommen. Jetzt wird noch der SIEMENS-Werkschutzboss Götzer herbeigeholt und der fängt gleich an, eine Genossin wüst zu beschimpfen. Dann taucht die gerufene Polizei auf. Aber die Herren Werkschützer, nachdem sie uns 50 Minuten festgehalten, beleidigt und bedroht hatten – jetzt verläßt sie auf einmal der Mut. Nachdem, wir den Polizeibeamten sofort erklärten, wir würden eine Gegenanzeige wegen Nötigung usw. erstatten, ziehen die Werkschutzleute ihre Anzeige hastig zurück, verzichten auf eine Aufnahme der Adressen und Autonummer.
Und wir kleben weiter.
Was haben wir daraus gefolgert? Erst einmal steht fest: Es gibt keine wirkliche "Meinungsfreiheit". Wer Geld hat, hat Meinungsfreiheit. Wer das Volk ausplündert, hat Meinungsfreiheit. Die großen bürgerlichen Parteien können Plakate noch und noch anbringen lassen. Mit Mitteln, die sie dem Volk abpressen. Aber wer die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes wirklich vertritt und Plakate in diesem Sinn klebt, der wird festgenommen, erhält Geldstrafen und wird von den Dienern des Kapitals brutal bedroht. Wie brutal, das zeigt der Vorfall mit den Werkschutzleuten. Aber er lehrt auch: man darf sich dadurch nicht einschüchtern lassen und muß ohne Angst entschlossen die Offensive ergreifen.
A.U.
OAG München,
Siemens Aufbauzelle.

verletzt, einer davon lebensgefährlich. Weitere 5 Türken wurden verhaftet, unter dem Vorwand, sie seien Totschläger.

Gegen diesen brutalen Terror und die Unterstützung durch die Polizei fand am Samstag, 11. Mai, eine Demon[stration statt.]

dienten der Information der Bevölkerung. Eine Geldsammlung erbrachte 951 DM. Vor dem türkischen Konsulat, dem Ort der Abschlußkundgebung, war die Polizei massiv aufgezogen mit Sperrgittern, Hunden und Wasserwerfern.

– J., Hamburg –

endlich kamen sie auf den Hauptpunkt des Verhörs. Sie wollten, daß ich ihnen die Mitglieder anderer Organisationen (z.B. GIM, Gruppe Rote Fahne (KPD)) zeige. Das Ganze hörte damit auf, daß sie mich einluden, bei irgendwelchen "Fragen" könnte ich sie ja mal besuchen. Die Kundgebung wurde von ihnen genehmigt, mit einer ganzen Reihe von Auflagen. Zum Beispiel, es darf kein Lautsprecher benutzt werden und erst eine Stunde nach der DGB-Kundgebung. Dieses Verbot haben wir durchbrochen. Wir haben die Kundgebung wie geplant abgehalten. Das war nicht der erste Angriff des Staatsapparates gegen die Rechte des Volkes in Opladen. Wir lassen uns nicht durch die plumpen Machenschaften der Polizei einschüchtern.

Für uneingeschränkte Organisations-, Demonstrations- und Versammlungsfreiheit!

W.H., IG-KAJB,
Sympathisantengruppe des KBW
Opladen-Leverkusen

Die Fahrpreis erhöhung muss fallen

... UND WENN DER MAGISTRAT MIT FÄLLT

Frankfurt. Am 26. Mai sollen nach dem Willen des Magistrats Fahrpreiserhöhungen zwischen 30 % und 230 % in Kraft treten. Dagegen formiert sich der Widerstand in der Bevölkerung. Führend dabei sind 9 Stadtteil-Komitees, die auf Initiative der Ortsgruppe des KBW schon im April gegründet wurden. In der Plattform, die die Grundlage ihrer Arbeit ist, haben sie sich als unmittelbares Ziel gesetzt, die Fahrpreiserhöhung zu Fall zu bringen, als darüber hinausgehendes Ziel aber, den Kampf gegen die ganze zwangsweise Ausplünderung des Volkes durch den Staat zu führen, entsprechend der Steuerforderung in unserem Programm. Damit wurde auch den nebulösen Reformprojekten zur Verbesserung des Verkehrswesens im Kapitalismus eine Absage erteilt, womit allerhand falsche Freunde der Arbeiterklasse und des Volkes (von den DGB-Führern über die DKP, die Spontaneisten bis hin zur Gruppe Rote Fahne) den Kampf verzetteln wollten.

Am Samstag, den 11. Mai, wurde auf Initiative der Fahrpreiskomitees bereits eine erste Demonstration mit 3 000 bis 4 000 Teilnehmern durchgeführt. Sie war der Auftakt zu einer intensiven Kampagne, in welcher es darauf ankommen wird, breite Volksmassen zu bewegen, ihren Willen unübersehbar zum Ausdruck zu bringen – bis die Fahrpreiserhöhung zu Fall gebracht ist. Möglicherweise wird dieser Kampf, wie schon der Kampf für Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit im Februar / März, erneut in den Brennpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit rücken.

–G.K., Ffm–

SPENDENLISTE VOM 20. APRIL BIS 10. MAI

B.Z., Kiel	60,– DM
KBW-Sympathisantengruppe Weingarten	60,– DM
H.C., Heidelberg	300,– DM
KBW-Sympathisantengruppe Konstanz	83,30 DM
Sammlung von E.C., Bremen	66,90 DM
KHI Bochum	300,– DM
J.Tr., Wilhelmshaven	15,– DM
KSB Clausthal-Zellerfeld	71,– DM
H.L.K., Münster	40,– DM
KBW-Sympathisantengruppe Friedrichshafen	170,– DM
Lehrergruppe Westberlin	1 000,– DM
KSG Herne	43,14 DM
KBW-Sympathisantengruppe Weingarten	60,– DM
Schulungsgruppe Universität Münster	100,– DM
Kommunistische Gruppe Krefeld	36,– DM
K., Frankfurt	190,– DM
I.K., Opladen	50,– DM
Sammlung im Buchladen Göttingen	300,– DM
KSB Zelle SoWi, Göttingen	400,– DM
KSB Göttingen	450,18 DM
KBW-Sympathisantengruppe Wolfenbüttel	60,– DM
S.B., Bremen	30,– DM
Ortsgruppe Delmenhorst	50,– DM
D.R., Wanne-Eickel	200,– DM
Spende Buchladen, Hamm	10,– DM

IN BADEN-WÜRTTEMBERG WIRD ES IN RUND 300 KRANKENHÄUSERN KEINE FRISTENLÖSUNG GEBEN!

Noch bevor die Fristenlösung endgültig verabschiedet ist, ist klar, daß in Baden-Württemberg von den 689 Krankenhäusern nach Schätzungen 300 Krankenhäuser keine Abtreibung vornehmen werden. Es sind dies alle katholischen Krankenanstalten, die meisten evangelischen und alle diejenigen kommunalen Krankenhäuser, in deren politischen Trägergremien die CDU die Mehrheit hat.

Um die Bevormundung des Volkes durch Kirchen und Krankenhäuser zu verhindern, müssen die Krankenhäuser in die Hand von selbstverwalteten Krankenkassen!

H.D., Heidelberg

Sozialwahlen

VOLLSTÄNDIGE SELBSTVERWALTUNG DER VERSICHERTEN

Wenn sich die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen von den übelsten Auswirkungen von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter im Kapitalismus wirksam schützen wollen, brauchen sie die Sozialversicherungen, die sie selbst verwalten. Sie brauchen solche Versicherungen, die nicht auf dem Schleichweg der Beiträge den Lohn abbauen, sondern die von den Kapitalisten bezahlt werden. Bis zum 26. Mai finden Wahlen zu den sogenannten Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungen statt. Der DGB hat dazu Listen aufgestellt. Auf die Aufstellung dieser Listen hatten die Gewerkschaftsmitglieder keinen Einfluß. Selbst die Wahl der Listen kann nur ein Teil der Versicherten durchführen. Denn nur in 38 von 2 100 Wahlkreisen der Versicherungen finden überhaupt Sozialwahlen statt, fast ausschließlich für die Angestellten. Die Arbeiter werden – mit ganz wenigen Ausnahmen – gar nicht gefragt (sogenannte Friedenswahl, siehe KVZ Nr. 6/74). Trotzdem versucht die DGB-Führung mit großem Aufwand die Illusion zu verbreiten, durch die Teilnahme an den Sozialwahlen könnten die Versicherten sich selbst verwalten.

Richtig ist aber, daß die derzeitigen "Selbstverwaltungsorgane" auf die Festsetzung der Renten, die gesetzlich garantierten Leistungen der Krankenkassen, auf ein wirksames Unfallverhütungs- und Versorgungssystem überhaupt keinen Einfluß haben. Das alles haben die Kapitalisten durch die Reichsversicherungsordnung (RVO) und ergänzende Gesetze unter ihrer Kontrolle, und ihre staatlichen Versicherungsaufsichtsämter wachen darüber, daß es so bleibt. Obendrein sitzen die Kapitalisten noch mit 50 % der Stimmen (Ausnahme: Ersatzkassen) in diesen "Selbstverwaltungsorganen".

Was heißt das für diejenigen, die 1974 bei den ‚Sozialwahlen mitmachen können? Es heißt, daß sie die DGB-Listen wählen, weil sie in den Gewerkschaften ihre Forderung durchsetzen und nicht in irgendwelchen Wahlvereinen, die um die Stimmen der Versicherten buhlen. Die Arbeiterklasse und die anderen Lohnabhängigen müssen den politischen Kampf für die Forderung aufnehmen: Vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen. Wir werden sicher gerade in den Gewerkschaften die Mitglieder für diese Forderung gewinnen. Sie werden die Listen nicht deshalb wählen, weil auf ihnen schon die richtigen Kandidaten aufgestellt sind. Denn die kennen sie gar nicht, die verstecken sich hinter Brief- und Friedenswahl. Die versuchen, möglichst viele der über 40 000 Posten in den Vertreterversammlungen zu ergattern. Sie wählen die Gewerkschaftslisten deshalb, weil dann Vertreter in den Versicherungen sitzen, die sie als Gewerkschaftsmitglieder zur Rechenschaft ziehen. Sie werden sie zwingen, zu den Forderungen Stellung zu beziehen, daß die Kapitalisten aus den Versicherungen verschwinden, daß die Reichsversicherungsordnung weg muß, daß die staatlichen Versicherungsaufsichtsämter aufgelöst werden und die Kapitalisten die Beiträge bezahlen müssen. Sie werden auf allen gewerkschaftlichen Ebenen den Kampf darum führen, daß in Zukunft Kandidaten von den Mitgliedern selbst aufgestellt werden, die im Auftrag der Kollegen handeln und jederzeit Rechenschaft darüber ablegen.

– W.B., Arbeitskreis Sozialwahlen,
GUV Heidelberg / Red. –

Berichte zum 1. Mai

Im Laufe des letzten Jahres hat die Arbeiterbewegung in zahlreichen Kämpfen gegen die Kapitalisten und gegen den bürgerlichen Staat als Arbeitgeber einen breiten Aufschwung genommen. Dieser Aufschwung der spontanen Arbeiterbewegung hat sich auch in den diesjährigen Maidemonstrationen in der BRD und in Westberlin ausgedrückt, konnte sich jedoch hier keineswegs voll entfalten. Woran liegt das? Die Gewerkschaftsführung hat alles in ihrer Kraft liegende getan, um machtvolle gewerkschaftliche Maidemonstrationen zu verhindern. Auf der anderen Seite hat die spontane Arbeiterbewegung erst in geringem Umfang zu einer Neubelebung der gewerkschaftlichen Organisation auf den unteren Ebenen, d.h. vor allem in den Betrieben geführt, von wo aus selbständige gewerkschaftliche Initiativen ausgehen können. Die politische Organisierung der Arbeiterklasse durch die Kommunisten und die Verankerung der Kommunisten in der Arbeiterklasse ist noch lange nicht so weit fortgeschritten, daß die Kommunisten einen großen Teil der spontanen Arbeiterbewegung selbständig mobilisieren könnten.

So ist es erklärlich, daß zwar die Maidemonstrationen meistens von richtigen Parolen geprägt waren, daß die Mehrzahl der Demonstranten an diesem 1. Mai hinter roten Fahnen marschierte, daß aber die Beteiligung an den Demonstrationen oft noch relativ gering war, wenn man bedenkt, welche Arbeitermassen im letzten Jahr in Bewegung gekommen sind.

Westberlin: Nachdem sich die letzten Jahre über die DGB-Führung am 1. Mai vor den Kollegen in den Saal vor geladenen Gästen mit Festtagsreden und Schlagersängern zurückgezogen hat, war sie dieses Jahr von der erstarkten Bewegung innerhalb der Arbeiterklasse und der Volksmassen gezwungen, zur Straßendemonstration aufzurufen, um nicht gänzlich ihr Gesicht vor den Kollegen zu verlieren und um letzte Positionen abzusichern.

Mit ungefähr 80 000 Teilnehmern wurde es die größte Mai-Demonstration in diesem Jahr.

Mit der Parole "Überall die Straße nicht den Kommunisten", mit Parolenprüfungskommissionen, Ausbildung von 600 Ordnern durch die Bereitschaftspolizei und gezielten Falschmeldungen in der Presse versuchte die DGB-Führung die Mai-Demonstration in ihre Hand zu bekommen.

Doch diese Tricks und taktischen Winkelzüge nützten ihr nichts. Auf Vertrauensleute-, gewerkschaftlichen Betriebsgruppen-, Jugendgruppen-, gewerkschaftlichen Abteilungsversammlungen und Mitgliederversammlungen wurden selbständige Forderungen aufgestellt und beschlossen, diese Forderungen auf der Demonstration mitzutragen. Im Zentrum der beschlossenen Forderungen stand dabei: Für kampfstarke, klassenbewußte Einheitsgewerkschaften – Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

War es schon ein Erfolg gewesen, daß die DGB-Führung wieder eine Straßendemonstration durchführen mußte, so war die Mai-Demonstration selbst ein klarer Sieg über die bürgerlichen Machthaber und Klassenversöhnler in der Gewerkschaft. Die überwiegende Mehrheit demonstrierte unter roten Fahnen und eigenständigen klassenkämpferischen Parolen.

Die offiziellen, von bezahlten Trägern getragenen Transparente gingen in der Demonstration völlig unter und erschienen überhaupt nur an den zwei Stützpunkten der SPD innerhalb der Demonstration.

Die Rede des reaktionären Berliner DGB-Vorsitzenden Sickert ging in Pfiffen und Sprechchören unter und war überhaupt nur im Radio, nicht aber auf dem Platz zu verstehen.

Diese Demonstration der Einheit, Selbständigkeit und des Vertrauens in die eigene Kraft gilt es nun zu befestigen und auszubauen im Vertrauensleutekörper, Betriebsrat und anderen Ebenen der Gewerkschaft, in der Vorbereitung der selbständigen Streikführung, im Zusammenschluß gegen die Kapitalisten und ihren Staat, im Kampf für die Rechte und den Sieg des Sozialismus.

DIE CDU MUSSTE EINE VÖLLIGE SCHLAPPE EINSTECKEN

Eine völlige Niederlage erlitten die CDU und die Junge Union, die versuchten, unter der Losung "Für eine humane Gesellschaft – gegen Marxismus und Klassenkampf!" in die Demonstration einzudringen. Mit Sprechchören "Die CDU am 1. Mai ist die reinste Heuchelei!" wurden sie schnell und entschlossen nach rechts raus in eine Seitenstraße abgedrängt. Sie zogen es dann vor, auf eigenen Pfaden zu wandeln und marschierten abseits von den Massen allein zum Wittenbergplatz.

DIE SPALTERPOLITIK DER SEW

Die SEW rief dieses Jahr zu einer eigenständigen Mai-Demonstration zur gleichen Zeit wie die Gewerkschaftsdemonstration auf, zu der auch die Gruppe um den "Arbeiterkampf" aufrief. Mit dieser Spalterpolitik erlitt sie eine Niederlage; etwa 15 000 demonstrierten mit der SEW. Viele von ihnen werden sich jetzt fragen und von ihren Kollegen gefragt werden, wie es die über ein Dutzend ÖTV-Betriebsgruppen und Fachgruppen in einem offenen Brief an die Mitglieder und Sympathisanten getan haben, welcher Politik sie da gefolgt sind und ob eine solche Politik dazu in der Lage ist, die Einheit und Selbständigkeit der Arbeiterklasse zu fördern und zu entwickeln und ihr zum Sieg über die Kapitalistenklasse und ihren Staat zu verhelfen. Zu einer selbstkritischen Einschätzung ist die SEW-Führung auch nicht in der Lage. In der "Wahrheit" verfälscht sie grob die Zahlen und verschweigt den großen Erfolg der DGB-Demonstration. In den DDR-Nachrichten wird die DGB-Demonstration erst gar nicht erwähnt.

An der Anschlußdemonstration des KBW nahmen über 2 000 teil. Auf der Maiveranstaltung am Vorabend hatten wir uns ungenügend darauf vorbereitet, wie wir möglichst viele Kollegen auf der DGB-Kundgebung mit unseren Kräften erreichen können.

Völlig isoliert hat sich die Gruppe Roter Morgen; aufgrund ihrer absurden Einschätzung, der DGB sei genauso ein imperialistischer Apparat wie die Bundeswehr, hatte sie nicht zur Teilnahme an der DGB-Demonstration aufgerufen und demonstrierte mit etwa 500 bis 600 Menschen im Wedding. Auch der Einfluß der Gruppe Rote Fahne (KPD), die im Wedding die "Parteidemonstration" durchführte, ist gegenüber dem letzten Jahr zurückgegangen. Um 3 000 Menschen demonstrierten mit ihr. / Kommunistische Gruppe Westberlin (Sympathisanten des KBW)

Hamburg: Auf Hamburg hatte die DGB-Führung diesmal den Schwerpunkt gelegt. Auf der Kundgebung sollten Brandt und Vetter reden. Die Hamburger Arbeiter sollten den Resonanzboden für ihre Selbstlob-Reden abgeben. Daraus wurde nichts. Sowohl die als "Jugenddemonstration" geplante Mai-Demonstration als auch die Kundgebung geriet den sozialdemokratischen Führern aus den Händen. An der Mai-Demonstration nahmen rund 15 000 Menschen teil, die übergroße Mehrheit unter klassenkämpferischen Parolen und mit roten Fahnen. Es gelang den Ordnern auch keineswegs, irgendwelche richtigen Parolen aus der Demonstration draußen zu halten, weil sie bei diesem Vorhaben keine Unterstützung bei den Teilnehmern der Demonstration fanden.

Nur 5 000 bis 6 000 Menschen waren direkt zur Kundgebung gegangen, so daß die Teilnehmer an der Demonstration auch die Mehrheit der Teilnehmer der Kundgebung bildeten. Unter diesen Umständen war es auch dort nicht möglich, irgendwelche richtigen Parolen abzudrängen, wie es ursprünglich geplant war. Brandt erntete von einem Teil der Kundgebungsteilnehmer Pfiffe und Sprechchöre gegen seine Politik, Beifall erntete er kaum. Schon während seiner Rede zogen die Leute ab. Das war erst recht bei Vetter der Fall. Die sozialdemokratischen Führer mußten an diesem 1. Mai erfahren, daß sie aus der Arbeiterklasse kaum noch aktive Unterstützung erhalten. Nach Beendigung der Kundgebung der DGB-Führer bildete sich ein Demonstrationszug einer Aktionseinheit der Gruppe Rote Fahne und des Kommunistischen Bundes Nord, der mit ungefähr 2 000 Teilnehmern abzog. Die Ortsgruppe des KBW führte in unmittelbarer Nähe der DGB-Kundgebung eine eigene Kundgebung durch, an der ein fester Kern von 1 000 Menschen und zeitweise bis zu 2 000 Menschen teilnahm. Die Vorbereitung der Kundgebung durch die Ortsgruppe hatte darunter gelitten, daß sie nicht rechtzeitig ihr Vorgehen öffentlich dargelegt hatte, wodurch sie zeitweise die Initiative gegenüber der Gruppe Rote Fahne und dem Kommunistischen Bund Nord verloren hatte.

Am 30. April hatte die Ortsgruppe eine Mai-Veranstaltung durchgeführt, an der rund 400 Menschen teilnahmen. Neben anderen Rednern sprach dort auch der Genosse Willfried Maier, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Zentralen Komitees.

Bremen: Am 1. Mai fand auf dem Domshof eine DGB-Kundgebung mit etwa 5 000 Teilnehmern statt, d.h. erheblich weniger Teilnehmer als in den Jahren davor, wo der DGB noch die traditionelle Mai-Demonstration durchgeführt und breiter mobilisiert hatte. Der Kundgebungsplatz war dominiert von roten Fahnen und Transparenten mit den Parolen des Mai-Aufrufs und anderen klassenkämpferischen Forderungen. Auf der DGB-Kundgebung sprach ein SPD-Betriebsratsvorsitzender, der im wesentlichen die "Chaoten und ihre Anhänger", also die Mehrheit der Kundgebungsteilnehmer, diffamierte, unseren Rausschmiß aus denGewerkschaften forderte und Lügen verbreitete, wir würden zur Maschinenstürmerei aufrufen (der größte Teil dieser Hetze ging unter in Pfiffen und Parolen gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse etc.); anschließend sprachen der DGB-Kreisvorsitzende Erwin Schmidt und der SPD-Bürgerschaftspräsident Klink über Mitbestimmung und das Grundgesetz und die Feinde von rechts und links; auch sie wurden an vielen Stellen ihrer Reden durch Sprechchöre unterbrochen und ausgepfiffen. Nach diesem Gerede wurde die Kundgebung für beendet erklärt. Als die DGB-Führer die Kundgebung für beendet erklärt hatten, formierte sich die Mehrheit der Kundgebungsteilnehmer, zwischen 2 500 und 3 000 Menschen, unter dem Ruf "Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!" zur Demonstration des KBW, zum großen Teil Arbeiterjugendliche, aber auch viele ältere Kollegen. Die Bremer DKP-Führer konnten nicht verhindern, daß sich viele DKP-Anhänger (deutlich erkennbar an der DKP-Maiplakette) in den Demonstrationszug des KBW einreihten, obwohl sie versuchten, ihren Block zusammenzuhalten.

Bremen-Nord: Hier beteiligten sich an der traditionellen gewerkschaftlichen Mai-Demonstration mehr als 1 500 Kollegen, weniger als im letzten Jahr. Im Block der Vulkan-Kollegen wurden die Hauptparole und andere Parolen des KBW-Maiaufrufs mitgeführt.

Im Anschluß führten unsere Genossen mit höchstens 250 Teilnehmern eine KBW-Kundgebung auf einem nahegelegenen Platz durch.

Die zentralen Veranstaltungen zum 1. Mai waren erfolgreich: In der Stadthalle Bremen über 800 Teilnehmer, bei etwa 150 abgewiesenen Menschen; in Nord 80 bis 100 Teilnehmer, d.h. über den Kreis der Organisierten und Sympathisanten hinaus.



Bei der Maiveranstaltung der Kommunistischen Gruppe Westberlin, die eng mit dem KBW zusammenarbeitet, war der 2 500 Personen fassende Saal voll besetzt.

KIEL: Auf Druck der Kollegen hatte der DGB-Kreisvorstand in Kiel statt der sonst üblichen Saalfeier vor geladenen Gästen im Kieler Schloß erstmals wieder zu einer öffentlichen Kundgebung aufgerufen. Zugleich wurde dem Kreisjugendausschuß ein "Anmarsch" (von einer "Demonstration" mochte der Vorstand nicht sprechen) zum Kundgebungsplatz genehmigt. Die Ortsaufbaugruppe Kiel des KBW hatte alle Kollegen dazu aufgerufen, unter selbständigen Losungen an dieser Demonstration teilzunehmen. In einer Veranstaltung am 30. April, zu der rund 350 Menschen kamen, hatten wir die Aufgaben, die sich der Arbeiterklasse in unserem Land stellen, noch einmal erläutert.

Obwohl die örtlichen Gewerkschaftsfürsten alles unternommen hatten, um eine breite Mobilisierung unter klassenbewußten Losungen durch den Kreisjugendausschuß zu unterbinden (ein Flugblatt des Kreisjugendausschusses mit Parolen gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz und für die Solidarität mit den unterdrückten Völker wurde nicht genehmigt; in der Öffentlichkeit schwieg der Vorstand die Demonstration völlig tot), nahmen dennoch rund 1 000 Menschen an der Demonstration teil. Der größte Teil reihte sich unter unseren Transparenten in den Zug ein.

Unmittelbar anschließend an die offizielle DGB-Kundgebung führten wir eine eigene Abschlußkundgebung durch, die sich die meisten Teilnehmer des Demonstrationszuges und auch ein großer Teil der rund 200 bis 300 meist älteren Kollegen anhörten, die später zur DGB-Kundgebung gekommen waren.

Insgesamt war dieser 1. Mai eine Niederlage für die Kieler DGB-Führer und insbesondere den Kreisvorsitzenden Willi Kuster, der vorher noch große Töne gespuckt hatte, wie man die "Chaoten" ausschalten wollte. Stattdessen bestimmten klassenkämpferische Losungen eindeutig das Bild dieses 1. Mai. / Ortsaufbaugruppe Kiel

EMDEN: An der gewerkschaftlichen Mai-Demonstration nahmen über 2 000 Menschen aus Emden und Norden teil, obwohl (zumindest in Norden) von der Gewerkschaft kaum dazu mobilisiert worden war. Vor Beginn der Demonstration fand eine Kundgebung des DGB statt, auf der eine Kollegin aus dem Kreisjugendausschuß sowie ein SPD-Landtagsabgeordneter sprachen.

Die Rede der Kollegin aus dem Kreisjugendausschuß fand viel Beifall. Sie sprach über die Notwendigkeit, die in den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen zum Jugendarbeitsrecht durchzusetzen und wandte sich gegen den Abbau von Lehrstellen. Außerdem erinnerte sie an den Militärputsch in Chile, der auch den westdeutschen Werktätigen eine Lehre sein müsse.

Die anschließende Rede des SPD-Abgeordneten Bruns lobte zunächst die Leistungen der westdeutschen Wirtschaft. Dann verleumdete er ausgiebig die Kommunisten, insbesondere den KBW.

Während er zu Anfang seiner Rede kaum Beifall bekam, klatschten nach dem letzten Teil eine ganze Anzahl von Kollegen. Nach unserer Ansicht zeigt das, daß es zwar auf der einen Seite Bruns nicht gelungen ist, die Unzufriedenheit und die berechtigten Forderungen vieler Kollegen durch sein Geschwafel zu zerreden, daß er es aber andererseits noch geschafft hat, die Kommunisten ziemlich zu isolieren. Das hat er aber nur deswegen gemacht, weil er verhindern will, daß immer mehr Kollegen erkennen, daß die Kommunisten als einzige einen wirklichen Weg für die Zukunft der Werktätigen zeigen können: den Kampf für die Rechte des Volkes und den Sozialismus.

Unter diesen Forderungen demonstrierten etwa 90 Menschen. Während der Demonstration konnten wir mit vielen Kollegen diskutieren und über 140 Kommunistische Volkszeitungen sowie eine Anzahl von Programmen des KBW verkaufen. In vielen Gesprächen am Straßenrand und in der Demonstration konnten wir entgegen den Verleumdungen des SPD-Abgeordneten Bruns klarmachen, was die Kommunisten wirklich wollen. / Kommunistische Gruppe Norden/Emden (Sympathisanten des KBW)

NEUMÜNSTER: An einer DGB-Maidemonstration unter den Parolen des Kreisjugendausschusses nahmen 500, dabei viele ältere Kollegen, teil. 800 waren auf der Kundgebung. Am Abend machten Sympathisanten des KBW eine Veranstaltung zur Politik des KBW und den örtlichen Problemen.

OLDENBURG: Etwa 80 Menschen besuchten unsere Mai-Veranstaltung. Es war die erste breiter angekündigte Veranstaltung der Ortsaufbaugruppe.

Zu einer gewerkschaftlichen Mai-Demonstration kam es wie schon seit zwei Jahren nicht. Dem Kreisvorstand des DGB gelang es, jede Initiative, ja jede Diskussion dadurch abzublocken, daß er schon sehr frühzeitig den Beschluß faßte, keine Demonstration durchzuführen. Wir schätzten unsere Kräfte als noch zu schwach ein für eine selbständige Organisierung einer Demonstration. Der Besuch unserer Mai-Veranstaltung hat uns aber gezeigt, daß unabhängig von Entscheidungen des DGB der nächste 1. Mai auf der Straße begangen wird. / Leitung der Ortsaufbaugruppe Oldenburg

Hannover: Am 1. Mai nahmen über 5 000 an der Demonstration und Kundgebung des DGB teil. Die Züge der Einzelgewerkschaften, die nach dem Willen der Gewerkschaftsführer getrennt auf verschiedenen Wegen zur Kundgebung gingen, waren größtenteils von Transparenten mit klassenkämpferischen Parolen und roten Fahnen bestimmt.

Die Versammlung der 5 000 auf dem Kundgebungsplatz zeigte deutlich, daß an diesem 1. Mai die Zahl der klassenkämpferischen Losungen größer geworden war. Die Reden der Gewerkschaftsführer und des Oberbürgermeisters Schmalstieg über Mitbestimmung und über "unsere politischen Freunde, zu denen wir jetzt stehen müssen" (die SPD), fanden kaum Beachtung und Beifall.

Im Anschluß an die Kundgebung des DGB rief die Ortsgruppe des KBW zu einer selbständigen Demonstration.

Fast 400 Menschen schlossen sich dem Aufruf an und demonstrierten durch die Hannoversche Oststadt.

Diese Demonstration war ein guter Schritt voran für die Arbeit der Ortsgruppe in Hannover.

Northeim: Der DGB führte eine Saalveranstaltung durch. Die Sympathisanten des KBW verkauften dort KVZ und verteilten ein Flugblatt.

DIEPHOLZ: Die Gewerkschaft IG Bau-Steine-Erden rief zu einer Mai-Veranstaltung im Bahnhofshotel Diepholz auf. Die DGB-Jugend und zwei Betriebsgruppen verfaßten ein Flugblatt, das ebenfalls zu dieser Veranstaltung aufrief, aber verboten wurde mit der Begründung, die Gruppen seien nicht ordentlich gemeldet.

Am 1. Mai nun staunten die Kollegen nicht schlecht. Der Inhaber des Hotels ließ niemanden in sein Haus, er wollte einfach die Veranstaltung abblasen, fing an rumzuschreien und warf Plakate des KBW durch die Luft. Er wollte die KVZ-Verkäufer vertreiben und begründete sein Verhalten mit der Frage, ob dies eine Veranstaltung der IG Bau-Steine-Erden oder des KBW sei. Kurz zur Erklärung: Die Sympathisantengruppe des KBW Diepholz hängte überall in Diepholz und Umgebung Plakate des KBW zum 1. Mai auf, mit denen zu der Veranstaltung aufgerufen wurde. Die Kollegen und Genossen drängten darauf, die Veranstaltung stattfinden zu lassen. Der Sprecher der Veranstaltung (Olaf Schwenke, SPD) sah wohl auch nicht ein, daß er für umsonst hierher gefahren sein sollte, so daß er und seine Anhänger schließlich doch hineinkamen. Der Inhaber stellte sich vor die Tür und suchte aus, wer wohl Kommunist sei und wer nicht; da es ihm aber nicht möglich war, wollte er gar keine Jugendlichen hereinlassen, die seien ja doch alle Kommunisten. Letzten Endes kamen doch alle hinein, und der Redner der IG Bau-Steine-Erden wies als erstes auf sein Hausrecht hin, von dem er bei Störungen sofort Gebrauch machen wolle. O. Schwenke wies in seinem Referat auf die großen Leistungen des DGB in seinen 25 Jahren hin und setzte als nächstes Ziel die Humanisierung der Arbeitswelt. Als die Genossen den wahren Charakter der Humanisierungspläne herausstellten, nämlich stärkere Arbeitshetze durch neue, verstecktere Methoden, die einzig und allein den Profit der Kapitalisten steigern, sagte Schwenke: Dies sei das Gerede radikaler Minderheiten, die sich anmaßen würden, für die Arbeiter zu reden. Er bekam allerdings von den Kollegen keinen Beifall, sondern nur von den eingefleischten SPD-lern und den Gewerkschaftsbonzen. Er redete von Demokratie in der Gewerkschaft, und jeder könne dort seine Meinung sagen. Von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen kein Wort. Allein in Diepholz sind vier Gewerkschafter von diesen betroffen.

Als die Diskussion konkreter wurde, beendeten die Bonzen von der SPD und der Gewerkschaft die Veranstaltung, da sie merkten, daß sie nicht mehr glaubwürdig waren. / Sympathisantengruppe des KBW, Diepholz.

Wolfsburg: IGM-Führung reagiert mit 11 Ausschlußverfahren

Wie überall veranstaltete der DGB auch in Wolfsburg eine Maikundgebung, wie man es irrtümlich nannte. Plakatiert und angekündigt als öffentliche Kundgebung unter freiem Himmel, standen lange vor dem Beginn der Veranstaltung DGB-Funktionäre bereit, die die "besonnenen Kollegen" angesichts der mit roten Fahnen und Transparenten erschienen Gewerkschaftsjugend in den Saal des Gewerkschaftshauses dirigierten. Eiligst wurden Ordnertrupps mit weißen Binden versehen, die verhindern sollten, daß Kommunisten in den Saal kommen. Alles war von der DGB-Führung in Wolfsburg sorgsam vorbereitet. Der Kreisvorsitzende des DGB und SPD-Landtagsabgeordnete Simson begann dann auch pünktlich die Veranstaltung zu eröffnen Die "Ordner" standen vor dem Saal bereit, die Gewerkschaftsjugend vor dem Gewerkschaftshaus, auf dem Platz wo die Kundgebung stattfinden sollte. Der schmutzige Streich der rechten SPD- und DGB-Funktionäre ging allerdings in die Hose. Die jungen Gewerkschafter zogen nunmehr geschlossen in den Saal ein und entrollten ihre Transparente mit den Losungen zum 1. Mai. Die Ordner wagten es nicht, auch nur einen davon am Betreten des Saales zu hindern. Mit Ausnahme der Sprecherin der Gewerkschaftsjugend, die sich klar zu den Forderungen der Arbeiterklasse an diesem 1. Mai bekannte, versuchten die Sprecher des DGB die Situation zu verniedlichen, sangen Loblieder auf die geniale Führungsqualität des VW-Bosses Leiding (zur Zeit über 50 000 Kurzarbeiter bei VW!) und erklärten dem Arbeiter, daß doch alles garnicht so schlimm sei und versicherten, daß alles wieder in Ordnung gebracht wird.

Die Gewerkschaftsjugend hatte zur Maidemonstration aufgerufen. Andere Gruppen und Organisationen hatten ihre Teilnahme an der Demonstration für selbstverständlich gehalten und ebenfalls zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. So auch der KBW. Der DGB-Kreisvorsitzende und SPD-Landtagsabgeordnete Simson erklärte, bevor er die Veranstaltung schloß, daß jeder mit Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse rechnen muß, der sich an der Demonstration beteiligt. Von einem rechten Sozialdemokraten, ehemaligen Offizier der Hitler-Wehrmacht, wie dem DGB-Kreisvorsitzenden Simson, ist nichts anderes zu erwarten.

Hier zeigte die DKP, wo sie wirklich steht und wessen Steigbügelhalter sie ist. Mit Fahnen und Transparenten erschienen, standen auch die DKP-Genossen bereit zur Demonstration. Plötzlich ging ein Wort von Mund zu Mund bei den DKP-Klassenkämpfern: "KBW allein lassen – DKP marschiert nicht mit." Auch die mit Fahnen erschienenen ausländischen Arbeitnehmer wurden dahingehend beeinflußt, nicht zu demonstrieren, sie bekämen sonst Schwierigkeiten.

Als der Demonstrationszug der Gewerkschaftsjugend, dem sich die Ortsgruppe des KBW angeschlossen hatte, in Bewegung setzte, blieb die DKP mit eingerollten Fahnen und Transparenten stehen und auch die von der DKP verunsicherten ausländischen Kollegen blieben mit der DKP stehen. Ein alter Wolfsburger Arbeiter sagte treffend: "Jetzt weiß ich wenigstens, wo ich hingehöre, zu denen von der DKP, die hier die Rolle der SPD-Führung der Weimarer Zeit weiterspielen, auf jeden Fall nicht". So klärten sich am 1. Mai in Wolfsburg die Fronten und die Arbeiter haben es registriert. DKP und rechte SPD- und

Berichte zum 1. Mai

Braunschweig: 300 Menschen waren zu der Veranstaltung der Ortsgruppe Braunschweig zum 1. Mai gekommen. Im vollbesetzten Saal des "Haus der Jugend" in Braunschweig spielte zunächst das "Rote Signal", die Agitpropgruppe der Ortsgruppe, Szenen zu einzelnen Forderungen, unter denen am 1. Mai demonstriert wird.

Nach der Kundgebung riefen wir über den Lautsprecherwagen zu der Demonstration des KBW auf, worauf der DGB seine Lautsprecher mit voller Kraft Schlagermusik spielen ließ. Trotzdem hörten die meisten Kollegen uns zu, und 450 reihten sich in die Demonstration ein, die mit einer Kundgebung abgeschlossen wurde.

Hildesheim: Unsere 1. Mai-Veranstaltungen fanden gute Zustimmung, zum Entsetzen der Polizei. Diese richtete sich an den Besitzer der Gaststätte "Nordkrug", in der wir unsere Veranstaltung am 30.4. durchführen wollten und drohte ihm. Die Gaststätte verbot daraufhin, zwei Stunden vor Beginn, die Veranstaltung. Wir mußten in aller Eile eine neue Gastwirtschaft auftreiben. Dennoch wurde die Veranstaltung ein Erfolg. 100 Kollegen waren erschienen.

Für den 1. Mai hatte der DGB eine Kundgebung auf dem Marktplatz angekündigt, zu der der niedersächsische Wirtschaftsminister Greulich geladen war. Es war eine Versammlung, die mit zirka 300 bis 400 Kollegen viel schlechter besucht war als die des Vorjahres. Der Vorsitzende der Ortsverwaltung des DGB, Rottluff, betonte in mehreren Varianten: "Dieser Staat ist unser Staat", und beide Redner lobten die Erfolge der niedersächsischen SPD.

Zwischenrufe wie "Es gibt in Hildesheim 5 000 Arbeitslose!" paßten nicht in das SPD-Wahlkampfkonzept beider Redner. Zum Abschluß seiner Rede forderte Rottluff alle Kollegen auf, den Marktplatz umgehend zu verlassen und nicht den "Chaoten" zuzuhören. Zuvor hatten sie bereits den Ortsjugendausschuß der IGM und die Jugendgruppe der IG Druck und Papier bearbeitet: jeder Kollege, der sich unter die Transparente des KBW einreihen würde oder gar auf dessen Veranstaltungen gehen würde, bekäme umgehend seinen Ausschlußantrag. Tatsächlich ließen sich noch viele Kollegen durch solche Methoden einschüchtern. Aber der Marktplatz ging nicht so ohne weiteres leerzufegen. Der KBW improvisierte sofort nach der DGB-Kundgebung eine Veranstaltung. Es sammelten sich sehr schnell viele Menschen um den Redner.

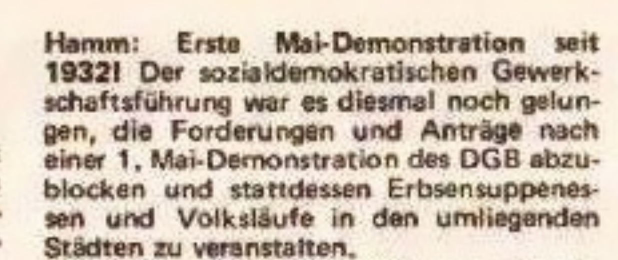
Osnabrück: An der Demonstration des KBW nahmen 500 Menschen teil. Davon war ein großer Teil von ausländischen Kollegen. Dies war eine der größten Demonstrationen in den letzten Jahren am Ort.

Vor der Demonstration hatten viele der Demonstranten an der DGB-Kundgebung teilgenommen, auf der Kreisvorsitzender Nettelstroth gegen den KBW wetterte und alle Gewerkschafter aufforderte, dessen Veranstaltungen nicht zu besuchen. Mit seinen Worten stieß er auf keine Begeisterung der Anwesenden.

Viele Kollegen waren nicht gekommen, da der Kreisvorstand sich wie jedes Jahr in den Saal zurückgezogen hatte.

Die Ortsgruppe des KBW hatte bereits am Montag vor dem 1. Mai eine Veranstaltung durchgeführt, an der 110 Personen teilnahmen. Auf der Veranstaltung sprach der Genosse Jockel Detjen, Mitglied des ZK des KBW und Sekretär der Ortsleitung Osnabrück. Es herrschte große Einheit darüber, daß es die Aufgabe der Kommunisten am Ort ist, am 1. Mai eine Demonstration durchzuführen.

Göttingen: Die DGB-Führung setzte alles daran, den Rückzug in den Saal vorzubereiten. Während der Demonstration, an der annähernd 3 000 Menschen teilnahmen, versuchte sie, die klassenkämpferischen Transparente zu entfernen. Dies mußte scheitern, weil die Demonstration durch diese Transparente und die entsprechenden Sprechchöre geprägt war. Die Rede eines Vertreters des Kreisjugendausschusses (KJA) für die Kundgebung hatte die DGB-Führung derart zusammengestrichen, daß sich der KJA weigerte, diese Rede noch in seinem Namen vortragen zu lassen. Als Hauptredner trat der zweite Bundesvorsitzende der GEW auf, der eine dermaßen langweilige SPD-Wahlrede hielt, daß er den Platz schnell um die Hälfte leergeredet hatte. Buhrufe, Pfiffe und Zwischenrufe wie "Aufhören" waren die Quittung für diese "Regierungserklärung", wie ein Kollege die Rede treffend bezeichnete. Nach Beendigung dieser Kundgebung führte die Ortsgruppe des KBW eine eigene Kundgebung durch, in der endlich auf die brennenden Fragen des Klassenkampfes eingegangen wurde. 1 000 bis 1 200 Menschen nahmen an dieser Kundgebung teil. Danach bildeten sich auf dem ganzen Platz den ganzen Nachmittag über Diskussionsgruppen.



Hamm: Erste Mai-Demonstration seit 1932! Der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung war es diesmal noch gelungen, die Forderungen und Anträge nach einer 1. Mai-Demonstration des DGB abzublocken und stattdessen Erbsensuppenessen und Volksläufe in den umliegenden Städten zu veranstalten.

Doch die 1. Mai-Demonstration, zu der die Ortsaufbaugruppe des KBW aufgerufen hat, zeigt, daß die Hammer Arbeiter den 1. Mai wieder zu dem machen, was er immer war: internationaler Kampftag der Arbeiterklasse. 60 Kolleginnen und Kollegen, darunter viele junge Arbeiter, demonstrierten vom DGB-Haus ab unter zahlreichen Parolen für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes und für den Sieg des Sozialismus. Viele Menschen, die im Hammer Arbeiterviertel im Westen aus den Fenstern sahen, begrüßten diese klassenkämpferische 1. Mai-Demonstration. Obwohl nur wenige auf der Straße waren, wurden 45 Kommunistische Volkszeitungen verkauft. – K.S., Ortsaufbaugruppe Hamm

Bochum: Am 30. April führte das Kommunistische Kollektiv Bochum (Sympathisanten des KBW) eine Maiveranstaltung durch, die von fast 200 Menschen besucht wurde. Auf der Veranstaltung hielt der Genosse Hans-Jörg Hager, Mitglied des ZK des KBW, ein Referat. Das Kommunistische Kollektiv Bochum hatte zur Teilnahme an der DGB-Demonstration aufgerufen. Nach Beendigung der DGB-Kundgebung sollte eine eigene Kundgebung durchgeführt werden.

An dem DGB-Sammelplatz erschienen rund 800 Menschen, viele mit klassenkämpferischen Parolen und roten Fahnen. Das war der DGB-Führung zuviel. Sie sagte die Demonstration ab und fuhr mit dem Auto zum Kundgebungsplatz. Die Demonstration fand dennoch statt. Nach Ende der DGB-Kundgebung fanden zwei weitere Kundgebungen statt, eine Kundgebung der Gruppe Rote Fahne, der KG Bochum und der Gewerkschaftsoppositionellen Gruppe und eine Kundgebung des Kommunistischen Kollektivs, die allerdings unter schlechter Vorbereitung litt.

Dortmund: Von den drei Demonstrationszügen, die der DGB zur Kundgebung im Westfalenpark organisiert hatte, war derjenige vom Postscheckamt der herausragende. Ursprünglich als isolierter Jugendblock geplant, waren zu diesem Zug auch Kollegen aus den ÖTV-, GEW- und HBV-Bereichen gekommen. Auch Kollegen von der Konkursfirma Pohlschröder reihten sich mit dem Transparent "1 700 Pohlschröder-Kollegen fordern Sicherung der Arbeitsplätze" ein. Mehr als die Hälfte der über 1 000 Demonstranten erschien unter roten Fahnen und fortschrittlichen Parolen wie "Für Streikrecht im öffentlichen Dienst", "Weg mit den Berufsverboten", "Weg mit der Friedens- und Schweigepflicht". Die Falken wandten sich mit der Parole "Weg mit der Mitbestimmung – wir fordern Selbstbestimmung" gegen die von den Gewerkschaftsführern aufgestellte Losung der "paritätischen Mitbestimmung". Genossen und Freunde des KBW trugen die Forderungen "Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen" und "Für kampfstarke, klassenbewußte Einheitsgewerkschaften" in die Demonstration hinein.

Die SPD-Fraktion war soweit in die Defensive gedrängt, daß sie in dem zweiten Demonstrationszug von der Westfalenhütte aus ihre "reine" Linie der Klassenzusammenarbeit nur mit Gewalt durchsetzen konnte. Der erste Bevollmächtigte der IGM-Verwaltungsstelle Dortmund, Werner Dietrich, leitete persönlich den Einsatz von Polizei und Ordnern gegen alle, die fortschrittliche Parolen und rote Fahnen trugen, um sie aus der Demonstration hinauszudrängen. So blieben sie dann mit einem Häuflein von 300 meist organisierten Sozialdemokraten und DKP-Mitgliedern unter sich.

Die Kundgebung, die die Ortsaufbaugruppe Dortmund im Anschluß an die DGB-Kundgebung veranstaltete, faßte die positive Entwicklung der Dortmunder Arbeiterbewegung in den letzten Monaten nochmals zusammen und wies den zukünftigen Weg: "Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes – vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!"

Auf der Maiveranstaltung am Vorabend hielt der Sekretär des Zentralen Komitees des KBW, J.Schmierer, vor 200 Anwesenden ein Referat, in dem er das Programm des KBW erläuterte und es in den Zusammenhang der Volkskämpfe stellte. Genossen der Ortsaufbaugruppe berichteten über die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes und die Politik unserer Organisation am Ort. Etwa 30 Mitglieder der Gruppe Rote Fahne (KPD) versuchten erfolglos, durch lautes Geschrei die Veranstaltung in die Hand zu bekommen. Wir werden uns trotz ihres Verhaltens nicht abhalten lassen, sie auch weiterhin politisch zu kritisieren.

Die Politik der Ortsaufbaugruppe Dortmund hat einen Erfolg gezeigt und so wird der 1. Mai 1974 eine gute Grundlage für unsere weitere Arbeit sein.

—Ortsleitung der OAG Dortmund—

Bielefeld: Am 30. April hatte die Ortsaufbaugruppe Bielefeld des KBW eine Maiveranstaltung durchgeführt, zu der etwa 100 Teilnehmer erschienen waren. Das Hauptreferat hielt Jockel Detjen, Mitglied des ZK des KBW.

Zum 1. Mai hatte der DGB zu einer gewerkschaftlichen Jugenddemonstration aufgerufen. Die Ortsaufbaugruppe hatte zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. Sie hatte die Forderungen, die auf der Demonstration auf Transparenten und in Sprechchören erscheinen sollten, vorher breit propagiert. Wir bildeten bei der Demonstration nicht einen Block, sondern gingen mit unseren Transparenten und Sprechchören in den gesamten Zug, in dem wir uns in drei Gruppen aufteilten. An der Demonstration nahmen zirka 1 500 Menschen teil. Dies ist sehr viel, und es war die größte Demonstration, die seit Jahren in Bielefeld stattfand. Der einheitliche Zug war absolut von fortschrittlichen Forderungen beherrscht.

Essen: An der DGB-Demonstration nahmen rund 3 000 teil. Auf der Demonstration wurden viele klassenkämpferische Parolen mitgeführt, wenn auch sehr unterschiedlichen Charakters. Von der DGB-Führung eingesetzte Ordner, vor allem DKP-Mitglieder, versuchten gegen diese Parolen vorzugehen. Einige dieser Ordner versuchten sogar, die Polizei in die auf ihre Angriffe notwendig folgenden Auseinandersetzungen hineinzuziehen. Mit diesen Leuten wird es sicherlich nicht gut ausgehen, wenn sie so weitermachen.

Die Kommunistische Gruppe Essen (Sympathisanten des KBW) hatte mit eigenen Transparenten an der Demonstration teilgenommen. Am Abend vor dem 1. Mai hatte sie eine Veranstaltung durchgeführt,

hatte sie eine Veranstaltung durchgeführt,
wozu rund 25 Teilnehmer erschienen waren.

Maidemonstration in Braunschweig

Maidemonstration in Braunschweig

es registriert. DKP und rechte SPD- und
DGB-Funktionäre Hand in Hand sabotierten die Demonstration zum 1. Mai in Wolfsburg. Gewerkschaftsjugend, Kommunistischer Bund Westdeutschland und andere Gruppen und Sympathisanten demonstrierten trotz Drohungen mit Unvereinbarkeitsbeschluß-Anwendung und der spalterischen Haltung der DKP für die Interessen der Arbeiterklasse. . .

Heinz Richter, Wolfsburg

Wolfsburg: Sofort nach dem 1. Mai machte die Gewerkschaftsführung ihre Drohung von der Saalveranstaltung wahr. 11 Kollegen bekamen von der IGM-Ortsverwaltung ein Ausschlußverfahren wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten. Besonders betroffen sind unter anderem die Veranstaltungsrednerin R.Schiwy, Mitglieder des KJA-DGB und des OJA-IGM, sowie Jugendvertreter von VW, aber überraschenderweise nicht V.Ducke (siehe hierzu Korrespondenz zu den Jugendvertreterwahlen bei VW).

Seesen: Am 30. April fand in Seesen eine 1. Mai-Veranstaltung statt. Zu dieser Veranstaltung hatte der Seesener Teil der Ortsaufbaugruppe Clausthal-Zellerfeld/Seesen und die Kommunistische Schülergruppe Seesen aufgerufen. Zur Vorbereitung verteilten wir Flugblätter mit dem Mai-Aufruf des ZK des KBW in der Stadt und vor den Betrieben und die Schülergruppe gab eine "Extra-Schülerzeitung" heraus, die konkret auf die Situation der Schüler am Gymnasium Seesen einging und die Bedeutung dieses Tages für die Schülerschaft allgemein darstellte.

Auf der Veranstaltung, zu der zirka 40 Personen erschienen waren, wurde ein Referat gehalten, über das schließlich heftig diskutiert wurde. Mit dem Singen der "Internationale" schloß die Veranstaltung.

MÜNSTER: 700 bis 800 waren auf der Maikundgebung, die der DGB zu einem Fest der Klassenversöhnung machen wollte. Sogar der CDU-Oberbürgermeister erhielt das Wort. Darüber war die Empörung groß. An Ort und Stelle wurde eine Abstimmung über Megaphon durchgeführt, bei der sich die Mehrheit für eine anschließende Mai-Demonstration entschied, an der etwa 500 Menschen teilnahmen. Dies ist ein großer Erfolg, für den die Initiative der Kommunistischen Gruppe Münster (Sympathisanten des KBW) entscheidend war. Am Vorabend hatte sie eine Mai-Veranstaltung durchgeführt, an der 250 Menschen teilnahmen und auf der 220 Kommunistische Volkszeitungen verkauft wurden.

Wuppertal: Am 1. Mai fand eine Demonstration statt, die vom Kreisjugendausschuß gegenüber dem DGB-Vorstand durchgesetzt werden konnte. An diesem Demonstrationszug nahmen ungefähr 500 Menschen teil, die sich hauptsächlich unter den offiziellen Hauptlosungen des DGB zusammenfanden. Die Sympathisantengruppe des KBW konnte in Diskussionen mit Gewerkschaftskollegen ihre Losungen erklären und sie als Losungen für die Demonstration einbringen.

Am 29.4. hatte die Polizei eine Veranstaltung der Sympathisanten des KBW gesprengt. Zwei Zivilpolizisten hatten rund 35 uniformierte Polizisten herbeigerufen, woraufhin der Wirt den Saal entzog. Am 30.4. verteilten die Genossen ein Flugblatt, in dem sie diese Vorfälle bekanntmachten und zu einer neuen Veranstaltung aufriefen. Auf dieser Veranstaltung wurde über die Mailosungen diskutiert und beschlossen.

Paderborn. Aufgrund der fehlenden Initiative des DGB, der für den 1. Mai ein Cello-Konzert im Kolpinghaus mit anschließender "Festrede" des früheren CDU-Arbeitsministers von Nordrhein-Westfalen, Konrad Grundmann, veranstaltete, mobilisierte die Kommunistische Arbeiterinitiative, eine Sympathisantenorganisation des KBW, zu einer eigenen Demonstration am 1. Mai.

Wir hatten in der ganzen Stadt mit Plakaten und Flugblättern, die auch vor Schulen, der Hochschule und vor den Betrieben verteilt wurden, geworben. Die DKP und die SJD "Die Falken", die zur Teilnahme an der DGB-Demonstration in Bielefeld aufriefen, versuchten unsere Aktivitäten dadurch zu stören, daß sie unsere Plakate überklebten. Eine öffentliche Auseinandersetzung aber führten sie mit uns darüber natürlich nicht.

Am 1. Mai erschienen zirka 100 Freunde und Genossen am Sammelplatz, von dem die Demonstration ihren Anfang nahm. Sie führte durch ein Stadtviertel, in dem überwiegend Arbeiter wohnen. Zum Abschluß der Demonstration vor dem DGB-Haus hielt der Sekretär der Leitung eine kämpferische Rede, die mit viel Beifall aufgenommen wurde. Anschließend wurde die Internationale gesungen. Wenn man davon ausgeht, daß diese Demonstration zum ersten Mal seit dem Ende des 2. Weltkrieges in Paderborn am 1. Mai stattfand, war sie unbedingt ein Erfolg. – Kommunistische Arbeiterinitiative Paderborn

Mitbestimmung taugt nicht viel - Sozialismus ist das Ziel !

Köln: Die Demonstration und Kundgebung am 1. Mai war diesmal die stärkste seit Jahren. Rund 4 000 Menschen kamen zu der Demonstration, fast 5 000 waren es schließlich bei der Kundgebung des DGB.

Schon die Demonstration machte deutlich, daß dieses Mal die DGB-Führung mit ihrer Losung von "Menschlichkeit und Fortschritt" nichts zu bestellen hatte. Rote Fahnen und Transparente und fortschrittliche Forderungen und Losungen bestimmten das Bild der Demonstration. Die DGB-Führung hatte es diesmal nicht gewagt, wieder wie voriges Jahr mit der Polizei gegen die Kommunisten vorzugehen, denn schon letztes Mal hatte sie damit die Empörung der Kollegen auf sich gezogen. DGB-Redner war Ludwig Rosenberg, ehemaliger DGB-Vorsitzender.

Rosenbergs Rede war ein einziger Apell an die Kapitalisten, doch einsichtig zu sein und die gute Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern doch endlich mit der Mitbestimmung gesetzlich abzusichern.

Natürlich konnte Rosenberg mit seinem reformistischen Geschwätz auf dieser Kundgebung nichts gewinnen. Selbst die bürgerliche Presse mußte feststellen, daß er nur von wenigen alten Sozialdemokraten aus den ersten Reihen Beifall erhielt. Immer wieder schallten ihm Sprechchöre entgegen wie "Mitbestimmung taugt nicht viel – Sozialismus ist das Ziel!". Und als er dann auch noch als Antwort auf die Sprechchöre wütend rief: "Revolutionäre sind zu allem fähig – zu sonst aber nicht!", da erntete er ein gellendes Pfeifkonzert.

Im Anschluß an die DGB-Kundgebung führte die Ortsgruppe Köln des KBW eine Kundgebung durch. Gut 1 200 Menschen waren geblieben, um sich die Kundgebung anzuhören. Im Mittelpunkt der Rede des KBW-Genossen stand die Frage der Perspektive unseres Kampfes, die Frage der politischen Macht und des Weges zum Sozialismus. Und der Beifall, den der Genosse gerade an diesen Stellen seiner Rede erhielt, zeigt deutlich, daß immer mehr Menschen sehen, daß der Sozialismus die einzige Perspektive ist.

MÖNCHENGLADBACH/REYDT: Der DGB verband die Mai-Saalfeier mit den Feiern zum tausendjährigen Jubiläum der Gründung der Abtei. Den offiziellen Teil beendete er schnell, nachdem ein Genosse über das Saalmikrofon zu diesem Brimborium Stellung nehmen wollte. Danach gab es jedoch Gelegenheit zur Diskussion mit der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Maria Weber. Vor 40 Kollegen mußte sie zugeben, daß Forderungen in Mark und Pfennig alles andere als gewerkschaftsschädigende Ausschlußgründe sind, sondern gerade für die arbeitenden Frauen eine Notwendigkeit. Auch die Forderungen des KBW nach Arbeiterrechten und das demokratische Programm konnte sie in diesem Kreis nicht als "chaotisch" abtun. Sie kaufte schließlich eine Broschüre "Was wollen die Kommunisten? ".

WITTEN/RUHR: Die Schlafmützigkeit des DGB ging dieses Jahr so weit, daß bei der Kundgebung hinter dem Redner die DGB-Parole vom letzten Jahr: "Mitdenken, Mitverantworten, Mitbestimmen" prangte.

UNNA: Unter Anleitung des Herrn Semmler (DGB) zerstörten DGB-Ordner unter dem Beifall einiger CDU-Leute ("saubere Arbeit!") einen Informationsstand der Kommunistischen Jugendgruppe Unna.

Goslar: In Goslar hat seit vielen Jahren zum ersten Mal wieder eine – wenn auch noch kleine – Kundgebung stattgefunden. Es nahmen etwa 50 bis 60 Kollegen und Genossen daran teil.

HERNE: Vor 300 Kollegen hielt Arbeitsminister Arendt eine Feststagsrede. Um diese nicht zu stören, wurde vom DGB der Gewerkschaftsjugend kurzfristig die von ihr beschlossene Veranstaltung, die Demonstration und ein Redebeitrag untersagt. Sicherheitshalber erhielten 3 Kollegen noch einen Brief, in dem sie aufgefordert wurden, sämtliche Aktivitäten bis zu einem "klärenden Gespräch" zu unterlassen, da sonst mit Ausschluß zu rechnen sei. Sicher war es falsch, dies alles hinzunehmen. Denn.

Inzwischen wurde der DGB-Jugendgruppe die Genehmigung entzogen, im DGB-Haus zu tagen. Wir werden über die weitere Entwicklung berichten.

Opladen: Zum 1. Mai 1974 hatte der DGB im Rhein-Wupper-Kreis erstmals zu einer Veranstaltung unter freiem Himmel aufgerufen, weil sich die Gewerkschaftsführung offenbar nicht mehr traute, die Reihe der muffigen Saalveranstaltungen wie in den Jahren vorher fortzusetzen. Etwa 300 bis 400 Kollegen waren dem Aufruf des DGB zu einer Kundgebung auf dem Opladener Marktplatz gefolgt. Auch die Initiativgruppe Kommunistischer Arbeiterjugendbund / Sympathisantengruppe des KBW in Opladen und Leverkusen hatte zu der Veranstaltung aufgerufen.

Nach der Rede des DGB-Kreisvorsitzenden Witzmann, die von "harten" Worten gegen die Kapitalisten über das Herausstreichen der Verdienste der SPD/FDP-Regierung bis zur wütenden Hetze gegen die Kommunisten das ganze Arsenal der sozialdemokratischen Vernebelungspropaganda enthielt, führte die IG KAJB eine Anschlußkundgebung durch. Schon vorher war diese Kundgebung durch verschiedene Auflagen (unter anderem Verbot von Lautsprecher und Megaphon) auf Betreiben der DGB-Funktionäre praktisch verboten worden. Wir ließen uns aber das Recht nicht nehmen, uns in aller Öffentlichkeit mit dem Mitbestimmungsgerede der Gewerkschaftsführer auseinanderzusetzen und ihm die Politik und die Ziele der Arbeiterbewegung entgegenzustellen. Etwa 80 Menschen verfolgten mit Interesse die Rede unseres Genossen.

OFFENBACH: Seit 14 Jahren gab es in Offenbach wieder eine Kundgebung unter freiem Himmel, zu der der DGB jedoch kaum mobilisiert hatte. Es erschienen anfänglich 400 Kollegen. Der KBW-Ortsaufbaugruppe gelang es, an die 100 zu einer anschließenden Demonstration zu gewinnen, an der sich auch andere politische Organisationen beteiligten.

FRIEDBERG: Mit Informationsständen in der Stadt und Flugblättern vor den größeren Betrieben rief die Kommunistische Gruppe Friedberg (Sympathisanten des KBW) zur regionalen DGB-Mai-Kundgebung in Wetzlar auf. Als einzige Gruppe organisierte sie einen Bus und versammelte 30 Leute für die Fahrt. In Wetzlar demonstrierten sie unter den Parolen des KBW.

WIESBADEN: An der Mai-Veranstaltung der Ortsaufbaugruppe Wiesbaden nahmen rund 250 Menschen teil. Die Demonstration der Ortsaufbaugruppe war von der Polizei mit unverschämten Auflagen versehen worden. Der angemeldete Weg sollte nicht benützt werden, weil sonst Schlägereien mit den Besuchern der Gewerkschaftskundgebung, die als geschlossene Veranstaltung im Saale stattfand, zu erwarten seien. Selbstverständlich konnte sich niemand an diese Auflagen halten, und so wurde die Demonstration mit 250 Teilnehmern auf der angemeldeten Route durchgeführt. / Ortsaufbaugruppe Wiesbaden

KASSEL: Der DGB hatte auf Initiative verschiedener Vertrauensleutekörper zu einem "Sternmarsch" zum Rathaus mit anschließender Kundgebung aufgerufen. Etwa 5 000 Kollegen beteiligten sich an dem Sternmarsch und an der Kundgebung. Die Sympathisanten des KBW in Kassel hatten die Kollegen aufgerufen, vom Scheidemann-Haus (einer der Abmarschpunkte des DGB-Sternmarsches) loszumarschieren und eine einheitliche, kampfstarke Demonstration durchzuführen.
Auf einer Veranstaltung am 30. April, zu der über 100 Menschen gekommen waren, brachten viele Teilnehmer zum Ausdruck, daß es am 1. Mai darauf ankommt, in einer klassenkämpferischen Demonstration für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes einzutreten und den Kampf für den Sieg des Sozialismus zu propagieren.
In dem Demonstrationszug vom Scheidemann-Haus zum Rathaus wurde der Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes durch Sprechchöre und Transparente zum Ausdruck gebracht.
Für die Kasseler Arbeiterklasse und die übrigen Teile des Volkes war die Durchführung einer Mai-Demonstration ein Fortschritt, besonders weil in den letzten Jahren vom DGB höchstens Kundgebungen abgehalten worden waren. / Sympathisanten des KBW, Kassel

WETZLAR: Rund 5 000 Menschen beteiligten sich an der regionalen Mai-Demonstration des DGB, ein großer Teil von ihnen unter roten Transparenten und klassenkämpferischen Losungen. Den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern gelang es allerdings auch in diesem Jahr wieder, rund 600 Demonstranten aus dem Zug abzudrängen. Aktivster Helfer dieser Spaltungspolitik war die DKP, deren Studentenorganisation die Absperrketten stellte. Außer dem Block des KBW, an dem sich rund 400 Menschen beteiligten und einigen kleineren politischen Gruppen wurden noch Teile der GEW rausgedrängt. Bei vielen Kollegen stießen die offenen Spaltungsmanöver auf Ablehnung und Empörung.
An der anschließenden Kundgebung des KBW nahmen rund 250 Menschen teil. / KBW, Ortsleitung Wetzlar

ALFELD: Am 1. Mai fand dieses Jahr noch keine Demonstration statt. Der DGB hatte – entgegen eines Antrages der DGB-Jugendgruppe – nur zu einer Saalveranstaltung am Vorabend aufgerufen, und die junge Kommunistische Gruppe war noch nicht in der Lage, eine eigene Demonstration durchzuführen. Sie machte aber eine Mai-Veranstaltung am Vormittag des 1. Mai. Es kamen 36 durchweg junge Menschen.
/ Kommunistische Gruppe Alfeld (Sympathisanten des KBW)

MANNHEIM: Zur Kundgebung kamen etwa 5 000 Kollegen, ein Drittel mehr als letztes Jahr. Gerd Muhr, stellvertretender DGB-Vorsitzender, bekam jedoch kaum Beifall. Er erntete oft laute Pfiffe und Buhrufe, z.B. als er versuchte, Linke und Rechte in einen Topf zu werfen und auf diese Weise vor den "Chaoten" zu warnen. Das Bild der Kundgebung war geprägt von kämpferischen Transparenten und roten Fahnen.
Beifall erhielt nur der Redner der ausländischen Kollegen, der unter anderem sagte: "Entweder sind wir hier Gäste oder Arbeiter, beides zugleich geht nicht."
Die Ortsgruppe Mannheim des KBW hatte unter den Parolen des Klassenkampfes zur Teilnahme an der Kundgebung aufgerufen. In verschiedenen Betrieben wurden Forderungen verabschiedet, z.B. stand zur Chemietarifrunde bei den Kollegen von Weyl die 200-DM-Mindestforderung im Mittelpunkt. Die Kollegen des Städtischen Krankenhauses forderten "Uneingeschränktes Srreikrecht im öffentlichen Dienst!" und "Weg mit dem besonderen Dienstrecht!".
Außer diesen gewerkschaftlichen und betrieblichen Gruppen reihten sich etwa 700 Menschen unter den Parolen des KBW ein. 500 kamen anschließend mit zur Kundgebung des KBW auf den Paradeplatz. Dort meldete sich auch spontan ein türkischer Kollege zu Wort, der seine Kollegen aufforderte, sich wie andere Ausländer in Mannheim zusammenzuschließen und gegen den Kapitalismus zu kämpfen.
Am 30. April hatte die Ortsgruppe eine Mai-Veranstaltung durchgeführt, zu der rund 400 Teilnehmer erschienen. / D.R.

Frankfurt: Der diesjährige 1. Mai war ein deutlicher Ausdruck des wachsenden Kampfwillens der Arbeiter und anderer Teile des Volkes. 6 000 nahmen an der DGB-Demonstration teil, die große Masse von ihnen unter klassenkämpferischen Parolen.
Die DGB-Führer stahlen sich gleich zu Anfang mit etwa 200 Getreuen vom Platz, als sie den Aufmarsch der Transparente und roten Fahnen sahen. Jusos und DKP nahmen ihre Stelle ein und trugen die reformistischen Parolen der DGB-Führer vor der Demonstration her. Mit ihnen ging nur etwa ein Fünftel der Demonstranten.
Die Mitglieder des KBW und seiner Massenorganisationen hatten jeweils mit ihren Kollegen gemeinsam Transparente angefertigt und demonstrierten mit ihnen unter den vereinbarten Forderungen und Losungen. Mehrere hundert Menschen gingen allein im Block der Frankfurter "Komitees gegen die Fahrpreiserhöhung", die auf Initiative des KBW hin mittlerweile in 10 Stadtteilen gegründet worden sind.
Auf dem Kundgebungsplatz sammelten sich an die 10 000 Frankfurter Bürger. Nicht dabei waren (abgezählt) 130 Anhänger der Gruppe Rote Fahne, die gleich zu Beginn ihrem "Parteiführer" Horlemann zu einer eigenen "Revolutionären Mai-Kundgebung" ins Frankfurter Nordend folgten. Dort sammelten sich Augenzeugen zufolge noch insgesamt etwa 250 bis 300 Sympathisanten dieser Gruppe, allerdings auch aus anderen Städten in Hessen.
Demgegenüber leistete sich die KBW-Ortsgruppe nicht die Frechheit, mehrere tausend Arbeiter und fortschrittliche Menschen stehen zu lassen, um sich in der Art eines Rütli-Schwurs gegenseitig revolutionäre Entschlossenheit zu bekunden. Vielmehr hatten unsere Genossen in allen Blocks, in denen sie gingen, die Parole ausgegeben, im Stoßkeil auf die Tribüne zuzumarschieren, um die Forderungen und Losungen des proletarischen Klassenkampfs unübersehbar und unüberhörbar zur Geltung zu bringen. Dies gelang großenteils. Die DGB-Führer auf ihrer Tribüne mußten über 400 Watt voll aufdrehen, um die Sprechchöre und Pfiffe zu übertönen, als H. Wolff, Bezirksvorsitzender der ÖTV, das Hauptreferat hielt. Denn dieser H. Wolff war vielen Kollegen noch frisch in Erinnerung als einer der Organisatoren der Niederlage beim Tarifstreik der Kollegen im öffentlichen Dienst. Diesmal war er offenbar darauf angesetzt, mit weitschweifigem Gerede ohne jedes besondere Thema den Platz leerzureden, was ihm teilweise auch gelang. Viele gerade auch ältere Kollegen gingen laut schimpfend davon, und wir machten den Fehler, sie nicht einzeln und gezielt zu unserer anschließenden Kundgebung einzuladen.
Auch so aber wurde der von unseren Genossen geführte "rote Block" (so ein DKP-Mitglied zu einem KVZ-Verkäufer) zum Kristallisationspunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit, als kurz vor Schluß die Transparente rumgedreht wurden und in Sprechchören aufgefordert wurde: "Alle zur Kundgebung des KBW!" Es bildete sich ein Demonstrationszug von über 1 000 Menschen, die unter unserer Hauptparole und lautstarker Agitation der umstehenden Menschenmassen langsam zum Liebfrauenberg hochzogen. Auf dem kleinen Platz drängten sich die Tausend dicht und hörten sehr aufmerksam den beiden Redebeiträgen zu, die vom Genossen Joachim Töws (Mitglied des Zentralen Komitees des KBW) und vom Genossen Gerd Koenen (Sekretär der Frankfurter Ortsgruppe) gehalten wurden. Häufig gab es Beifall und wurden neue Sprechchöre angestimmt. Im Anschluß sprach noch eine Vertreterin der Fahrpreiskomitees, denen der DGB verweigert hatte, auf seiner Kundgebung zu sprechen. Auch hier gab es viel Beifall, vor allem, als die Sprecherin zum Schluß rief: "Die Fahrpreiserhöhung muß fallen – und wenn der Magistrat mitfällt!"
Wir sangen zum Abschluß die Internationale. Viele hundert hoben die Fäuste und gingen mit einem schon recht kräftigen "Rotfront!" auseinander. Es muß aber noch kräftiger werden in Frankfurt. Immerhin war dieser 1. Mai ein guter Anfang. / G.K.



Freiburg: Die Ortsgruppe hatte ein Festzelt gemietet und aufgestellt. Am 30. April führte sie eine Mai-Veranstaltung durch, an der rund 750 Menschen teilnahmen. Als Vertreter des Zentralen Komitees sprach auf dieser Veranstaltung der Genosse Hubert Reilerd. Am Büchertisch wurden Hunderte von Programmen und Rechenschaftsberichten des ZK verkauft. Es wurden über 1 000 DM für die PFLOAG gesammelt.
Am 1. Mai nahmen rund 1 300 Menschen an einer Maidemonstration teil, zu der die Ortsgruppe und die örtlichen Massenorganisationen des KBW aufgerufen hatten. Nachdem der DGB-Führung die letztjährige Mai-Demonstration völlig aus der Hand geglitten war, hatte sie sich wieder, wie die Jahre vorher, in den vornehmen Kaufhaussaal zurückgezogen.
Am Abend des 1. Mai führte die Ortsgruppe eine Festveranstaltung in dem mit über 1 000 Menschen völlig überfüllten Zelt durch. Es spielte das Freiburger Arbeiter- und Lehrlingstheater, ein Dia-Vortrag wurde gezeigt und es wurden Lieder gesungen. Noch einmal wurden über 1 000 DM für die PFLOAG gesammelt.

AM 1. MAI SIND 20 000 AUF DEM KÖNIGSPLATZ IN MÜNCHEN

München: Auf der DGB-Maikundgebung auf dem Königsplatz beteiligten sich ungefähr 20 000. Die Hauptredner Loderer (IG Metall) und Wohnungsbauminister Vogel ergänzten sich gegenseitig in Lobreden auf die Mitbestimmung und die Reformpolitik der Regierung. Der Beifall für beide Redner war dünn und kam hauptsächlich von der Tribüne am Rednerpult. Sie wurden von Pfiffen unterbrochen; Vogel war stellenweise nicht mehr zu hören.
Unsere Genossen hatten am Rand einen Stand aufgebaut und verteilten Flugblätter und verkauften KVZ in der Kundgebung. Kurz vor Ende der Kundgebung sammelten wir uns unter unseren Parolen "Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!", "Für uneingeschränktes Streikrecht", "Für klassenbewußte, kampfstarke Einheitsgewerkschaften – weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen". Unter diesen Parolen konnten wir in der Demonstration des DGB ungefähr 180 Menschen sammeln. Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD hatte sich ebenfalls an der Demonstration beteiligt, mit 4 bis 500, der Block der Gruppe Rote Fahne war ein kleines bißchen größer als unserer, ca. 250 Mann stark.
Ein Erfolg war unsere Maiveranstaltung am Vorabend, zu der ca. 180 Menschen kamen. Unseren Genossen in den Betrieben war es gelungen, Kollegen für die Veranstaltung zu gewinnen. Auf der Veranstaltung wurden auch nach einem Bericht über den Streik bei Metzeler Odenwald für die streikenden Kollegen 298 DM gesammelt.

Augsburg: An der Demonstration des DGB nahmen rund 3 000 Menschen teil. Die Sympathisanten des KBW nahmen mit eigenen Transparenten an der Demonstration teil. Am Vorabend des 1. Mai hatten sie eine Maiveranstaltung durchgeführt, an der 30 Menschen teilnahmen.

Aachen: Die Sympathisanten des KBW reihten sich in die Demonstration des DGB ein. Es gelang ihnen, fortschrittliche Sprechchöre in die Demonstration hineinzutragen: "Für den 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich!", "Gibt's kein' Profit, dann wird geschlossen / in Aachen Elfa, Bongs und Vossen!", "Voller Lohn bei Kurzarbeit!", "Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!", "Ausländische Arbeiter sind keine Knechte / für Deutsche und Ausländer gleiche Rechte!", "Das Volk blecht ungeheuer / weg mit der indirekten Steuer!". Gegen das Mitbestimmungsgefasel trugen sie erfolgreich den Sprechchor "Gegen Klassenkumpanei, für den roten 1. Mai" hinein.

MAINZ: Am Sammelplatz der DGB-Demonstration fanden sich etwa 1 200 Menschen ein. Die Sympathisanten des KBW reihten sich in den Zug des DGB ein. Es wurden klassenkämpferische Parolen gerufen und Arbeiterlieder gesungen, an deren Gesang sich auch die DKP-Mitglieder beteiligten, bis sie von ihren Führern gestoppt wurden.

CHILENISCHER GEWERKSCHAFTSFÜHRER SPRACH AUF DER 1. MAI-KUNDGEBUNG DES KBW

Heidelberg: In Heidelberg findet seit Jahren keine gewerkschaftliche Maidemonstration statt. Wie schon in den letzten Jahren hat aber auch dieses Mal eine Maidemonstration der Kommunisten stattgefunden. An ihr nahmen dieses Jahr rund 2 000 Menschen teil. Demonstration und anschließende Kundgebung waren sehr geschlossen und durch einen klassenkämpferischen Geist geprägt. Neben einem Vertreter des KBW sprach ein Vertreter der zahlreich anwesenden spanischen Arbeiter und ein führender Vertreter der chilenischen Gewerkschaften und Mitglied der MAPU. Am Vorabend des 1. Mai hatte die Ortsgruppe eine erfolgreiche Maiveranstaltung durchgeführt, an der rund 400 Menschen teilnahmen. Auf der Veranstaltung hat der Sekretär der Ortsgruppe auch die Entscheidung der Ortsgruppe bekanntgegeben, im nächsten Jahr sich an den Wahlen zum Stadtrat zu beteiligen.

Stuttgart: An der DGB-Demonstration nahmen 4 000 Menschen teil (letztes Jahr 2 000). Die Demonstration war durch klassenkämpferische Transparente und durch rote Fahnen geprägt, durch Parolen gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst und der Solidarität mit dem chilenischen Volk. Ein starker Block des KABD bildete ungefähr ein Drittel des Zuges. Hinter den Transparenten der Sympathisanten des KBW, die das erste Mal öffentlich auftraten, sammelten sich ungefähr 40 Menschen. Auf der Kundgebung sprach Hauenschild (IG Chemie), der vor allem gegen die Kommunisten hetzte, damit jedoch keinen Erfolg hatte. Meistens erntete er Schweigen, an einzelnen Stellen viel Empörung.

Kaiserslautern: Am Vorabend des 1. Mai führte die Kommunistische Gruppe Kaiserslautern (Sympathisanten des KBW) eine Maiveranstaltung durch, zu der rund 80 Menschen erschienen. In dieser Veranstaltung wurde vor allem der Mitbestimmungsschwindel entlarvt und gezeigt, daß die Mitbestimmung an den bestehenden Machtverhältnissen nichts ändert.

Saulgau/ Kreis Sigmaringen: Seit einem Jahr gibt es in Saulgau eine gewerkschaftliche Jugendgruppe. Wir hatten beschlossen, dieses Jahr mit eigenen Veranstaltungen zum 1. Mai aufzutreten. Wegen unserer eigenen organisatorischen Schwäche und der Weigerung der Gewerkschaftsführung, eine Demonstration durchzuführen, wollten wir uns auf folgendes beschränken: Herausgabe einer Zeitung zum 1. Mai, Beteiligung an der gewerkschaftlichen Saalkundgebung mit eigenem Sprecher, eigene Jugendveranstaltung. Doch der zuständige Gewerkschaftssekretär legte uns einen Stein nach dem anderen in den Weg. Erst sicherte er uns zu, die Maizeitung drucken zu lassen, dann zog er 2 (!) Tage vor dem 1. Mai seine Genehmigung zurück. Aber die' Kollegen gaben nicht auf: Nach zwei durchgearbeiteten Nächten war die Zeitung gedruckt. Er verweigerte uns auch das Rederecht auf der Gewerkschaftsveranstaltung, mit der Begründung, eine eigene Rede der Jugend würde die Kollegen entzweien. In Wirklichkeit hatte er nur Angst, daß die Kollegen unserem Sprecher keinen so müden Beifall spenden würden, wie ihm. Durch organisatorische Mängel gelang es uns nicht, das Rederecht in der Versammlung zu erkämpfen. Aber aus Empörung über seine Phrasen und hohlen Worte entschlossen wir uns spontan zu einer Demonstration durch die Straßen Saulgaus, an der sich 50 bis 60 vorwiegend jüngere Kollegen beteiligten.
Das erste Mal seit Jahrzehnten erklang in Saulgaus Straßen wieder die Internationale.
In unserer anschließenden Veranstaltung diskutierten wir vor allem die Möglichkeiten einer überregionalen Zusammenarbeit in unserem Gebiet, das durch einen 72 %-Stimmenanteil der CDU und nur ganz wenige verstreute Betriebe mit über 100 Arbeitern gekennzeichnet ist.
/ K.M., Altshausen

Emmendingen: Die Ortsaufbaugruppe führte ihre erste Veranstaltung durch, zwei Tage vor dem 1. Mai. Der Genosse Reilard vom Zentralen Komitee hielt ein Referat, in dem auf die gegenwärtige Lage der Arbeiterklasse eingegangen wurde und aufgezeigt wurde, daß die Arbeiterklasse und das Volk die politische Macht erobern müssen, wenn sie sich aus ihrer elenden Lage befreien wollen mit dem Ziel, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen.
Die Veranstaltung wurde von 25 Kollegen und Genossen besucht, was noch sehr wenig ist, aber der gute Verlauf der Diskussion hat alle ermutigt, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzumachen und auch in Emmendingen und Umgebung eine eigenständige Politik zu entwickeln, die sich ausschließlich an den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes orientiert. Nächstes Jahr muß es soweit sein, daß wir in Emmendingen eine eigene Demonstration durchführen können, während wir dieses Mal noch in Freiburg mitdemonstrierten. / Ortsaufbaugruppe Emmendingen, H.

KARLSRUHE: 3 000 nahmen an der DGB-Kundgebung teil. Vorher hatten DGB-Ordner erfolglos versucht, alle fortschrittlichen Transparente aus der Demonstration zu verbannen. So bot die DGB-Maikundgebung das Bild der Gemeinsamkeit unter verschiedenen Auffassungen. Der Angriff auf die Einheitsgewerkschaft war den SPD-DGB-lern mißlungen.
Anschließend riefen wir zu einer eigenen Demonstration und Kundgebung zum nahegelegenen Werderplatz (in einem Arbeiterviertel) auf, um gegen die klassenversöhnlerischen Mitbestimmungsphrasen die Linie des Klassenkampfes zu setzen. An dieser Demonstration und Kundgebung beteiligten sich 200 Menschen.
Die Gruppe Rote Fahne (KPD) hatte eine reformistische Plattform vorgeschlagen, unter der sich alle in einem klassenkämpferischen Block sammeln und auf die weitergehende Propaganda verzichten sollten. Für diese sonderbare Idee fand sie keine Anhänger, ließ daraufhin den Plan fallen und verzog sich wie im letzten Jahr nach Stuttgart. Der KABD äußerte sich gar nicht zur Form der Teilnahme an der Demonstration, mischte sich still unter die Demonstranten und veranstaltete am 1. Mai abends ein Maifest, in dem er jede Diskussion verhinderte.
Die Ortsaufbaugruppe des KBW, die erst seit einem halben Jahr in Karlsruhe arbeitet, rief zu einer Veranstaltung auf, zu der etwa 180 Arbeiter, andere Werktätige, Schüler und Studenten kamen. Die revolutionären Lieder, darunter auch das "Berufsverbotelied" und die Lesung zweier Szenen aus Brechts "Mutter" lösten große Begeisterung aus. In dem Referat und der Diskussion wurde vor allem auf die Linie des KBW im demokratischen Kampf eingegangen. / mf, Ortsaufbaugruppe Karlsruhe

DARMSTADT: Zu einer Demonstration mit abschließender Kundgebung auf dem Marktplatz hatte die Ortsaufbaugruppe des KBW aufgerufen. Damit hat innerhalb der seit 1968 in Darmstadt erneut aufgelebten Rote 1.-Mai-Bewegung eine politische Kampforganisation der Arbeiter erstmals die Initiative gewonnen. An der Demonstration, die nach Abschluß der DGB-Kundgebung in der überfüllten Dessunger Turnhalle zum Marktplatz zog, beteiligten sich unter den Transparenten des KBW 320 Menschen, etwa ebenso viele an der Kundgebung.
Über 300 weitere Teilnehmer an der Demonstration, davon der größte Teil Spontaneisten, waren zwar dem Aufruf zur Demonstration gefolgt, beteiligten sich jedoch nicht an der Kundgebung. Ihre ursprüngliche Absicht, in einer anschließenden eigenen Kundgebung der Arbeiterbewegung ihre Vorschläge zu unterbreiten, hatten sie aufgegeben, da es die Ortsaufbaugruppe des KBW abgelehnt hatte, in Form einer "Aktionseinheit des gemeinsamen kleinsten Nenners" die verschiedenen Grundpositionen vor den Massen zu verdecken, Positionen, über deren Tauglichkeit zur Herstellung der Einheit nur die öffentliche Massendebatte entscheiden kann. / Ortsaufbaugruppe Darmstadt

Konstanz: An der Kundgebung des DGB nahmen ungefähr 500 Menschen teil. Die meisten beteiligten sich auch an der anschließenden Demonstration des DGB. Transparente mit Mitbestimmungsforderungen und ähnlichem waren noch in der Überzahl. Die Sympathisantengruppe des KBW in Konstanz hatte am 30. April eine Veranstaltung durchgeführt. Sie wurde von rund 60 Menschen besucht.

Saarbrücken: Zum ersten Mal seit langen Jahren hatte die örtliche DGB-Führung eine Kundgebung unter freiem Himmel angekündigt. Sie verließ jedoch sehr schnell wieder der Mut. Aus "Witterungsgründen" verlegte sie die Kundgebung dann doch wieder in den Saal. An der Veranstaltung nahmen mehr als 1 000 Kollegen teil. Man kann sagen, daß die DGB-Festredner auf dieser Veranstaltung mit einer Mischung von verbalradikalen Angriffen auf die Unternehmer und Hetze gegen "Chaoten" und "Feinde des Grundgesetzes" noch ziemlich gut wegkamen.
Nach Beendigung der DGB-Veranstaltung rief der KABD zu einer Demonstration auf, an der sich insgesamt etwa 150 Menschen beteiligten. Die Sympathisanten des KBW hielten sich für eine selbständige Initiative noch zu schwach und beteiligten sich ohne eigene Transparente an dieser Demonstration.

Trier: Trotz Heinemann und Kohl oder gerade wegen ihnen nahmen an der DGB-Kundgebung nur 300 bis 400 Menschen teil, darunter nur wenige Arbeiter und Gewerkschafter. Die Sympathisanten des KBW verkauften die KVZ und bildeten Diskussionsgruppen.

Ludwigshafen: Vor dem 1. Mai führte die Ortsaufbaugruppe eine Veranstaltung durch, an der rund 60 Menschen teilnahmen. Gleichviel Menschen kamen zu der Maidemonstration der Ortsaufbaugruppe. Die Demonstration stieß trotz ihrer geringen Größe auf Interesse und Zustimmung. Während der Demonstration wurde KVZ verkauft.

Weinheim: Von der Seite der Gewerkschaftsführer war der 1. Mai geplant wie schon seit Urzeiten: am 30. April Tanz in den Mai mit Festredner, am 1. Mai selbst Empfang bei der Stadt.
Gegenüber diesen klassenversöhnlerischen Maifeiern führte die KBW-Ortsaufbaugruppe eine eigene Maiveranstaltung durch. Eine Gruppe von Lehrlingen und Schülern führte ein selbstgeschriebenes Theaterstück auf.

Bruchsal: Am 1. Mai mußte der DGB zum ersten Mal wieder seine Kundgebung und anschließende Demonstration im Freien durchführen. Zirka 200 Menschen nahmen daran teil. Der KBW (Sympathisantengruppe Bruchsal) hatte mit Transparenten, Fahnen und Sprechchören teilgenommen. Nach der abschließenden DGB-Veranstaltung im Saal f[illegible]e die KBW-Sympathisantengruppe ein. selbständige Demonstration durch Teile des Bruchsaler Arbeiterviertels durch, an der sich etwa 50 Menschen beteiligten. / j., KBW/SG Bruchsal

Bensheim: Hier war der 1. Mai – was den DGB betrifft – nicht Kampftag der Arbeiterklasse, sondern Applaustag für die SPD. Weder Kundgebung unter freiem Himmel noch Demonstration – das einzige war eine Veranstaltung im Saal, und einziger Redner war SPD-Kultusminister von Friedeburg. Er bekam aber auch nur von den eingefleischten SPD-Anhängern Beifall, die meisten von den anwesenden 200 bleiben unbeeindruckt. Wir haben bei der Veranstaltung KVZ verkauft und konnten eine Reihe interessanter Gespräche führen.
Die KBW-Sympathisanten in Bensheim hatten schon am 29.4. eine Veranstaltung zum 1. Mai durchgeführt. Zwischen 30 und 40 Menschen waren da, davon ca. 15 Unorganisierte.

Wiesloch: An der Veranstaltung der KBW-Ortsgruppe zum 1. Mai nahmen etwa 50 Menschen teil. Unter anderem betonte ein spanischer Genosse in einer Grußadresse die Kampfverbundenheit der spanischen Arbeiter mit den deutschen Klassengenossen.

Speyer: Nach einer längeren Auseinandersetzung in den Gewerkschaften konnte die DGB-Führung auch dieses Jahr noch einmal eine gewerkschaftliche Maidemonstration abblocken. Auf der Maiveranstaltung der Ortsaufbaugruppe des KBW waren 40 Menschen anwesend. Es wurde der Rote-Fahne-Kanal Film gezeigt. Die Ortsaufbaugruppe des KBW war die einzige politische Organisation, die eine Maiveranstaltung durchführte.

Bundeswehr ködert Nachwuchs

"TAG DER OFFENEN TÜR" / MIT DEN SOLDATEN DURFTE NIEMAND REDEN

In fast allen Kasernen werden von Zeit zu Zeit sogenannte "Tage der offenen Tür" veranstaltet. Es wird an solchen Tagen der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, Unterkünfte der Soldaten, Fahrzeuge und Waffen zu besichtigen sowie an der Truppenverpflegung der Kaserne teilzunehmen, die an einem solchen Tag natürlich nichts zu wünschen übrig läßt (z.B. Eis als Nachtisch!).

Am Freitag, dem 3. Mai, war auch das "schwere Fernmeldebetriebsbataillon 920" zur Besichtigung hergerichtet worden. Diesmal waren nur Schüler und Schülerinnen im Alter von 14 bis 18 Jahren eingeladen worden, die dann auch per Bundeswehr-Bus zu hunderten von ihren Schulen abgeholt wurden. "Wir wollen nicht unser Sonntagsgesicht zeigen", betonte der Presseoffizier des III. Corps in Koblenz, Oberstleutnant von Kluge. Genau das wurde aber getan.

Den etwa 800 Jungen und Mädchen wurden zunächst die Unterkünfte der Soldaten gezeigt. Hier begann die große Lüge. In einer Kompanie war Wochen vorher ein Wettbewerb veranstaltet worden, in dem der am besten dekorierten Stube Sonderurlaub versprochen worden war. Ohne die Absicht dieses Wettbewerbs zu durchschauen, renovierten viele Kameraden ihre Stuben vom eigenen schmalen Wehrsold und brachten Einrichtungsgegenstände von zu Hause mit. So wurden dem Bund die Unterkünfte billigst renoviert und man konnte den jugendlichen Besuchern zeigen, wie "schön" es sich doch bei der Bundeswehr leben läßt. Wie die Soldaten normalerweise mit 7 bis 8 Mann auf engstem Raum hausen müssen, wurde hierdurch verschleiert.

Als nächstes wurden die Schüler klassenweise zur Station "Waffen des Bataillons" geführt. Eine Panzerfaust und das Rattern eines MG's ist für Viele eine beeindruckende Sache; daß erst zwei Wochen vorher ein junger Rekrut während eines Marsches zusammengebrochen war und starb, wurde an dieser Stelle natürlich nicht erwähnt.

Nächste Station war die Besichtigung eines mobilen Fernmeldezentrums. Mehrere LKW's, vollgestopft mit hochtechnisierten Apparaturen und komplizierten Antennenanlagen sollten wohl den Jungen vorgaukeln, welche hervorragende Ausbildung sie bei der Bundeswehr erwartet, ja daß für längerdienende Soldaten eine zukunftssichere Berufsausbildung immer "drin" ist.

Auf dem Formalplatz wurden anschließend sämtliche Fahrzeugtypen vorgeführt.

Für uns Soldaten war es nicht möglich, mit den Schülern Kontakt aufzunehmen und dieser verlogenen Schau ihre Wirkung zu nehmen. Nur ausgesuchte Unteroffiziere waren mit der Führung der Klassen durch die Kaserne beauftragt worden. So blieb mir nichts anderes übrig, als mit meinen Kameraden über die wahren Interessen, die mit solch einer Besichtigung verbunden sind, zu diskutieren. Fast alle sahen ein, daß mit dieser Verseuchung junger Menschen mit militaristischen Gedanken aufgehört werden muß. Wir Kommunisten dürfen nicht zulassen, daß die werktätige Jugend in dem Unterdrückungsapparat der Bundeswehr versackt.

– W.R. –



Dortmund-Hombruch. Die Bundeswehr führte auf dem Marktplatz eine "Kinderferienparty" durch, um damit ihre angebliche "Volksfreundlichkeit" zur Schau zu stellen. Das Bild zeigt, wie Teile der Bevölkerung einen Bundeswehrbus an der Einfahrt zum Marktplatz hindern.

"GEGEN DRILL, SCHINDEREI UND KANTINENWUCHER"

Hamburg. Wir erfuhren von einem frischrekrutierten Soldaten aus der Kaserne folgenden Vorfall:

In der ersten April-Woche war plötzlich mit roter Farbe an die Kantinenaußenwand "GEGEN DRILL, SCHINDEREI UND KANTINENWUCHER" gesprüht. Darunter stand: "ARMEE GEGEN DAS VOLK". Die Offiziere waren sehr aufgeregt und durchsuchten mit dem MAD sämtliche Spinde und Versteckmöglichkeiten. Sie fanden aber nichts.

Die Soldaten aber freuten sich, daß es gelungen war, die Wahrheit auch in der Kaserne zu verbreiten.

Einer sagte: "Hier wird man ja echt wie ein unmündiges Kind behandelt. Keine Rechte, und alle Macht in den Händen der Vorgesetzten. Die machen einen fertig." A., Hamburg

MAD bespitzelt Einstellung in Privatbetrieb

In der letzten KVZ (Nr.9/74) habe ich mit großem Interesse den Artikel zum Militärischen Abschirmdienst gelesen.

Während meiner Lehrzeit im Marinearsenal Wilhelmshaven (Bundeswehreigener Reparaturbetrieb für Kriegsschiffe) hatte ich einige "Erfahrungen" mit dem MAD gemacht, von denen ich kurz berichten möchte, in der Hoffnung, ihr könnt sie für den hoffentlich zu erwartenden Prozeß gebrauchen.

Im Marinearsenal bestand zu meiner Zeit eine gewerkschaftliche Betriebsgruppe (ÖTV). Diese Betriebsgruppe hat zu einigen brennenden betrieblichen Fragen Stellung genommen, von daher war sie schon lange ein Dorn im Auge für die Herren der Arsenalleitung und des MAD. Zum 1. Mai 1973 hat sich in Wilhelmshaven ein Maikomitee gebildet, hauptsächlich aus Mitgliedern der gewerkschaftlichen Betriebsgruppen. Dieses betriebliche Maikomitee hat ein Flugblatt herausgegeben, unter anderem mit dem Aufruf zur Maidemonstration des Maikomitees. Außerdem habe ich, zusammen mit anderen Kollegen, die Maiplaketten im Betrieb (unter der Hand) verkauft. (1. Mai – Kampftag der Arbeiterklasse) Außerdem zeichnete ich presserechtlich verantwortlich für das Flugblatt des betrieblichen Maikomitees.

Zwei Tage vor dem 1. Mai wurden insgesamt zirka 15 Leute zum MAD "gebeten" (einzeln). Unter anderen auch ich. Nachdem man auf die freundliche Art bei mir nicht viel erreicht hatte, wurden die Herren des MAD massiv. Man drohte mir, sie würden meine Eltern verständigen, sie würden die Kasse der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe beschlagnahmen, sie würden meinen Lehrvertrag kündigen usw. usf. Mit allen Mitteln versuchten sie, einen Beweis von mir zu bekommen, ob ich im Kommunistischen Bund Wilhelmshaven wäre. Zu der Zeit sympathisierte ich aber erst mit dem KB Wilhelmshaven und konnte bei bestem Willen damit nicht dienen.

Einige Tage später wurde mein Vater zur Ausbildungsleitung zitiert, die, im Auftrage des MAD, ihm ins Gewissen redete. Er solle doch dafür sorgen, daß sein Sohn erstmal die Lehre beendete, dann könne er ja machen, was er wolle, aber jetzt müsse er sich erstmal eine gesicherte Existenz aufbauen (gemeint war die Gesellenprüfung, nach der man mich dann schmeißen würde).

Einen Tag vor dem 1. Mai kam ein MAD "Agent" (einer von den beiden, die mich am Tag vorher verhört hatten) bei mir vorbei, als ich gerade am Flugblattverteilen war (in der Wilhelmshavener Geschäftsstraße nach Feierabend).

Nach einigen dummen Bemerkungen zog er wieder ab.

Nach meiner Facharbeiterprüfung im September 1973 wurde mein Arbeitsverhältnis nicht verlängert. In meiner Personalakte war zu lesen, daß ich fachlich nicht qualifiziert bin – stimmt nicht: Facharbeiterprüfung praktisch 3, theoretisch 2 – außerdem bestünden bei mir Sicherheitsbedenken.

Im November habe ich mich mit einem anderen Genossen bei Krupp Atlas Elektronic Bremen beworben. Diese Firma stellt Radar- und Ortungsgeräte für die Bundeswehr her. Der zuständige Meister erzählte uns, daß die Einstellung nicht allein von ihm abhänge, sondern der MAD auch noch mitreden würde. Und das in einem Privatbetrieb, was ja bestritten wird.

–A., Berlin
(Name und Anschrift der Redaktion bekannt)–



Soldaten suchen Partisanen

NATO-Soldaten terrorisieren die Zivilbevölkerung am Niederrhein während eines Manövers Ende April. Das Bild zeigt einen Straßenkontrollpunkt, wo von schwerbewaffneten Soldaten mit vorgehaltener Waffe zivile PKW's angehalten werden und "nach Partisanen" durchsucht werden (Westdeutsche Zeitung, 27. April). Die kontrollierenden Soldaten erhalten "für alle Fälle" Feuerschutz von einem MG-Nest, das auch mit einer Panzerfaust bewaffnet ist (im Vordergrund des Bildes). An dem Manöver haben 14 000 Soldaten teilgenommen, Deutsche, Belgier, Niederländer, Engländer. Aus dem Raum Krefeld / Kempen wurden 170 Reservisten dazu einberufen. Die Bevölkerung war über die Kontrollmaßnahmen und das Manöver empört. Befohlen wurde daraufhin von der Leitung, die Kontrollen "am Wochenende so weich wie möglich" zu machen. Aber der volksfeindliche Charakter der NATO-Truppen und ihr gegen das Volk gerichteter Auftrag lassen sich damit nicht verwischen.

GEMEINSAMES MANÖVER VON WESTBERLINER POLIZEI UND US–SOLDATEN GEGEN "SABOTAGEAKTE"

Westberlin. Die westberliner Polizei untersteht nicht nur auf dem Papier der Kontrolle und der Befehlsgewalt der Besatzungsmächte. Das zeigte sich auch vor kurzem, als durch ein "Mißverständnis" ans Tageslicht kam, daß die amerikanische Armee und Spezialeinheiten der westberliner Polizei gemeinsame Manöver durchführen, um sich auf "Sabotageakte", d. h. auf eine Verschärfung der Klassenkämpfe vorzubereiten.

Laut Manöverplan sollte die westberliner Polizei einen Angriff von US-Soldaten, die sich als Revolutionäre verkleidet hatten, auf ein Wasserwerk abwehren. Im Verlauf des Scheingefechts durchbrach ein amerikanischer Personenwagen eine Polizeisperre. Zwei mit Polizisten in Zivil besetzte PKWs nahmen die Verfolgung auf. Die wilde Jagd ging bis in den britischen Sektor hinein, wo beide Parteien sich ein Wildwest-reifes Platzpatronengefecht lieferten. Das wiederum rief die britische Militärpolizei auf den Plan, die zunächst erst mal alle beteiligten Personen mit vorgehaltenen Waffen festnahm (nach "Abend" vom 24.4.).

Dieses Beispiel zeigt, daß der westberliner Arbeiterklasse im Kampf für ihre Rechte nicht nur die einheimische Polizei gegenübersteht, sondern daß dann auch die Alliierten massiv eingreifen werden. Die einzig logische Schlußfolgerung daraus ist:

Restloser Abzug aller fremden Truppen aus Westberlin!

Abschluß eines Friedensvertrages mit den Alliierten, der die bestehenden Staatsgrenzen anerkennt, Westberlin den Status einer freien und unabhängigen Stadt zuerkennt und die vollen Souveränitätsrechte beider deutscher Staaten und Westberlins garantiert.

S.T., KG/Westberlin

Typische Massnahmen der Offiziere

2 BEISPIELE FÜR DEN GEGENSATZ VON OFFIZIEREN UND MANNSCHAFTEN

Die Kommunisten stellen gegenüber dem bürgerlichen Staat die Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung, die Forderung nach einer Armee des Volkes. In engem Zusammenhang mit dieser Forderung stellen sie auch die Forderung nach Wahl der Offiziere, deren jederzeitige Abwählbarkeit und deren Rechenschaftspflicht gegenüber den Mannschaften. Im folgenden drucken wir die Zuschrift eines Soldaten ab, der 21 Tage bei der Bundeswehr im Knast gesessen hat, und einen Bericht über eine reaktionäre Maßnahme eines typischen Offiziers der bürgerlichen Klasse. Beide zeigen, wie richtig und notwendig diese Forderungen sind.

"Den Rekruten und allen Wehrpflichtigen wird immer eingeprägt, daß ein Soldat Ehrgefühl und Pflichtbewußtsein haben muß. Weiterhin wird gesagt, ein Soldat lügt nicht und auf sein Wort kann man sich verlassen. So behaupten es jedenfalls die Vorgesetzten. Aber es ist nicht so. Die Vorgesetzten sind meist Sprücheklopfer und hinterlistige Kreaturen, die die Soldaten hinters Licht führen und ihnen, wenn man es nicht vermutet, in den Rücken fallen.

Hier ein Beispiel aus der Sixt-von-Armin-Kaserne in Wetzlar: Ein Soldat kehrte aus irgendwelchen Gründen, die er sicherlich hatte, nicht zu seiner Kompanie zurück. Als er nach einigen Tagen freiwillig zur Kompanie zurückkehrte, wurde ihm gesagt, daß schon Anzeige beim Staatsanwalt gemacht wurde, diese aber wieder zurückgenommen werde, er habe also nur vom Bataillonskommandeur seine Strafe zu erwarten. Der Spieß und der Hauptmann hatten ihm noch einmal ausdrücklich gesagt, daß die Anzeige an den Staatsanwalt zurückgezogen sei. Doch es war nicht so: Der Soldat muß zur Vernehmung ins Polizeipräsidium und hat eine Gerichtsverhandlung zu erwarten. Wie sieht es nun mit dem Wort eines Vorgesetzten, sogar eines Hauptmannes, aus? Dieses Beispiel zeigt, wie wenig man den Vorgesetzten glauben kann und wie wenig sie selbst Ehrgefühl und Kamderadschaftssinn haben. Darum, Kameraden, bewahrt Abstand zu den Lamettaträgern, denn jeder könnte ein Judas sein."

In der gleichen Kaserne ereignete sich folgendes:

Ein betrunkener Soldat hatte einen verhaßten Ausbilder verprügelt. Kameraden, die die Sache miterlebt hatten, waren der Meinung, daß der Soldat zu diesem Zeitpunkt nicht mehr voll zurechnungsfähig gewesen sei (obwohl jeder von ihnen gern den Ausbilder verprügelt hätte). Der Kompaniechef wußte nichts Besseres zu tun, als den Soldaten zur "Ausnüchterung" in die Zelle stecken zu lassen, anstatt ihn unter Aufsicht eines Sanitäters zu stellen. Der Kamerad war wohl nicht mehr in der Lage, diese Maßnahme zu verkraften. Er hatte momentan so große Schwierigkeiten, daß er, in der Zelle alleingelassen, keinen anderen Ausweg mehr sah als sich zu erhängen. Die Wachsoldaten konnten ihn zum Glück noch rechtzeitig vom Fensterkreuz abschneiden. Erst daraufhin wurde der Kamerad unter ärztliche Kontrolle gestellt.

Was tat nun der Kompaniechef? Er bestrafte den Soldaten für den "tätlichen Angriff auf einen Vorgesetzten" mit einer Disziplinarbuße von 200 Mark. Das war allen Kameraden zuviel. In heller Empörung diskutierten sie, was man gegen so etwas machen könnte. Man wurde sich bald einig: Wir werden denen schon zeigen, was wir unter Kameradschaft verstehen, da hilft nur eine Spendenaktion! Für den Kameraden kamen innerhalb eines Tages 190 Mark zusammen. An dieser Aktion kann man sehr gut sehen, daß die Soldaten wissen, daß sie zusammengehören, daß sie sehr verantwortungsbewußt sind und wissen, was ihnen nützt.

Diese beiden Berichte zeigen, wie verantwortungslos und fahrlässig Offiziere der bürgerlichen Klasse handeln, weil für sie die Soldaten nur ein Mittel zum Zweck sind, nur ein Werkzeug zur Durchführung des Auftrags der Bundeswehr: eine Armee gegen die Interessen des Volkes und für die Interessen der Kapitalisten zu sein. Die Arbeiterklasse und die übrigen Teile des Volkes aber werden eine Armee aufbauen, die in ihrem Dienst steht und ihre Errungenschaften verteidigt: Sie werden eine Armee des Volkes aufbauen. In dieser Volksarmee werden den Soldaten keine Offiziere vor die Nase gesetzt werden, denen sie blind gehorchen müssen. In dieser Volksarmee werden die Offiziere von den Mannschaften **gewählt** werden und werden über ihre Maßnahmen den Soldaten Rechenschaft ablegen müssen.

Um eine solche Volksarmee aufzubauen, muß die Arbeiterklasse die Macht im Staate haben, müssen die Arbeiterklasse und die übrigen Teile des Volkes einen Staat aufbauen, in dem breiteste Demokratie für die Massen verwirklicht werden kann. Das Volk braucht Demokratie, um seine Angelegenheiten selbst regeln zu können und seine Interessen gegen die Ausbeuter und Unterdrücker durchsetzen zu können. Wenn wir heute den Kampf um Demokratie führen wollen, dann müssen wir heute den Kampf um eine Armee des Volkes führen. Dann müssen wir heute um das Recht kämpfen, die Offiziere zu wählen, jederzeit abwählen und von ihnen Rechenschaft über ihre Maßnahmen fordern zu können. Wir müssen erkennen, daß die Soldaten unbewußt den Kampf um diese Forderungen schon heute führen, indem sie Vorgesetzte verprügeln, ihnen nicht gehorchen usw. Wir müssen das den Soldaten klarmachen und ihren Kampf von dieser niederen Stufe auf die höhere Stufe des bewußten Kampfes um die demokratischen Militärforderungen heben.

Wahl der Offiziere! Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Offiziere!

–Soldaten aus Wetzlar–

CHILE–SCHALLPLATTEN

Westberlin. Eine Gruppe von jungen Arbeitern und Arbeiterinnen im Georg-von-Rauch-Haus hat eine Schallplatte zur Unterstützung des chilenischen Widerstandskampfes herausgegeben. Sie kostet vier Mark und ist über den Maulwurf-Vertrieb in den Buchläden und unter der Bestelladresse:

J.Müller, 1 Berlin 36, Waldemarstr.102 erhältlich.

Der gesamte Gewinn geht zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes nach Chile. Auf der Platte befinden sich neben dem von den Genossen selbst gemachten Lied "Chile – Venceremos. Der Kampf geht weiter" zwei Interviews, die vor dem Nationalstadion und im Leichenschauhaus aufgenommen wurden.

IMPERIALISTISCHE AUSPLÜNDERUNG –

Ursache der Hungerkatastrophe in Westafrika

Die seit 1968 andauernde Dürre im Sahel – den am Südrand der Sahara liegenden Staaten Senegal, Mauretanien, Mali, Obervolta, Niger und Tschad – bedroht die physische Existenz von einem Drittel der dort lebenden Bevölkerung (25 Mill.).

Nach Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO hat sich der Viehbestand um die Hälfte bzw. bis zu 80 % (Mauretanien) verringert. Das Massensterben der Viehherden entzieht den teilweise noch nomadisierenden Hirtenvölkern ihre einzige Existenzgrundlage; sie wandern in die südlichen Regionen ab und vergrößern die Slums der großen Städte.

Auf Grund der Dürre wächst der Mangel an Lebensmitteln ständig. 1974 wird er etwa 1,2 Millionen t betragen, davon allein 350 000 t im Niger, dem am stärksten betroffenen Land.

Bei den seßhaften Bauernvölkern im Sahel führt die Hungersnot zum Verzehr der bereits für die nächste Feldbestellung eingelagerten Saatgüter.

Über die Anzahl der durch den Hunger Getöteten liegen keine genauen Angaben vor. Rot-Kreuz-Berichten zufolge begegnet man nirgendwo mehr Kindern unter zwei Jahren – sie haben nicht überlebt.

VERSCHLEIERUNGSVERSUCHE DER BÜRGERLICHEN PRESSE

In der bürgerlichen Presse werden die Ursachen der Katastrophe auf klimatische Faktoren und das Versagen der dortigen Regierungen reduziert. Es ist offensichtlich, daß fehlender Regen den Prozeß der Verelendung der bäuerlichen Massen vorangetrieben hat. Hinzu kommt, daß die herrschende Klasse in diesen Ländern gegen die sich seit 1968 ankündigende Katastrophe keine entsprechenden Hilfsmaßnahmen eingeleitet hat.

Die Dürre jedoch allein auf klimatische Gegebenheiten und staatliche Unterlassungen zurückzuführen, ist blanker Zynismus. In den bürgerlichen Zeitungen haben diese "Zwecklügen" die Funktion, von den wahren Verhältnissen abzulenken, den "Leuten dort unten" Almosen hinzuwerfen und unter der Maske der



"Mitmenschlichkeit" die ausgebeuteten Völker weiterhin zu hintergehen.

DIE WIRKLICHEN HINTERGRÜNDE – IMPERIALISTISCHE AUSPLÜNDERUNG

Die gegenwärtige Dürre und die dadurch verursachte Hungersnot sind direkter Ausfluß kolonialer und neokolonialer Beherrschung Westafrikas durch ausländische Monopole, vornehmlich französische. Die Imperialisten gingen Ende des vorigen Jahrhunderts daran, den traditionellen Nahrungsmittelanbau im Sahelgebiet zu zerstören: Dieser war nach den Prinzipien der Selbstversorgung (Subsistenzwirtschaft) ausgerichtet. Die Felder wurden nach 2–3jähriger Nutzung einer mehrjährigen Brache überlassen, wodurch das natürliche Gleichgewicht des Bodens erhalten blieb. Mit brutaler Gewalt und mittels der Kopfsteuer zwangen die Franzosen die Bauern, für den Export bestimmte Produkte anzubauen: Baumwolle in Mali und besonders im Tschad, Erdnüsse im Senegal und Niger. Auf Grund des erhöhten Fleischbedarfs der Küstenzone mußte die Viehstückzahl drastisch erhöht werden.

Die monokulturelle Ausrichtung der Wirtschaft durch die französischen Kolonialisten hatte notwendigerweise die Zerstörung der einheimischen Selbstversorgungswirtschaften zur Folge. Die einseitige ökonomische Entwicklung der Sahelstaaten zeigt sich in den folgenden Exportanteilen: Mali 40 % Baumwolle, Niger 50–60 % Erdnüsse, Obervolta 40 % Vieh und Viehprodukte, Senegal 70 % Erdnüsse und Erdnußöl, Tschad 70 % Baumwolle. Die Abhängigkeit der Sahelländer vom Export ihrer agrarischen Rohstoffe ist total.

Die exportorientierte Wirtschaft verdrängt gleichzeitig die Produktion von Nahrungsmitteln, was dazu führt, daß bei den Importen der Sahelstaaten Lebensmittel weitaus an der Spitze stehen.

Katastrophale Folgen für den einzelnen Bauern hat außerdem die Stagnation der Weltmarktpreise für agrarische Rohstoffe. Sein Einkommen sinkt. Zudem kassiert der Staat noch etwa ein Viertel des Ernteertrages als Steuern.

Ein deutscher Entwicklungshelfer, der sich bis vor kurzem im Tschad aufgehalten hat, schreibt zum Beispiel:

Ganz typisch für den Tschad ist das Problem mit der Baumwolle. Die Baumwolle wurde Anfang der 50er Jahre von den Franzosen hier eingeführt, war also vorher noch nicht da. Jetzt werden etwa 90 000 Tonnen Baumwolle produziert auf einer Fläche von 360 000 Hektar. Früher hieß die Baumwollgesellschaft, die alles eingeführt hat mit der Baumwolle, "Caton France", jetzt heißt sie "Caton Tschad". Ihr Ziel ist heute dasselbe wie früher: Baumwolle als gewinnbringende Frucht bei den kleinen Bauern anzupreisen, die dann auch prompt durch die Überredungskünste der Leute überzeugt werden. Wo sie also im vorigen Jahr Hirse angebaut haben, die man essen kann, pflanzen sie Baumwolle an, die man nicht essen kann. Das Essen wird weniger, dafür bekommen sie Geld. (. . .) Ich hab mal ausgerechnet, was der Bauer im Endeffekt bekommt: Wenn er keinen Verlust macht, was selten vorkommt, dann kann er im Höchstfall 10 Pfennig die Stunde verdienen. Der Mann arbeitet also für die Vermehrung seiner Schulden bei der Baumwollgesellschaft.

Da er die Schulden in den seltensten Fällen zurückzahlen kann, muß er gezwungenermaßen die Anbaufläche vergrößern, auf Kosten des Anbaus von Hirse, dem Grundnahrungsmittel. Daher befindet sich der Bauer und seine Familie permanent am Rande des Verhungerns.

DIE ZERSTÖRUNG DES BODENS

Die von außen aufgezwungene Wirtschaftsform ruiniert jedoch nicht nur die armen Bauern, sie vernichtet auch ihre Existenzgrundlage, den Boden. Wo Baumwolle angebaut wird, wird eine 4–Felder–Wirtschaft betrieben. Im ersten Jahr Baumwolle, im zweiten Hirse, im dritten Sesam, nur das vierte Jahr ist Brache. Dadurch werden dem Boden einseitig Mineralien entzogen, wird das ökologische Gleichgewicht geschädigt: Der Boden kann sich nicht genügend schnell regenerieren, die dünne Humusschicht wird durch den Wind davongetragen, die Wasseraufnahmefähigkeit sinkt rapide ab, die Bodenqualität vermindert sich durch Mangel an vegetativer Erneuerung (Fruchtwechsel).

WIE MUSS DIE KATASTROPHE BEKÄMPFT WERDEN?

Kurzfristig ist sofortige und umfangreiche Hilfe notwendig, um die primären Bedürfnisse der Volksmassen im Sahel zu befriedigen (Lebensmittel, Zelte, Medikamente). Langfristig jedoch bedeuten diese karitativen Maßnahmen keine Perspektive. Die Völker müssen ihre Sache in die eigenen Hände nehmen, sich aus den Klauen der neokolonialistischen Ausbeuter befreien und die Wirtschaft und Gesellschaft zu ihrem eigenen Nutzen revolutionär umgestalten, den Weg der sozialen Revolution beschreiten.

B.E./R.C., Münster

Ungarn: Die Regierung verschachert Arbeiter

Hiermit beziehe ich mich auf den Artikel der KVZ Nr. 4/74 auf Seite 13: "Ungarn, Staatlicher Lohnraub durch Preissteigerungen". Ich möchte ein weiteres Beispiel dazu geben, wie der ungarische Staat an seinem Volk verdient, in diesem Fall, wie er Arbeiter an westdeutsche Kapitalisten verschachert.

Während meiner Arbeit in den Semesterferien lernte ich die Situation ungarischer Arbeiter in der BRD kennen. Sowohl ich als auch alle meine Freunde und Genossen hatten davon noch nichts gehört.

Ich habe im April beim Stahlwerk Brüninghaus Westhofen (Tochter der Stahlwerke Südwestfalen) gearbeitet. Brüninghaus beschäftigt augenblicklich mehr als 50 ungarische Arbeiter. Diese werden aber nicht nach dem üblichen Prinzip "privat" angeworben, vielmehr verkauft der ungarische Staat seine Arbeiter an die westdeutschen Kapitalisten. Der Stundenlohn liegt mit Prämien bei mindestens 8,50 DM brutto, wieviel davon der ungarische Staat bekommt, konnte ich nicht erfahren, auch nicht, ob und wieviel Steuern und Sozialabgaben geleistet werden müssen. Gearbeitet werden 6 mal 8 Stunden pro Woche, keine sonstigen Überstunden. Ausgezahlt wird dem ungarischen Arbeiter dagegen nur ein Pauschallohn von 672,- DM (ohne Abzüge), dazu bekommen sie Unterkunft und Arbeitskleidung gestellt. Wieviel DM sich dabei der ungarische Staat in die Tasche steckt, läßt sich leicht ausrechnen.

Und noch etwas: Im Krankheitsfall müssen die ungarischen Arbeiter einen Betrag von 70,- DM hinterlegen, den sie nach einiger Zeit zurückbekommen. Ein Arbeiter, der Schmerzen hatte, konnte deswegen nicht zum Arzt gehen und fehlte nur einen Tag. Dieser Tag wurde ihm vom Urlaub abgezogen, außerdem wurden ihm deswegen 25 % seiner Jahresprämie abgezogen.

Insgesamt geht es den ungarischen Arbeitern sehr dreckig, sie sind von Spitzeln und Agenten umgeben, die aufpassen, daß sie mit ihren 672,- DM keine zu großen Sprünge machen oder Schwarzarbeit suchen.

H.S., Münster

US-Armee am Suez-Kanal

Einheiten der Armee, Marine und Luftwaffe der USA haben am Suezkanal begonnen, Minen, Bomben und anderes explosives Material aus zwei Kriegen zu räumen. Kaum zwei Jahre nachdem die ägyptische Regierung die sowjetischen Militärs aus dem Land gejagt hat, versucht der US–Imperialismus, mit diesem "Hilfsdienst" militärisch in Ägypten Fuß zu fassen.

Um die Aufgabe der Minenräumung zu bewältigen, kann sich das US–Militär auf die Erfahrungen in Vietnam stützen, wo sie gezwungen waren, die Verminung des Hafens von Haiphong, die sie selbst vorgenommen hatten, wieder zu beseitigen. Doch die Aufgabe dieses Räumtrupps ist umfassender, kann man es doch als Vorauskommando betrachten, den Suezkanal unter militärische US-Kontrolle zu bringen. Es ist ein Teil einer umfassenden Strategie der imperialistischen Infiltration, um Ägypten, insbesondere aber den Suezkanal unter Kontrolle zu bringen, dessen strategische Bedeutung nach der Räumung und der geplanten Vertiefung für größere Schiffe wieder groß sein wird. US–Kontrolle über den Suezkanal würde zugleich einen beachtlichen Vorteil des US–Imperialismus gegenüber dem russischen Sozialimperialismus bedeuten, der ein besonderes strategisches Interesse an der Benutzung eines wiedereröffneten Suezkanals besitzt, ist dieser doch die kürzeste Verbindung für die sowjetische Flotte, um über das Schwarze Meer und das Mittelmeer direkt zum Südpazifik zu gelangen, was für die Kontrolle über Süd– und Südostasien entscheidend ist.

Der kürzeste Weg ist der Suezkanal ebenfalls zu den sowjetischen Militärstützpunkten am Roten Meer in Äthiopien und im arabischen Golf im Irak. Das gleiche Interesse am Suezkanal gilt natürlich für die USA mit ihrer Mittelmeerflotte und den US Stützpunkten rund um die arabische Halbinsel.

Die USA haben nach dem letzten Krieg ihren Einfluß in Ägypten nicht nur durch die Verhandlungen Kissingers enorm ausgeweitet. Die Frankfurter Rundschau schreibt am 2.5.1974:

"Die Präsenz der Amerikaner ist überall sichtbar. In den großen Kairoer Hotels warten amerikanische Geschäftsleute auf ihre ägyptischen Verhandlungspartner. Bei den Pyramiden und anderen Sehenswürdigkeiten tummeln sich Scharen von amerikanischen Touristen und am Kanal steht gar die US–Armee." Freiwillig wird sie von dort aus nicht mehr weggehen.

–bb–

INDIEN:

Tausende Gewerkschafter verhaftet

DIE EISENBAHN- UND ELEKTRIZITÄTSARBEITER WIDERSTEHEN DER REGIERUNG

Seit Monaten ist die indische Regierung gezwungen, Militär und Polizei gegen kämpfende Arbeiter- und Bauernmassen einzusetzen. In diesen Tagen haben sich die Klassenkämpfe zur größten Kraftprobe seit der Unabhängigkeit zwischen der Kongreß-Regierung und dem Volk entwickelt: Gegen die Entschlossenheit der indischen Eisenbahn- und Elektrizitätsarbeiter, ihre Forderungen durch einen allgemeinen unbefristeten Streik zu erkämpfen, organisiert die Indira-Gandhi-Regierung blutigen Militärterror, stößt wütende Drohungen aus und verhaftete in den letzten Tagen über 6 000 Funktionäre der Eisenbahngewerkschaften und über 1 000 Elektrizitätsarbeiter.

Schon vor Wochen kündigten die Eisenbahnergewerkschaften einen unbefristeten Generalstreik zum 8. Mai an, falls die Regierung bis dahin ihren Forderungen nicht nachgegeben haben sollte. Bereits eine Woche vorher begann die Verhaftung von anfangs einigen hundert Funktionären der Eisenbahngewerkschaften. Spontane Streiks und Massendemonstrationen gegen die Regierung überall im Land waren die Antwort. In Delhi, Bombay und anderen Großstädten wurde der Verkehr lahmgelegt. Bewaffnete und des Kommunikationswesens zu sorgen. Indira Gandhi ließ aus Angst vor Sabotage die Armee an allen wichtigen Knotenpunkten in Alarmbereitschaft versetzen. Außerdem übernahm die Armee 48 Stunden vor dem offiziell angesetzten Streikbeginn in einigen Landesteilen den Schutz der Wohnungen von Streikbrechern.

Die Regierung drohte all jenen Eisenbahnern mit der fristlosen Entlassung, die sich an dem Streik beteiligten. Der wegen Korruptionsaffären



Die indischen Eisenbahner stimmen für Streik.

Polizei- und Armeetruppen wurden gegen die demonstrierende Bevölkerung eingesetzt, die teilweise Züge blokkierte, indem sich viele Menschen auf die Schienen setzten. Im Süden Indiens liegt schon seit dem 4. Mai der Eisenbahnverkehr still, da die regionalen Gewerkschaften sofortigen Streikbeginn beschlossen.

Die Aufrechterhaltung des Zugverkehrs in den übrigen Landesteilen konnte die Regierung nur durch bewaffnete Eskorten sicherstellen. Polizei und Territorialarmee wurden als Zugbegleitpersonal eingesetzt. Den Landstreitkräften wurde befohlen, für eine Bewachung der Signal– und Weichenanlagen sowie für den Schutz der Eisenbahnbrücken, der Bahnhöfe

bekannte Eisenbahnminister L.N. Mishra versprach gleichzeitig allen Streikbrechern besondere Vergünstigungen wie finanzielle Unterstützung und bessere Berufschancen für die Kinder.

Etwa einhundert Gewerkschaften vertreten die 1,7 Millionen Eisenbahnarbeiter des Landes. Diese Gewerkschaften sind in zwei Verbände unterteilt, wobei der eine von Linksgruppen und Regierungsoppositionellen geleitet wird und der andere von der Kongreß–Partei und der Moskau-orientierten Kommunistischen Partei. Der erste Verband, der hinter den aktuellen Kämpfen steht, hat etwa 600 000 Mitglieder. Über 6 000 seiner Funktionäre sind bisher als "Rädelsführer der illegalen Aktion" verhaftet worden. Die Funktionäre, die dem Kongreß oder der revisionistischen Kommunistischen Partei angehören, wurden von der Verhaftungswelle nicht berührt, da die Regierung hofft, auf diese Weise einen Keil in die Front der Arbeiter treiben zu können.

Trotz aller Warnungen der Regierung vor Vergeltungsmaßnahmen und Repressionen ließen sich die Eisenbahner nicht einschüchtern und befinden sich seit dem 8. Mai im unbefristeten Generalstreik. Sie fordern eine Angleichung der Löhne an die mehr als 20-prozentige Teuerungsrate und verlangen verbesserte Sozialleistungen. Sie fordern Lohnerhöhungen um 75 % und ein 13. Monatsgehalt, um sich dem Tarif der Industriearbeiter des staatlichen Sektors anzugleichen. Derzeit betragen ihre Löhne umgerechnet für ungelernte Arbeiter rund 85 Mark im Monat und für höchstbezahlte Lokomotivführer 450 Mark.

Die verhafteten Funktionäre haben am Mittwoch einen Massenhungerstreik begonnen. Die nicht verhafteten Gewerkschaftsführer gingen in der Untergrund, um von dort aus den Streik zu organisieren. Alle wichtigen Oppositionsparteien solidarisieren sich mit dem Streik. Mehrere starke Gewerkschaften verschiedener Industrien und des öffentlichen Dienstes bekundeten ihre Bereitschaft zu einem Solidaritätsstreik. Aus Solidarität streikten in Bombay sämtliche Bus- und Taxifahrer. Der Kampf gegen die Regierung wird zusätzlich gestärkt durch den gleichzeitigen Streik und großen Kampfeswillen der Elektrizitätsarbeiter. Die Regierung ließ bisher über 1 000 von ihnen verhaften.

Der offene Terror von Regierung und Armee wird gerechtfertigt mit dem Verweis auf Notstandsgesetze, die 1971 während des Krieges gegen Pakistan eingeführt wurden. Konfrontiert mit den größten Volkskämpfen seit der Unabhängigkeit, mit Arbeiterstreiks, Kaufboykotts, Demonstrationen, Plünderungen und Bauernkämpfen auf dem Land, sieht die indische Bourgeoisie nur die Möglichkeit, die Armee als entscheidende Kraft überall aufmarschieren zu lassen.

Die Massenerhebungen der letzten Monate in allen Teilen des Landes erfahren durch den Kampf der Eisenbahner einen neuen großen Aufschwung. Die Front gegen die indische Großbourgeoisie und die Großgrundbesitzer wird täglich stärker.

– U.K., Heidelberg –

»Alfred« – Es gibt keinen Volksfaschismus

ZUR KRITIK AN DER FERNSEH-FAMILIENSENDUNG "EIN HERZ UND EINE SEELE"

Viermal ist jetzt die Sendereihe "Ein Herz und eine Seele" im Ersten Programm des Deutschen Fernsehens gelaufen. Die Sendung ist schnell überall bekannt geworden. Fast jeder kennt "Alfred Tetzlaff", die Hauptfigur der Serie.
Allenthalben äußern die Kommentatoren Erschrecken und Unverständnis über den Erfolg der Sendung. Viele Zuschauer würden sich mit dem Reaktionär Alfred identifizieren, statt ihn abzulehnen. Der Erfolg zeige, daß der Faschismus in der Bevölkerung noch tief verwurzelt sei.

Diese Kommentare sind völliger Unsinn. Sie stellen die Wirklichkeit genauso auf den Kopf, wie es im Grunde ja schon die Sendung selber tut. Deren ganze Konzeption beruht auf der These, daß der Faschismus aus dem Volk kommt, daß die Dummheit und Ungebildetheit des Volkes die ständige Quelle für Faschismus und Reaktion ist. Die Figur "Alfred" soll diesen Faschismus im Volk zusammenfassend darstellen.
Alfred ist ein richtiges Ekel. Er tyrannisiert seine Familie und vor allem seine Frau, die er herumkommandiert und ständig beschimpft. Er ist durch und durch reaktionär und steckt voller Vorurteile. Er ist gegen alles, was nicht ist wie er. Vor allem politisiert er ständig herum. Er ist voll mit primitivstem Antikommunismus. Die "Roten" sind sein Hauptangriffsziel, allerdings zählt er auch Brandt und die Sozialdemokraten darunter.
Alfred ist aber kein schreckliches Ungeheuer, sondern eine ziemlich lächerliche Figur. Seine Tochter und sein Schwiegersohn nehmen ihn schon gar nicht ernst. Auch seine Frau bewundert ihren Alfred nicht gerade, wenn auch dem Autor hier am wenigsten Gutes eingefallen ist und die Frau oft genug als einfaches Hausfrauen-Dummchen dargestellt wird.

Die Sendung, heißt es, ist ziemlich beliebt. Aber das ist sie doch nicht, weil viele Alfreds Sprüche so gut fänden, sondern weil man auf Kosten Alfreds lachen kann.
Natürlich ist die Darstellung Alfreds nicht einfach unrealistisch. Natürlich gibt es auch häufiger solche Meinungen und stockreaktionären Vorurteile, wie sie Alfred dauernd äußert. Das ist auch kein Wunder. Entgegen den Behauptungen aller bürgerlichen Gesellschaftstheoretiker ist unsere Gesellschaft nach wir vor durch den tiefen Klassengegensatz zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse gekennzeichnet. Auch auf ideologischem Gebiet findet ständig ein heftiger Klassenkampf statt. Alle bürgerlichen Lügen und reaktionären Vorurteile richten sich direkt und allein gegen die Arbeiterklasse, gegen den Kampf der Arbeiterklasse um ihre Rechte und ihre endgültige Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung.

Bei Alfred ist zum Beispiel ganz klar: Hier kann nie Solidarität aufkommen. So wie der seine Frau behandelt, über die Kämpfe der Arbeiter oder über die Gewerkschaften spricht, das zeigt, daß Leute wie Alfred immer auf der Seite des Klassenfeindes zu finden sind.

Der Autor läßt nun Alfred das Geschimpfe vor allem gegen die Sozialdemokratie und gegen die Revisionisten richten. Freilich wird damit klar, damit ist im Kern die Arbeiterklasse selber gemeint, deren Interessen diese Leute früher einmal vertreten haben. Einen wirklich klassenbewußten Arbeiter läßt der sozialdemokratische Autor nun freilich nicht auftreten. Der Gegenspieler von Alfred ist der Schwiegersohn, und der Schauspieler, der ihn spielen muß, kann einem wirklich leid tun; denn diese Figur ist noch am ehesten ohne Saft und Kraft, ohne Realität, weil ganz notwendig einem – wenn auch "linken" – Sozialdemokraten nicht gelingen kann, einem Reaktionär wie Alfred gegenüber die Position der Arbeiterklasse zu verteidigen.

Die wachsenden Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft dulden nun einmal keine Halbheiten, sie drängen nach ihrer Lösung durch die sozialistische Revolution. Die Herrschaft der Kapitalistenklasse gerät immer mehr in Gegensatz zur Entwicklung der Produktion und zu den Interessen des Volkes. So kann die Alternative nur heißen: Sozialismus oder Barbarei!
Alfred verkörpert die bürgerliche Barbarei. Seine egoistische Gehässigkeit, seine rassistischen und nazistischen Ansichten spiegeln nur die menschenunwürdigen Verhältnisse wider, die bei Aufrechterhaltung der Herrschaft der Kapitalistenklasse bestehen.

Davon aber zeigt die Sendung "Ein Herz und eine Seele" nicht mal eine Andeutung. Im Gegenteil. Alles wird so dargestellt, als sei es das Volk selbst, in dem der Wunsch nach Faschismus und Barbarei steckt. Darin steckt die ganze Hinterhältigkeit dieser Sendung, aber auch ihr durch und durch sozialdemokratischer Charakter. Mit der Figur "Alfred" sollen ja die Reaktionäre und der Faschismus entlarvt werden. In Wirklichkeit wird aber gar nichts entlarvt, höchstens die bürgerliche Beschränktheit der Urheber der Sendereihe selbst, die die Schuld an den engen und bedrückenden Lebensverhältnissen des Volkes im Volk selber suchen und nicht bei seinen Unterdrückern und Ausbeutern.

Das Anwachsen der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik in den letzten Jahren hat dazu geführt, daß immer häufiger Themen des Klassenkampfes ihren Eingang in das Fernsehprogramm finden. Die Bourgeoisie reagiert auf diese Entwicklung auch mit propagandistischen und kulturellen Mitteln. "Alfred" ist eins davon. Unter dem Deckmantel einer antifaschistischen Stoßrichtung sollen die Verhältnisse nur so dargestellt werden, daß nach Meinung dieser Leute die "repräsentative Demokratie" mit ihren "nur ihrem Gewissen verantwortlichen" Politikern die beste Garantie gegen die aus dem Volke drohende Reaktion ist. So wird die "antifaschistische" Stoßrichtung nur zu einem Vorwand, um die Bevormundung und Unterdrückung des Volkes aufrechtzuerhalten.

Manche "Linke" haben keine bessere Auffassung von dieser Sache als die Vertreter der Kapitalistenklasse selbst. Die "sozialistische Zeitschrift 'links' ", die von einem "Sozialistischen Büro Offenbach" herausgegeben wird, veröffentlichte einen aufschlußreichen Kommentar über "Alfred". Der Kommentator zeigt sich äußerst erschreckt über die Sendung und die darauf erfolgten Reaktionen. Er nennt Alfred einen "Volkshitler" und schreibt, diese Fernsehsendung sei "die offenste und beste faschistische Agitation in den deutschen Medien seit 1945". Kein " 'humorloser' Berufsradikaler" finde soviel öffentliche Aufmerksamkeit und Beifall wie dieser Alfred. Und: "Gegen diesen alltäglichen realen Volksfaschismus sind unsere gegenwärtigen Agitationsmethoden und Demonstrationstechniken so gut wie ohnmächtig." (aus: "links" Nr.54, April 1974, S.6)

Man muß davon ausgehen, daß diese "Linke" auch sonst nicht viel ausrichten wird, es sei denn, einige bürgerliche Ideologie in die Reihen der Sozialisten zu tragen. Der Faschismus ist die brutalste Form der bürgerlichen Diktatur über die Arbeiterklasse und das Volk. Wenn er – auch massenhaft – Anhänger im Volk findet, dann nicht etwa, weil es einen "Volksfaschismus" gibt, sondern weil die Krise des Kapitalismus Teile des Volkes in die Verzweiflung treibt, und der Faschismus diese Verzweiflung mit Lüge und Terror ausnutzt. Der Kommentar in "links" zeigt ganz gut die ganze politische Richtung dieser "links"-Leute als die eines bürgerlichen intellektuellen Klüngels.

–W.D., Heidelberg–

Meyers Jahreslexikon Lügen über Vietnamkrieg

Mainz. In Meyers Jahreslexikon "Was war wichtig? Daten, Bilder, Fakten" 1972/73 (Bibliographisches Institut) findet sich auf Seite 117 ein Bild, das die Übergabe von Soldaten der südvietnamesischen Befreiungsfront (FNL) zeigt. Sie sind teils unbekleidet, müssen gestützt oder getragen werden. Die Unterschrift lautet: *"Aus der Gefangenschaft des Vietcong entlassene Südvietnamesen auf dem Flugplatz von Bien Hoa."*

Nachweislich ist das Gegenteil der Fall: im Hintergrund wehen die Fahnen der Provisorischen Revolutionsregierung; die Empfangssoldaten tragen Tropenhelme und keine Stahlhelme amerikanischer Herkunft wie die Soldaten der Saigoner Regierung. Das Bild erschien am 17./18.2.1973 in der Süddeutschen Zeitung (nach dpa, upi) mit der Bemerkung, daß nordvietnamesische Soldaten aus Saigoner Gefangenschaft entlassen würden. Da in Meyers Jahreslexikon auf Seite 125 ein Bild abgedruckt ist, auf dem gesunde, lachende Soldaten zu sehen sind, angeblich "nordvietnamesische" aus "südvietnamesischer Gefangenschaft" entlassen, erfüllt das Lexikon hier die **Funktion**, die Maßnahmen der Saigoner Regierung ihren Gefangenen gegenüber als human, die des sogenannten Vietcong als inhuman und grausam hinzustellen. Jedem, der das Geschehen in Vietnam verfolgt hat, wird klar sein, daß es sich anders verhält.
Auf Protest des Vietnam-Ausschuß hin gab die Redaktion zu (am 1.4.74), beim "Kleben des Umbruchs" Bildunterschriften vertauscht zu haben, was sie "bedauere". Damit ist es nicht getan! Jeder, der auf objektive Berichterstattung Wert legt, muß dagegen protestieren und mit uns die Redaktion auffordern, eine ordnungsgemäße Korrektur sofort vorzunehmen!

MAI–PLAKATE LÄSST MAN HÄNGEN,

DIE WERBUNG KOMMT AB!

Dortmund. Schön säuberlich hingen am Kaufhaus Konze in Lütgendortmund unsere Maiplakate zwischen den Werbeplakaten des Kaufhauses. Das war der Geschäftsleitung ein Dorn im Auge. Sie forderte einen Lehrling auf, die Maiplakate wieder abzukratzen. Der Lehrling weigerte sich jedoch, weil er die Plakate für gut und richtig hielt. Daraufhin beauftragte die Geschäftsleitung Putzfrauen mit dem Entfernen der Plakate.
Die Putzfrauen führten den Auftrag richtig aus! Nach getaner Arbeit waren alle Werbeplakate weg, jetzt hingen am Kaufhaus Konze nur noch die Maiplakate! Offensichtlich wußten die Putzfrauen besser, welche Plakate die Geschäftsleitung abreißen lassen darf und welche sie nichts angehen.

–H.R., Ortsaufbaugruppe Dortmund–

Polizei schützt NPD-Stand

SPONTANE KUNDGEBUNG GEGEN FASCHISTEN

Münster, 4.5.1974. Als wir wie jeden Samstag unseren KVZ-Stand im Fußgängerbereich Salzstraße aufbauten, erschienen fünf Mannschaftswagen der Polizei; die Polizisten beschlagnahmten sofort den Tisch und den Teil des Materials, den wir nicht schnell genug in Sicherheit bringen konnte. Die am Stand stehenden Genossen wurden vorübergehend festgenommen. Der Stand war nicht genehmigt, wir hatten aber schon häufiger nicht genehmigte Stände in der Stadt durchgeführt, weil wir dem Ordnungsamt das Recht absprechen, zu bestimmen, was wo verteilt und verkauft werden darf.
Als Grund für die Aktion wurde der Schutz eines angemeldeten NPD-Standes ein paar Meter weiter angegeben. Es hatte vor einigen Wochen an einem NPD-Stand Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und der Bevölkerung, darunter auch Kommunisten gegeben. Nun scheute sich die Polizei nicht, eine Aktion gegen die Meinungsfreiheit offen mit dem Schutz der Faschisten zu begründen.

Mit dem Abbau des Standes nicht genug, wurden auch eine Verkäuferin des "Roten Morgen", ein KVZ-Verkäufer und ein Genosse, der KBW-Programme in einer Plastiktüte trug, zur Feststellung der Personalien zwecks Anzeige in einen Polizeiwagen gebracht. Ein Genosse soll eine Anzeige wegen Gefangenenbefreiung bekommen, weil er die Tüte noch in Sicherheit bringen wollte. Einer trug eine Plastiktüte mit einer Schallplatte bei sich, auch er wurde verdächtigt und brutal zum Wagen geschleift, wobei er einige Haarbüschel verlor. Ein Polizist teilte ihm mit, ihn erwarte eine Anzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, im übrigen dürfe er durchaus seine Haare in der Plastiktüte wieder mitnehmen.

Angesichts des massiven Polizeiterrors war nur eine kleine Gruppe, meist junger Leute, bereit uns zu schützen. Die große Mehrheit stand untätig, aber empört, dabei.
Wir besorgten uns einen Stuhl, um eine Kundgebung zu machen und die freie Debatte über die Rolle der Faschisten und die Polizeiaktion zu führen. Dabei bekamen auch die Faschisten Rederecht, deren demagogische Sprüche entlarvt wurden.
Es hatten sich 400 bis 500 Menschen angesammelt, und trotz lauten Redens bekamen viele nicht mit, was gesprochen wurde. So wurde einstimmig dafür abgestimmt, daß wir ein Megaphon benutzen sollten. Um zu verhindern, daß noch mehr Passanten stehenblieben, verbot die Polizei den Gebrauch eines Megaphons unter dem Vorwand, daß eine Kundgebung per Megaphon anmeldepflichtig sei. Hier zeigte sich der Charakter solcher Gesetze, nämlich spontane Aktionen des Volkes zu verhindern oder in ihrem Ausmaß einzuschränken. Die große Mehrheit der Anwesenden aber wollte selbst entscheiden, wie sie ihre Angelegenheiten regelt und beschloß bei zwei Gegenstimmen, daß die Polizei abziehen sollte. Bei dieser Abstimmung ist vielen und sicher auch vielen Polizisten die volksfeindliche Rolle der Polizei klargeworden. Trotzdem bleiben die 30 uniformierten Polizisten und viele Zivilbullen da. Mit freundlicher Genehmigung der Karstadt-Kapitalisten konnte die politische Polizei auch den ganzen Tag lang die Vorgänge von einer Kaufhaustoilette aus filmen. Als Genossen einzelne Polizisten zum Gehen aufforderten, wurden sie festgenommen, ebenso wie einige, die begannen, für einen Rechtshilfefonds zu sammeln.

Als schließlich die Polizei mit einigen Festgenommenen davonfahren wollte, versuchte spontan eine Menschenmenge das Polizeiauto an der Abfahrt zu hindern. Da prügelte die Polizei wild in die Menge einige wurden festgenommen, es gab Verletzte, die ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Nachdem die Polizei die Durchfahrt erzwungen hatte, bildete sich ein spontaner Demonstrationszug durch die Stadt, an dem etwa 150 Menschen teilnahmen. Auf drei Kundgebungen wurde die Bevölkerung über die Vorfälle informiert. Binnen kurzem wurden über 100 DM für Anwalts- und Prozeßkosten gesammelt.

–w, Münster–

Solidarität mit dem Volk von Oman auch im Sportverein

Anläßlich der Solidaritätswoche mit dem kämpfenden Volk in Oman und am Golf nahm ich mir vor, den revolutionären Kampf der P.F.L.O.A.G. (Befreiungsfront von Oman) in meinem Sportverein zu propagieren. Dazu nahm ich mir auch Exemplare der Kommunistischen Volkszeitung mit, in denen ausführlich von den Kämpfen berichtet wird. Nach dem Training begann ich erst einzelnen, die ich für besonders interessiert hielt, und dann auch allen anderen von den Vorgängen in Oman zu berichten. Ich erzählte vom revolutionären Kampf der P.F.L.O.A.G., von den Errungenschaften des Volkes in den befreiten Gebieten und vom Eingreifen der Imperialisten und ihrer Handlanger. Keiner der Anwesenden hatte zuvor von all den Ereignissen gehört. An dieser Tatsache konnte ich erläutern, warum die bürgerliche Presse in Westdeutschland und Westberlin den gerechten Kampf des Volkes von Oman totschweigt, weil es nämlich auch die westdeutsche Bourgeoisie ist, die das Eingreifen des Irans in Oman aktiv unterstützt und kein Interesse daran haben kann, daß die Bevölkerung davon etwas erfährt.

Nachdem ich so umfassend wie möglich von den Ereignissen berichtet hatte, forderte ich alle auf, für die P.F.L.O.A.G. zu spenden. Die Leute wollten sich natürlich erst näher informieren und ich bot ihnen dazu die Kommunistische Volkszeitung an, worauf auch vier Leute die Zeitung kauften. Da auch zwei Ärzte dabei waren, forderte ich sie auf, in ihren Krankenhäusern unter den Kollegen so viel wie möglich Medikamente zu sammeln und dabei ihre Kenntnisse über den Befreiungskampf weiter zu verbreiten.
Eine Woche später, beim nächsten Training, sammelte ich 30 DM an Spenden und die beiden Ärzte übergaben mir Medikamente im Wert von zirka 1 500 DM, die sie in ihren Krankenhäusern gesammelt hatten.

Das Beispiel zeigt, daß viele Menschen nur deshalb den Befreiungskampf des Volkes von Oman noch nicht unterstützt haben, weil ihnen die Kenntnisse über die Ereignisse fehlen, und wie notwendig es ist, daß wir die Nachrichtensperre der bürgerlichen Presse durchbrechen und aktiv Solidarität üben mit dem gerechten Kampf des Volkes von Oman. Denn dadurch tragen wir dazu bei, daß der Kampf der P.F.L.O.A.G. siegreich sein wird und damit dem Imperialismus eine wichtige Niederlage zugefügt wird.

–F.B., Berlin–

Dieser Bericht soll zeigen, wie richtig der Rechenschaftsbericht des Zentralen Komitees ist, indem er kritisiert, daß die Kommunisten sich oft scheuen, dort aufzutreten, wo sie am meisten bekannt sind.
Ich glaube, daß dieser Bericht ein gutes Beispiel dafür ist, daß man gerade dann gute Erfolge erzielt, wenn man in seinem Bekanntenkreis offen als Kommunist auftritt.

Spendet für den Befreiungskampf des Volks von Oman!
Konto Nr. 205 012 00, Heidelberger Volksbank
KENNWORT: DHOFAR

1. MAI IM DDR–FERNSEHEN

Westberlin. Nach der 1. Mai-Demonstration ging ich nach Hause, stellte den Fernsehapparat an und schaltete das erste Programm des Deutschen Fernsehfunks (DDR) ein. Was mir da jedoch geboten wurde, wagte ich nicht einmal zu träumen. In einer Übertragung aus dem Ostberliner Friedrichstattpalast passierten nacheinander alle möglichen west-, ostdeutsche und ausländische Stars und Komiker (Nach dem Motto: auch bei uns ist Kritik erlaubt!) Revue, ein Schlager jagte den anderen, Glamour–Girls schwenkten die Beine und eine französiche Jung–Pop–Gruppe säuselte leise: Je T'aime! Am Abend bescherte uns dann dasselbe Programm als "Krönenden Abschluß": Musik, die nie verklingt, Werke von Mozart, Dvorak ... während zur selben Zeit sich sogar das ZDF in ihrer Alibisendung: Lieder des Kampfes: Weil auch Du ein Arbeiter bist ... aufschwang. Deutlicher können sich die neuen bürgerlichen Machthaber in der DDR nicht entlarven, als am 1.Mai, dem Kampftag der Arbeiterklasse eben dieser Arbeiterklasse durch billigstes bürgerliches Amüsement und Philharmoniestimmung einen erneuten Schlag ins Gesicht zu versetzen. Sie setzen so – trotz Militärparade (!?) und Massenaufmarsch mit revisionistischem Wortgeklingel – die "neue Tradition" der Brandt, Vetter & Co. fort, diesen Kampftag der Arbeiterklasse in einen ebensolchen "Feiertag" wie Pfingsten oder Weihnachten zu verwandeln.
Aber diese Taktik wird die Führungsclique in Ostberlin nicht lange durchhalten können, denn auch in der DDR wird die Arbeiterklasse den Weg der Revolution und des Aufbaus des Sozialismus gehen.

–S.H., Berlin–

DKP IM DIENST DER STAATLICHEN SCHNÜFFELEI

Oldenburg. Vor zirka drei Wochen war an der Universität Oldenburg in der Zeitung der DKP-Hochschulgruppe, dem "Kommunist", ein Artikel mit der Überschrift "Chaoten lavieren sich in den Schuldienst" zu lesen. In diesem Artikel wurden zwei ehemalige Angehörige der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG), die aufgrund ihrer politischen Tätigkeit an der Hochschule nicht zum 1.12.1973 in den Schuldienst eingestellt wurden, sondern erst nach einem Anhörungsverfahren zum 1.4.1974, namentlich (!) beschuldigt, sie hätten im Anhörungsverfahren ihre politische Einstellung verleugnet und wären aufgrund dessen in den Schuldienst übernommen worden.
Die DKP bemüht sich also, dem bürgerlichen Staat bei der Herausfindung von Menschen, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, behilflich zu sein. Darin zeigt sich einmal mehr, daß die DKP den bürgerlichen Staat nicht als Feind ansieht, sondern sich mit ihm ausgesöhnt hat.

–R.F., Oldenburg–